

Stephan Baas & Heinz Müller

WEITERENTWICKLUNG DER OFFENEN SENIORENARBEIT IN DER STADT MAINZ

**Abschlussbericht zur Konzeptentwicklung auf kommunaler Ebene im
Rahmen des Bundesmodellprogramms "Anlaufstellen für ältere Men-
schen" im Auftrag der Stadt Mainz**



Stephan Baas & Heinz Müller

WEITERENTWICKLUNG DER OFFENEN SENIORENARBEIT IN DER STADT MAINZ

Abschlussbericht zur Konzeptentwicklung auf kommunaler Ebene im Rahmen des Bundesmodellprogramms "Anlaufstellen für ältere Menschen" im Auftrag der Stadt Mainz

Dieses Projekt wird im Rahmen des Bundesprogramms
„Anlaufstellen für ältere Menschen“ gefördert von:



Mainz 2015

Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz gGmbH (ism).
Flachsmarktstraße 9, 55116 Mainz

www.ism-mainz.de

Stephan Baas

06131/240 41-13

stephan.baas@ism-mainz.de



Gliederung

1. EINLEITUNG	7
2. THEORIE UND WEITERE GRUNDLEGUNG.....	9
2.1 THEORETISCHE GRUNDLAGEN.....	9
2.1.1 Modell der Selektiven Optimierung mit Kompensation.....	9
2.1.2 Vier Dimensionen der Lebensqualität nach Lawton.....	10
2.1.3 Rahmenmodell zum Person-Umwelt-Austausch.....	13
2.2 DEMOGRAFISCHER WANDEL, GENERATIONENBEZIEHUNGEN UND WOHNWÜNSCHE.....	15
2.3 EHRENAMT UND GESELLSCHAFTLICHER ZUSAMMENHALT.....	18
2.4 VON DER WOHNUNG ZUM QUARTIER.....	19
2.5 KOMMUNALE ALTENHILFEPLANUNG UND ERWARTUNGEN AN GESELLSCHAFTLICHE (KOMMUNALE) AKTEURE	22
3. ZIELE DES KONZEPTES	24
3.1 ALTENHILFEPLANUNG ALS NETZWERKPLANUNG IM QUARTIER.....	24
3.2 LANGFRISTIGE ZIELE	27
3.2.1 Langfristiges Ziel 1: Beförderung von Generationensolidariät.....	27
3.2.2 Langfristiges Ziel 2: Sorgende Gemeinschaften, neue Subsidiarität	28
3.2.3 Langfristiges Ziel 3: Partizipation.....	29
3.2.4 Langfristiges Ziel 4: Verstetigung sichern	31
4. AUSGANGSSITUATION IN DER STADT MAINZ.....	32
4.1 EXPERTENWORKSHOP IM SEPTEMBER 2014.....	32
4.2 SENIORENBEFragung IN DER STADT MAINZ	34
4.3 WORKSHOPS IM FRÜHJAHR 2015.....	58
5. AUFGABEN UND HANDLUNGSSCHRITTE	61
5.1 NOTWENDIGE STRUKTUREN IM QUARTIER	61
5.2 QUARTIERE IDENTIFIZIEREN	67
5.2.1 Quartiersbestimmung im Rahmen der Nadelmethode.....	68
5.2.2 Quartiersbegehung.....	69
5.3 ANALYSE DES QUARTIERS	70
5.3.1 Weitwinkelscan	72
5.3.2 Beteiligung im Rahmen von Workshops	72
5.3.3 Befragung von älteren Bürgerinnen und Bürgern	74
5.4 FÖRDERUNG VON BEGEGNUNGSMÖGLICHKEITEN UND GELEGENHEITSSTRUKTUREN.....	75
5.5 VERNETZUNG DER AKTEURE IM QUARTIER	77
5.6 BERATUNG IM QUARTIER.....	79
6. ZUSAMMENFASSUNG UND HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN.....	82
LITERATUR	88
ABBILDUNGSVERZEICHNIS	92
ANHANG: FRAGEBOGEN.....	93



1. Einleitung

Insgesamt werden die Themen "demografischer Wandel", oder "ältere Menschen" aus einer gesamtgesellschaftlichen Perspektive oftmals mit Belastungen gleichgesetzt. Das gilt - aus individueller Perspektive - auch für die Themen "Alter" und "Älterwerden": Beides wird häufig mit Abbau von Kompetenzen und körperlichen Fähigkeiten, Krankheit und schließlich Pflegebedürftigkeit gleichgesetzt - auch hier finden sich eine Vielzahl von eher pessimistischen Einschätzungen.

Einer detaillierten Analyse halten die hier nur angedeuteten Vorannahmen aber nicht stand. So weist Andreas Kruse zu Recht auf die (individuellen wie gesamtgesellschaftlichen) Potenziale des Alters hin und bezeichnet seine Streitschrift "Alternde Gesellschaft - eine Bedrohung?" ausdrücklich als Gegenentwurf zur angedeuteten Diskussion. So sollte der demografische Wandel neben seinen unbestreitbaren Auswirkungen auf Bevölkerungs- und Altersstruktur nicht losgelöst von den Veränderungen im Bereich der (familialen und nicht-familialen) Lebensformen betrachtet werden. **Fachliche Diskussionen und praktische Beispiele weisen darauf hin, dass zwischen den Generationen neue Formen der intra- und intergenerationellen Solidarität notwendig sind** und bereits erprobt werden - dies zeigt etwa die Diskussion um die "sorgenden Gemeinschaften" oder "neuen Nachbarschaften".

Parallel zu dieser Diskussion hat die gerontologische und vor allem am Individuum orientierte Forschung in einer Vielzahl von Studien zwei wesentliche Erkenntnisse herausgearbeitet: **Ältere Menschen wollen solange wie möglich in ihrer vertrauten Wohnung bzw. ihrem Haus in der bekannten räumlichen und sozialen Umwelt - ihrem Quartier - wohnen bleiben**, auch wenn dieses Quartier nicht in jeder Hinsicht eine optimale Umwelt darstellt.

Vor diesem Hintergrund hat sich eine **intensive Diskussion** darüber entwickelt, **welche Rolle das Quartier für den Verbleib in der eigenen Wohnung bzw. im eigenen Haus haben kann**. Eine Vielzahl von Praxisprojekten hat sich mit der Frage auseinandergesetzt, welche Strukturen in einem Quartier notwendig sind, um auch bei einem eventuellen Pflegebedarf selbständig in der bisherigen Wohnung bzw. im bisherigen Haus wohnen bleiben zu können. Auch auf kommunaler Ebene wird zunehmend erkannt, dass Altenhilfe mehr bedeutet als nur Pflegestrukturplanung - dies zeigt etwa die steigende Bedeutung von Gemeinwesenarbeit im Quartier.

An diese Diskussion anknüpfend hat es sich die Stadt Mainz zum Ziel gesetzt, die offene Seniorenarbeit in den Quartieren der Stadt weiterzuentwickeln. Die Grundlage für diese Weiterentwicklung bildet dabei das vorliegende Konzept. Hauptziel des vorliegenden Konzepts ist die Entwicklung eines überschaubaren lokalen Hilfenetzes im Quartier vor dem Hintergrund der folgenden Frage:

"Wie kann sichergestellt werden, dass ältere Menschen mit ihren unterschiedlichen Bedürfnissen auch bei Hilfe- und Pflegebedarf - solange wie möglich - und unter Erhalt größtmöglicher Zufriedenheit und Lebensqualität selbstbestimmt Zuhause im Quartier leben können?"

Mit diesem Konzept soll ein Teil der strukturellen Voraussetzungen zur Erreichung dieses Ziels geschaffen werden. Konkret geht es in Bezug auf ein selbstbestimmtes Wohnen und Leben im Alter um die Erreichung der folgenden Oberziele:

- Es gibt vielfältige, interessante, ansprechende, generationenübergreifende und niedrigschwellig erreichbare Angebote in den Stadtteilen.
- Die Akteure aller seniorenrelevanten Angebote und Institutionen sind vernetzt und die Aktivitäten orientieren sich an gemeinsam erarbeiteten Handlungsmaximen.

- Die Bereiche Pflege bzw. Versorgung und Teilhabe werden verknüpft.
- Die Informationen der verschiedenen Akteure werden über das Amt für Jugend und Familie gebündelt und öffentlich zugänglich gemacht.

Die Konzeptentwicklung erfolgt im Rahmen des Bundesmodellprogramms "Anlaufstellen für ältere Menschen" des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und wurde im Jahr 2014 von der Stadt Mainz an das Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz gGmbH (ism gGmbH) vergeben. Die Konzeptentwicklung wurde vom ism gGmbH im Zeitraum Juni 2014 bis Juni 2015 in Abstimmung mit der Stadt Mainz durchgeführt.

Das vorliegende Konzept gliedert sich in fünf Abschnitte: im ersten Teil werden die notwendigen theoretischen und weiteren Grundlegungen im Überblick skizziert. Im zweiten Teil werden dann generelle und eher langfristige Ziele dargestellt, die mit der Umsetzung des Konzepts verbunden sind. Im dritten Abschnitt werden die diesem Konzept zugrundeliegenden empirischen Arbeiten im Detail dargestellt. Dies gilt insbesondere für die Anfang 2015 durchgeführte Seniorenbefragung. Im Hauptteil des Konzepts, im vierten Abschnitt, werden auf der Grundlage der empirischen Erkenntnisse konkrete Aufgaben und Handlungsschritte zusammengestellt, die im Zuge der Quartiersentwicklung Beachtung finden sollten. Im abschließenden fünften Abschnitt erfolgt eine Zusammenfassung des vorliegenden Berichts.

Bedanken möchten wir uns an dieser Stelle insbesondere bei Frau Susanne Groll vom Amt für soziale Leistungen der Landeshauptstadt Mainz - dort zuständig für Sozialplanung - und Frau Judith Schlotz vom Amt für Jugend und Familie der Landeshauptstadt Mainz - dort zuständig für den Bereich "Familie und Senioren" für ihre umfangreiche Begleitung und Unterstützung, insbesondere bei den im Projektverlauf durchgeführten empirischen Arbeiten.

2. Theorie und weitere Grundlegung

Im folgenden Abschnitt werden die für das Konzept relevanten Grundlagen im Überblick dargestellt. Dazu gehört zunächst einmal ein theoretisches Modell, welches insbesondere die Verbindungen zwischen dem einzelnen Individuum und der ihn umgebenden Umwelt in den Blick nimmt. Dies ist u.a. notwendig, um die im folgenden Abschnitt dargestellten Wohnwünsche älterer Menschen nachvollziehen zu können. Im dritten Abschnitt erfolgt dann eine Annäherung an den Begriff des Quartiers, der im Rahmen der Konzepterstellung eine wichtige Bedeutung einnimmt, bevor im vierten Abschnitt eine kurze Darstellung der Grundlagen der kommunalen Altenhilfeplanung erfolgt.

2.1 Theoretische Grundlagen

Aus der weithin bekannten Definition der Gerontologie, die vor über zwei Jahrzehnten von Paul und Margaret Baltes vorgeschlagen wurde, ergibt sich mehr oder weniger automatisch die folgende kurze Abhandlung wichtiger Theorien, die der Konzepterstellung vorangestellt werden soll: "Gerontologie beschäftigt sich mit der Beschreibung, Erklärung und Modifikation von körperlichen, psychischen, sozialen, historischen und kulturellen Aspekten des Alterns und des Alters, einschließlich der Analyse von alternsrelevanten und alterskonstituierenden Umwelten und sozialen Institutionen" (Baltes & Baltes 1992: 8). Ein theoretischer Baustein entstammt aus Konzepten, die sich auf individueller Ebene mit Entwicklungsprozessen im Lebenslauf beschäftigen. Der zweite Baustein thematisiert die möglicherweise wichtigste Zielvariable in diesem (lebenslangen) Entwicklungsprozess - die Lebensqualität. Der dritte Baustein setzt beides - ganz im Sinne der Definition von Baltes und Baltes - in den Kontext der Umwelt.

2.1.1 Modell der Selektiven Optimierung mit Kompensation

Paul und Margaret Baltes haben eine Entwicklung im Lebensverlauf skizziert, die von Gewinnen und Verlusten geprägt ist. Besonders im Alter ist diese Entwicklung durch eine wachsende negative-Bilanz geprägt, vor allem im Bereich körperlicher Fähigkeiten und Fertigkeiten, aber auch in Bezug auf psychische oder soziale Aspekte. Damit stellt sich die Frage, welche Strategien ältere Menschen im Umgang mit diesen Verlusten anwenden. Ihre Überlegungen basieren auf der Annahme, dass sich "auch im Alter dem Menschen die Möglichkeit [bietet] - unter sich verändernden persönlichen Rahmenbedingungen und sozialen, räumlichen und strukturellen Kontexten - sein Leben aktiv zu gestalten und regulativ auf die [...] Herausforderungen des Alterns zu reagieren" (Martin & Kliegel 2005: 60). **Baltes und Baltes beschreiben drei fundamentale Anpassungsprozesse, mit deren Hilfe ein stabiles Funktionsniveau, ein positives Selbstbild und vor allem ein hohes subjektives Wohlbefinden aufrechterhalten werden soll:**

- **Selektion** bedeutet in diesem Zusammenhang die Konzentration auf bestimmte ausgewählte Lebensbereiche oder Ziele. Selektion kann bei Verlusten auch darin bestehen, dass Ziele neu bestimmt oder umformuliert werden und damit selbst gewählte Standards angepasst werden.
- **Optimierung** beinhaltet dagegen "das (Neu-)Erwerben und /oder Verbessern von Mitteln, Ressourcen und Handlungsweisen [...], die zielrelevant sind und helfen, die selektierten Ziele zu erreichen. Konkret geht es hierbei neben dem Erwerb neuer Fertigkeiten um Prozesse wie eine verstärkte Aufmerksamkeit auf etwas zu richten, sich mehr anzustrengen, mehr zu üben, mehr Zeit zu investieren, sich selbst zu motivieren, aber auch darum, sich - notfalls - externe Hilfe zu Nutzen zu machen" (Martin & Kliegel 2005: 61).
- **Kompensation** bezeichnet dagegen die bewusste oder unbewusste Reaktion auf Verluste mit dem Ziel, den gewohnten Funktionsstand wiederherzustellen oder aufrechtzuerhalten. Gelingt

es also nicht mehr, durch Optimierung von Mitteln, Ressourcen oder Handlungsweisen das gesetzte Ziel zu erreichen, kann es also beispielsweise notwendig werden, durch Hinzuziehung von externen Hilfen die alltäglichen Lebensvollzüge aufrechtzuerhalten.

Dieses Modell - auf Grund der drei Anpassungsprozesse Selektion, Optimierung und Kompensation auch SOK-Modell genannt - ist hilfreich, um individuelle und kognitive Anpassungsprozesse insbesondere im höheren Alter nachvollziehen zu können. Kritisch kann allerdings die Vernachlässigung sozialstruktureller Rahmenbedingungen gesehen werden: "Die individuelle Gestaltungskraft des einzelnen Älteren wird überbetont, während eher nach gesellschaftlichen Gestaltungsmöglichkeiten und Angeboten gesucht werden sollte, die es dem einzelnen erlauben, die ihm gemäße Form des Alters zu finden" (Backes & Clemens 2008: 183). Zunächst einmal aber soll kurz der Frage nachgegangen werden, welche Bedeutung das subjektive Wohlbefinden hat.

Der Blick auf die zugrunde liegende Forschung macht zunächst einmal deutlich, dass es sich beim subjektiven Wohlbefinden oder der Lebenszufriedenheit um ein Konstrukt handelt, das Teil eines größeren Konstruktes ist. Als übergeordnetes Konstrukt wird an dieser Stelle häufig der Begriff "Lebensqualität" verwendet (etwa Zapf 1984; Veenhoven 2000). Veenhoven macht darauf aufmerksam, dass es in Bezug auf die Begriffe "Lebensqualität", "subjektives Wohlbefinden", "Glück" oder "Wohlfahrt" immer noch eine große Begriffsverwirrung gebe (Veenhoven 2000). Grundlegend ist aber insgesamt das Verständnis, welches stellvertretend Lawton formuliert hat: Lebensqualität ist ein (theoretisches) Konstrukt, welches das Individuum mit der ihn umgebenden Umwelt in Beziehung setzt (vgl. Lawton 2001). Dabei ist das menschliche Handeln auf die Erreichung von Lebensqualität oder Glück ausgerichtet: "Hierin steckt die Vorstellung, dass Handeln und Wählen nicht zufällig, sondern zielgerichtet sind und zwar auf ein allem Streben gemeinsames Ziel hin: das oberste Gute" (Brandenburg & Güther 2014: 146). Zugleich hat die bisherige Forschung darauf aufmerksam gemacht, dass zwischen objektiven und subjektiven Aspekten dieses Konstruktes unterschieden werden kann (vgl. Veenhoven 2000). Grundlage für eine solche Unterscheidung ist aber das Zugeständnis an das Individuum, selbst entscheiden zu können, was ein "gutes Leben" überhaupt ausmacht. (vgl. Diener 2000).

2.1.2 Vier Dimensionen der Lebensqualität nach Lawton

Eine Antwort auf die Frage nach der Bedeutung von subjektivem Wohlbefinden geben stellvertretend Baltes und Baltes, die schon 1990 darauf hingewiesen haben, **dass subjektives Wohlbefinden eines von sieben möglichen Kriterien für erfolgreiches Altern darstelle** (Baltes & Baltes 1990). Zugleich ist das subjektive Wohlbefinden zentraler Bestandteil des SOK-Modells: So weisen Baltes und Baltes darauf, dass angepasste Zielvorstellungen im Rahmen des SOK-Prozesses dazu dienen können, ein gleichbleibendes Niveau an subjektivem Wohlbefinden sicherzustellen. Dies ist ein Aspekt, den Staudinger später auf der Grundlage von Daten der Berliner Altersstudie auch als **Wohlbefindensparadox** bezeichnet hat, also den Sachverhalt, "dass sich widrige Lebensumstände [...] – solange existentielle Mindestanforderungen nicht unterschritten werden – kaum bis gar nicht in den Bewertungen des subjektiven Wohlbefindens der Betroffenen widerspiegeln" (Staudinger 2000, 186).

Auch Staudinger macht in einer Verknüpfung von subjektivem Wohlbefinden und SOK-Modell darauf aufmerksam, dass das "subjektive Wohlbefinden immer wieder als subjektiver Indikator produktiv-adaptiver Entwicklung verwendet wird" (Staudinger 2000, 194). Vor dem Hintergrund von Selektion - Optimierung - Kompensation "wäre das Kriterium für Wohlbefinden [...] festzusetzen als die Minimierung der Verluste bei gleichzeitiger Maximierung der Gewinne" (Staudinger

2000, 194). In diesem Verständnis sind die Prozesse von Selektion - Optimierung - Kompensation damit eine entscheidende Voraussetzung für die Sicherstellung von subjektivem Wohlbefinden. Andererseits macht Staudinger darauf aufmerksam, dass es zu Rückkoppelungen dergestalt kommen kann, dass ein höheres Wohlbefinden wiederum als Ressource im SOK-Modell eingesetzt werden kann. Der Bezug zur Interventionsgerontologie wird u.a. in der Berliner Altersstudie deutlich: "Die Ergebnisse über das subjektive Wohlbefinden veranschaulichen die bemerkenswerte Fähigkeit alter Menschen, sich durch selbstbezogene Regulationsprozesse ihren Lebensumständen anzupassen. Wir müssen aber darauf hinweisen, dass die Anforderungen und Verluste des hohen Alters diese psychologische Widerstandsfähigkeit an ihre Grenzen führen können. Aus dieser Perspektive wird die Notwendigkeit deutlich, das Wohlbefinden alter Menschen zu unterstützen" (Smith et al. 1996, 497).

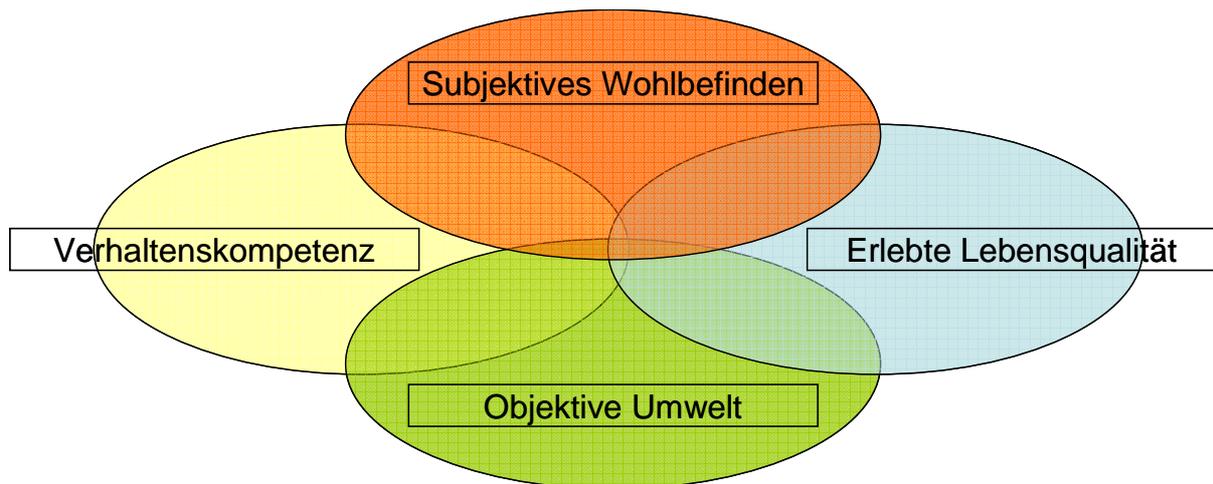
Aber was ist überhaupt das subjektive Wohlbefinden? Und welches sind die Einflussfaktoren auf das subjektive Wohlbefinden? Hilfreiche Überlegungen hat der amerikanische Gerontologe M. Powell Lawson mit einem Modell geliefert, welches in der in der sozialökologischen Gerontologie verwurzelt ist. Diese fragt danach, "welchen Einfluss die räumlich-soziale Umwelt auf den Verlauf von Alternsprozessen besitzt, wobei das zugrunde gelegte Menschenbild stets impliziert, dass ältere Menschen ihre räumlich-sozialen Umwelten auch selbst proaktiv verändern können. In den Mittelpunkt rückt damit auch die Frage, wie räumliche soziale Aspekte beeinflussen und vice versa" (Wahl; Mollenkopf & Oswald 1999: 279). Dieses Konzept betont also, dass Altern von den Ressourcen und Begrenzungen der jeweiligen Umwelt abhängt - auch hier wird der Bezug zur Definition von Baltes und Baltes schnell deutlich. Das Modell geht allerdings über seine sozialökologischen Wurzeln hinaus und betont das gleichberechtigte Nebeneinander von subjektiven und objektiven Aspekten.

Generell versteht Lawton Lebensqualität als multidimensionale Einschätzung, die sich aus insgesamt vier Dimensionen zusammensetzt. **Die vier Dimensionen beinhalten keine implizite Wertung in "gut" oder "schlecht", sondern jeweils zwei objektive bzw. subjektive Komponenten (vgl. Abbildung 1):**

- Als **(objektive) Verhaltenskompetenz** lassen sich zum Beispiel funktionelle und kognitive Fähigkeiten umschreiben, die eigenständiges Leben ermöglichen, etwa die weithin bekannten "Aktivitäten des alltäglichen Lebens", die Selbständigkeit einer Person, ihre geistige Leistungsfähigkeit oder soziale Fertigkeiten.
- Die **(objektive) Umwelt** beinhaltet demgegenüber die tatsächlich gegebene soziale und räumliche Umwelt.
- Diese Umwelt kann nun ihrerseits Gelegenheiten bieten, aber auch Restriktionen auferlegen, vor allem im Hinblick auf Sozialverhalten und außerhäusliche Mobilität. Zugleich wird diese Umwelt auch subjektiv "erlebt" bzw. "wahrgenommen" - das Modell bezeichnet diesen Aspekt als **erlebte (subjektive) Lebensqualität**. Diese gibt an, wie das Individuum beispielsweise seine sozialen, psychischen oder körperlichen Lebensbereiche (subjektiv) einschätzt.
- Schließlich geht das Modell noch davon aus, dass das **subjektive Wohlbefinden** ein Teilaspekt des übergeordneten Konstrukts "Lebensqualität" darstellt. Mit subjektivem (oder auch seelischem) Wohlbefinden wird in diesem Modell zumeist die emotionale Befindlichkeit verstanden (etwa bei Becker et al. 2005; Becker et al. 2006). Dabei handele es sich, so Lawton (1994), um eine generelle Einschätzung des Wohlbefindens, die über den Teilaspekten der erlebten Lebensqualität stehe.

In diesem Modell wird das subjektive Erleben von Lebensumständen als Ergebnis verstanden (Becker et al. 2010): Vor allem die objektive Umwelt, aber auch die Verhaltenskompetenz werden hier als Voraussetzung für erlebte Lebensqualität und subjektives Wohlbefinden verstanden.

Abbildung 1: Vier Dimensionen der Lebensqualität nach Lawton



Quelle: eigene Abbildung auf der Grundlage von Becker et al. 2005, 109

Dieses Modell stellt derzeit wohl die Grundlage der meisten theoretischen Überlegungen dar, die sich mit der Lebensqualität vor allem älterer Menschen auseinandersetzen. Dies mag insbesondere damit zusammenhängen, dass in diesem Modell der Verhaltenskompetenz eine große Bedeutung beigemessen wird: "Entsprechend interpretiert Lawton die Anregung zu selbständigem und selbstverantwortlichem Verhalten – mit dem Ziel der Erhaltung und Steigerung der Verhaltenskompetenz – als eine zentrale Komponente der Intervention" (Kruse 2004, 4).

Wichtig ist an dieser Stelle die folgende **Erkenntnis der Gerontologie: Das Lebensalter ist nicht gleichbedeutend mit Belastungen - Kruse erweitert daher auch die Verletzlichkeitsperspektive um diejenige der Potenziale** (Kruse 2013). Auf der einen Seite gibt es unbestreitbar eine mit dem Alter abnehmende körperliche Leistungsfähigkeit, das Ansteigen des Risikos bestimmter Erkrankungen, eine reduzierte Regenerationsfähigkeit oder auch negative Veränderungen im sozialen Umfeld. Trotzdem ist diese Verletzlichkeit nicht gleichzusetzen mit Multimorbidität, Pflegebedürftigkeit oder Einsamkeit. Auf der Seite der Potenziale sieht Kruse demgegenüber "die potenziellen Stärken und Kräfte des Alters [...] zu denen neben differenzierten Wissenssystemen, reflektierten Erfahrungen und effektiven, vielfach erprobten Handlungsstrategien auch die Fähigkeit zu zählen ist, selbst im Falle von Belastungen und Verlusten eine positive Lebenseinstellung aufrechtzuerhalten [...]. Zudem werden die erlebte und praktizierte Mitverantwortung für nachfolgende Generationen ('Generativität') [...] als Potenziale des Alters beschrieben" (Kruse 2013: 9).

2.1.3 Rahmenmodell zum Person-Umwelt-Austausch

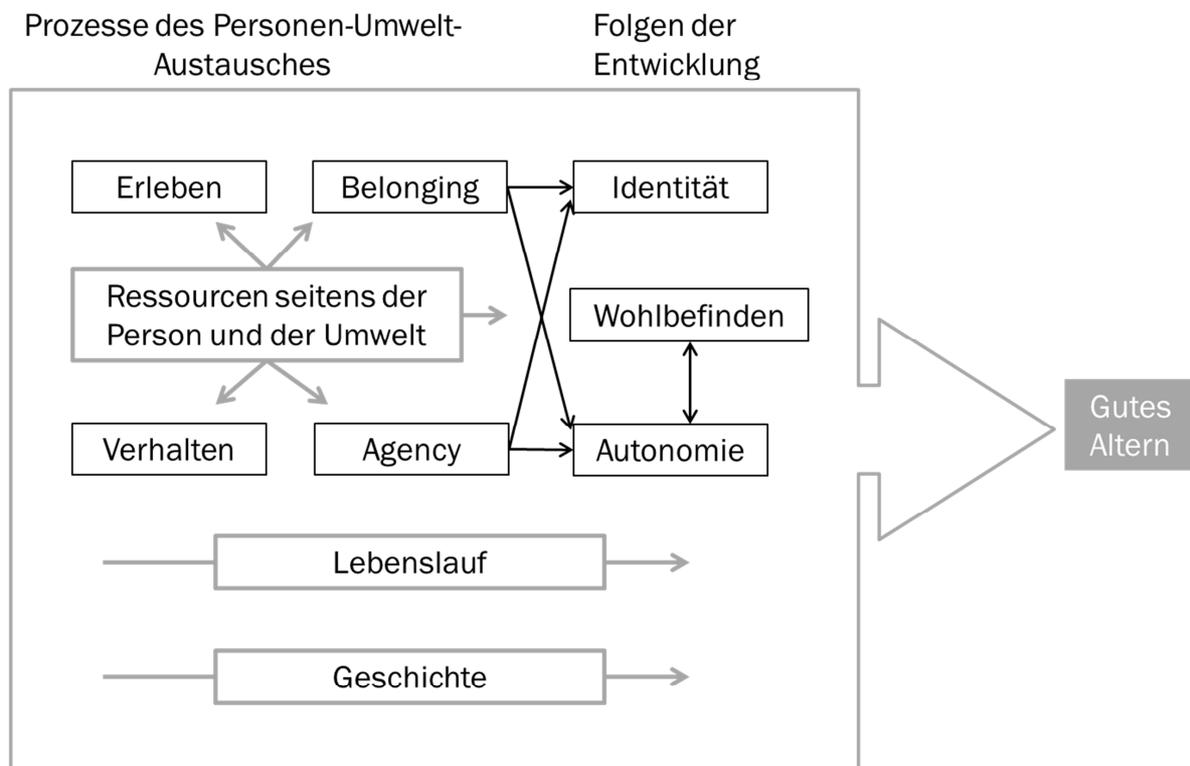
Erweitert werden nun diese Überlegungen durch eine explizite Einbeziehung der Umwelten des Alterns: "Die Annahme einer bedeutsamen Rolle der räumlich-dinglichen Umwelt für den Verlauf von Altern rekurriert auf der einen Seite auf die Verletzlichkeit des Menschen im Alternsprozess. Altern, vor allem Hochaltrigkeit, ist mit signifikanten Verlusten der körperlichen und geistigen Leistungsfähigkeit verbunden, die wiederum dazu führen, dass Adaptationsanforderungen zunehmend weniger wirkungsvoll begegnet werden kann. Eine typische Adaptationsanforderung ist die Aufrechterhaltung selbständigen Wohnens in den gegebenen räumlich-dinglichen Rahmenbedingungen, die den verbliebenen Leistungsmöglichkeiten möglicherweise nicht angemessen sind und subjektiv zu Gefühlen der Überforderung, Unsicherheit und Wohnzukunftängsten sowie objektiv zu Vernachlässigung, Verletzungen und Selbständigkeitsverlusten führen können. Auf der anderen Seite besitzen in ihrer Infrastruktur geeignete bzw. entsprechend optimierte Umwelten das Potenzial, die Lebensqualität alternder Menschen substanziell zu unterstützen, vor allem dann, wenn bedeutsame umweltbezogene Einbußen und Veränderungen auf der Personenebene eingetreten sind" (Claßen et al. 2014: 14).

Ein entsprechendes Rahmenmodell findet sich in der folgenden Abbildung 2. Dieses Modell verbindet mehr oder weniger die bisherigen Überlegungen und fügt ihnen noch wesentliche Aspekte hinzu.

Das Modell beschreibt auf der Ebene des (subjektiven) Erlebens mit dem Begriff des **Belonging** "erlebensbezogene Prozesse der Bewertung, Bedeutungszuschreibung und Bindung bzw. Verbundenheit mit dem jeweiligen Umweltausschnitt" (Claßen et al. 2014: 22). Dazu gehören beispielsweise Konzepte wie Umweltzufriedenheit, Umweltidentität, Umweltverbundenheit, aber auch der subjektiv erlebte Umweltstress, der sich beispielsweise aus Barrieren außerhalb der Wohnung ergeben kann.

Unter dem Begriff des **Agency** werden demgegenüber "Prozesse der verhaltensbezogenen Aneignung, Nutzung, Auseinandersetzung und Veränderung bzw. der nur teilweise möglichen Kompensation mit Umwelt im Alter verstanden" (Claßen et al. 2014: 23).

Abbildung 2: Rahmenmodell zum Person-Umwelt-Austausch im höheren Erwachsenenalter



Quelle: eigene Abbildung auf der Grundlage von Claßen et al. 2014

Belonging und Agency haben wiederum bestimmte Folgen im Lebenslauf: Zum einen kann davon ausgegangen werden, dass erfolgreiche Belonging-Prozesse zur Aufrechterhaltung von Identität vor allem im höheren Erwachsenenalter beitragen. Zum anderen tragen Agency-Prozesse im Rahmen eines generellen Person-Umwelt-Austausches entscheidend zur Autonomie bei. "Schließlich kann angenommen werden, dass beide Umweltprozesse mitsamt den Folgen auf der Ebene von Identität und Autonomie auch Auswirkungen auf das subjektive Wohlbefinden haben" (Claßen et al. 2014: 24).

Diese kurzen theoretischen Überlegungen sind notwendig, um beispielsweise die im Folgenden dargestellten Wohnwünsche älterer Menschen besser nachvollziehen zu können.

2.2 Demografischer Wandel, Generationenbeziehungen und Wohnwünsche

Selbstverständlich stellt auch der vielzitierte **demografische Wandel**, von dem sowohl Rheinland-Pfalz als auch die Landeshauptstadt Mainz betroffen ist, einen der vielen Ausgangspunkte für die Notwendigkeit der Entwicklung von Anlaufstellen für ältere Menschen dar: Auf diesen kann aber im Rahmen dieser Grundlegung nicht im Detail eingegangen werden. Im Vergleich der Bundesländer weist Rheinland-Pfalz einen durchschnittlichen Altenquotienten¹ auf (vgl. Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2013). In der Stadt Mainz stellt sich das Verhältnis zwischen den Generationen noch einmal anders dar - auf diesen Aspekt wird an späterer Stelle noch im Detail eingegangen.

Das zu entwickelnde Konzept muss auch als Reaktion auf **sich verändernde Generationenbeziehungen** verstanden werden. So stellt ein Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats für Familienfragen beim Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Hinblick auf Herausforderungen und Potenziale der Generationenbeziehungen fest: "Generationenbeziehungen sind in Zeiten gesellschaftlichen und demografischen Wandels, deren Charakteristika z.B. eine zunehmende Individualisierung sowie eine abnehmende Selbstverständlichkeit und Zuverlässigkeit familialer Bindungen sind, ein Thema, das der besonderen Aufmerksamkeit und Zuwendung bedarf." (BMFSFJ 2012: 6). Konkret deutet das Gutachten etwa auf die gestiegenen Mobilitätsanforderungen des Arbeitsmarktes, die damit verbundene steigende durchschnittliche Wohnentfernung zwischen Eltern, Kindern und Enkelkindern und die Abnahme von "Möglichkeiten zur direkten gegenseitigen Hilfeleistung und Unterstützung im Alltagsleben" hin (BMFSFJ 2012: 18). Auch betont das Gutachten die Bedeutung von Generationenbeziehungen außerhalb der Familie, insbesondere bei Kinderlosigkeit: "Der Blick auf die Gruppe der dauerhaft kinderlosen Erwachsenen wie auch der Blick auf fragile und/oder nicht funktionierende Familiensysteme erfordert die Suche nach Möglichkeiten der Stärkung, Unterstützung und Sicherung der Generationenbeziehungen in diesen Familien oder nach Möglichkeiten der Kompensation" (BMFSFJ 2012: 26).

Diese Veränderungen, die häufig unter den Stichworten "**Individualisierung**" oder ohne negative Konnotation als "**Zunahme vielfältiger Lebensformen**" (etwa bei Jurczyk & Klinkhardt 2014) erörtert werden, werden schon seit längerem in Wissenschaft und Öffentlichkeit diskutiert, im Hinblick auf die ältere Generation vor allem mit Bezug auf familiäre Pflegeressourcen: So zeigen sich pessimistische Annahmen, etwa bei Thomas Klie, der im Kontrast zu den bisherigen stabilen familialen Netzen vor Ort davon ausgeht, dass die "traditionellen Netze und Normen erodieren" (Klie 2014: 116). Auf der anderen Seite zeigt aber beispielsweise die aktuelle Generali-Altersstudie, "dass zwischen den Generationen nicht nur eine enge emotionale Verpflichtung besteht. Es gibt zusätzlich beachtliche zeitliche und materielle Unterstützungsleistungen - und zwar in beide Richtungen" (Generali Zukunftsfond 2012: 243). Allerdings geht auch diese Studie davon aus, dass im Verlauf des demografischen und sozialen Wandels der sog. Generationenvertrag sowohl auf der familialen als auch der gesellschaftlichen Ebene unter Druck gerät, weist aber auf die "Möglichkeiten der politischen Gestaltung zur Vermeidung einer im demografischen wie sozialen Wandel gleichsam 'automatisch' stattfindenden weiteren 'strukturellen Schwächung' praktizierter Familiensolidarität" hin (Generali Zukunftsfond 2012: 246), etwa in Bezug auf die Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf.

¹ Üblicherweise werden zur Beschreibung der demografischen Struktur einer Bevölkerung Alten- bzw. Jugendquotienten verwendet. Diese beschreiben das Verhältnis zwischen der Bevölkerung im sog. erwerbsfähigen Alter (18 bis 64 Jahre) und der noch nicht erwerbsfähigen Bevölkerung (unter 18 Jahre: Jugendquotient) bzw. der nicht mehr erwerbsfähigen Bevölkerung (65 Jahre und älter: Altenquotient).

Allerdings weist das bereits erwähnte Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats für Familienfragen auf die großen Herausforderungen hin, wenn das "Beziehungsgeflecht zwischen den Generationen durch politisches Handeln in seiner Funktionsfähigkeit gefördert oder unterstützt werden soll. Solches Handeln mag dort gefordert sein, wo sich Beziehungen zwischen den Generationen innerhalb der Familien als wenig oder gar nicht mehr tragfähig oder dem Wohlergehen der Familienmitglieder gar als abträglich erweisen. Hier ist die Suche nach Möglichkeiten, innerfamiliäre durch außerfamiliäre Generationenbeziehungen zu ergänzen oder zu ersetzen, ein wichtiges Anliegen. Darüber hinaus sind aber auch vielfältige Potenziale in den Beziehungen zwischen den Generationen außerhalb der Familien zu vermuten, die es zu entdecken und auszuschöpfen gilt" (BMFSFJ 2012: 7).

In eine ähnliche Richtung gehen die Vorschläge des vielbeachteten "Netzwerk: Soziales neu gestalten" unter Federführung der Bertelsmann Stiftung, welches sich für den Auf- und Ausbau subsidiärer Hilfesysteme auf Quartiersebene ausspricht, eine stärkere Beteiligung der älteren Generation an der Gestaltung zukünftiger Wohn- und Versorgungsformen fordert und damit zugleich auch die Bedeutung der eigenen Wohnung für das Leben im Alter verdeutlicht: "Die Bewältigung der Folgen des demographischen Wandels erfordert eine stärkere Beteiligung der älteren Generation an der Gestaltung zukünftiger Wohn- und Versorgungsformen. Je mehr es gelingt, die Eigeninitiative der älteren Generation zu wecken und zu erhalten, desto eher wird es möglich sein, das verringerte Hilfef Potenzial der jüngeren Generation auszugleichen und staatliche Versorgungsleistungen zu reduzieren. Neue Wohnformen, die die Selbständigkeit der Lebensführung betonen [...], sind in besonderer Weise geeignet, die Selbsthilfekräfte der älteren Generation zu stärken" (Netzwerk: Soziales neu gestalten 2006: 14).

Weitere Aspekte finden sich in der Diskussion um die sog. **sorgenden Gemeinschaften**, die in Deutschland derzeit vor allem mit Thomas Klie verbunden ist, der unter Sorge "anteilmehmende, vorrausschauende Verantwortungsübernahme für sich und andere" beschreibt " und damit die Verantwortungsbeziehung, die in der Sorge zum Ausdruck kommt, in den Mittelpunkt" stellt (Klie 2014: 117). Auch wenn Klie die Schwierigkeiten einräumt, die der Begriff der Sorge im Vergleich zum englischen Sprachgebrauch besitzt ("care"), geht er davon aus, dass die Fähigkeit zur Sorge eine gesellschaftliche Notwendigkeit darstellt: "Die soziale Sorgefähigkeit ist Voraussetzung für langfristigen, gesellschaftlichen Wohlstand. Von der Sorgefähigkeit der Menschen vor Ort in ihren unterschiedlichen Spielarten hängen die Stabilität des Gemeinwesens und seine Zukunftsfähigkeit ab. Diese Sorgefähigkeit wurde bislang vorausgesetzt: Traditionelle Familienstrukturen mit entsprechender Rollenverteilung zwischen den Geschlechtern haben sowohl in der Kindererziehung als auch im hohen Alter und im alltäglichen gemeinsamen Haushalten eine tragfähige Basis für die gegenseitige Aufmerksamkeit, das fürsorgliche Kümmern, das alltägliche Besorgen und Vorsorgen geliefert. Meist unsichtbar, wenig gewürdigt, eben vorausgesetzt. Dies ist für die Zukunft so nicht mehr möglich" (Klie 2013: 120). Auch wenn der Fokus in der Diskussion von Thomas Klie auf dem Aspekt von Pflege liegt, bietet seine Erweiterung der sorgenden Gemeinschaften um die Nachbarschaften Anknüpfungspunkte für das vorliegende Konzept: "Die kleinen Lebenskreise, in denen wir Verantwortung für den anderen zeigen, kennen seit eh und je die Nachbarn und Nachbarschaften. Sie und andere Formen gegenseitiger Unterstützung bedürfen zunehmend der bewussteren Gestaltung und Unterstützung. Dabei geht es in sorgenden Gemeinschaften nicht um Dienstleistungen. Die Wechselseitigkeit von sorgen und Sorge empfangen, von geben und nehmen ist ein zentrales Merkmal einer Sorgenkultur" (Klie 2010: 123). Seine zentrale Frage lautet daher: "Schaffen wir es, sorgende Gemeinschaften auch auf das Alltagsmanagement im Alter und das Interesse am Wohlergehen der älteren Menschen auszuweiten? Hierzu fehlen uns (noch) Vorbilder, die Übung, die Spielregeln und die Kultur" (Klie 2013: 124).

Damit ist ein wesentlicher Kern des vorliegenden Konzepts angesprochen - das selbstbestimmte Leben und Wohnen auch im höheren Erwachsenenalter. Dies ist keine neue Forderung, wie etwa der Blick in das Modellprogramm "Selbstbestimmt Wohnen im Alter" zeigt, welches schon 2004 zwei vorrangige Zielsetzungen definiert: "die Förderung von Selbständigkeit im Alter und die Förderung der sozialen Integration älterer Menschen" (BMFSFJ 2004: 21). Diese Zielvorstellung ist ebenfalls Bestandteil der rheinland-pfälzischen Seniorenpolitik - so stellt der "Aktionsplan der Landesregierung zur Politik für Seniorinnen und Senioren in Rheinland-Pfalz" fest: "Die älteren Menschen von heute wollen selbstbestimmt leben. Sie wollen vor allem selbst entscheiden, wie und wo sie wohnen" (MSAGD 2012: 12). Zugleich betont dieser Aktionsplan die Notwendigkeit der Bürgerbeteiligung bei entsprechenden Planungen schon zu einem frühen Zeitpunkt: "Die Generation der heute 55 bis 65-Jährigen sind die älteren Menschen von morgen. Sie sollen schon heute mitgestalten können, wie ihr direktes Wohnumfeld im Alter aussehen wird. Sie sind kreativ, wenn es um neue Wohnformen geht und sie stehen technischen Entwicklungen, die ihnen das Leben erleichtern, aufgeschlossen gegenüber. Sie sollen an allen Planungen, die sie selbst betreffen, beteiligt werden" (MSAGD 2012: 12)

Vor der Betrachtung der Wohnwünsche älterer Personen lohnt noch ein kurzer Blick auf das Rahmenmodell zum Person-Umwelt-Austausch, und hier insbesondere die große Bedeutung des Wohnerlebens (Belonging). Es kann nämlich davon ausgegangen werden, "dass im Hinblick auf diese nicht zielgerichteten Prozesse des ‚Belonging‘ vermutet wird, dass sie in der Folge zur Aufrechterhaltung von Identität bzw. identitätsrelevanter Persönlichkeitsaspekte im höheren Lebensalter beitragen. Die Frage ‚Wer bin ich?‘ wird im höheren Alter nicht zuletzt auch aus Beschreibungen der Person im Verhältnis zu ihrer Umwelt gespeist und bildet damit einen Teil des ‚ökologischen Selbst‘ [...] Dies könnte auch ein Erklärungsansatz dafür sein, warum ältere Menschen häufig hohe Risiken eingehen, ihre Selbständigkeit zu verlieren, wenn sie dabei nur an gewohnten Umweltbedingungen festhalten können, eben wie sich darin auch die eigene Identität widerspiegelt" (Oswald 2010: 172). Zwei aktuelle Studien zeigen dies eindrucksvoll:

- Ein Frankfurter Forschungsprojekt zur Bedeutung des Wohnens in der Nachbarschaft für gesundes Altern mit dem Titel "Hier will ich wohnen bleiben!" (Oswald et al. 2013) belegt, dass in Bezug auf die Zukunftspläne das Wohnen betreffend nur 6 Prozent der Befragten konkrete Umzugspläne haben. Demgegenüber berichteten 72 Prozent der Befragten, dass sie ohne weitere Veränderungen an der Wohnung wohnen bleiben möchten, weitere 15 Prozent unter der Voraussetzung, dass die Wohnung barrierefrei gestaltet wird. "Der größte Anteil älterer Menschen lebt in Privatwohnungen. Dies wird auch mittelfristig so bleiben, trotz einer zunehmenden Diskussion alternativer Wohnformen für ältere Menschen [...] Ältere Menschen messen mit zunehmenden Alter dem Verbleiben in der vertrauten Wohnumwelt eine immer größere Bedeutung bei. In der gewohnten Umwelt zu bleiben hat dabei nicht nur mit der Aufrechterhaltung von Selbständigkeit zu tun, sondern auch mit dem Erhalt von Identität" (Oswald et al. 2013: 9). Weitergehende Analysen zeigen, dass "eine starke erlebte Verbundenheit mit dem eigenen Stadtteil zu einer höheren Verbleibenserwartung beiträgt. Objektive Zugänglichkeitsprobleme, die Wohndauer im Stadtteil oder etwa der erlebte Zusammenhalt in der Nachbarschaft erwiesen sich hingegen nicht als bedeutsam zur Vorhersage der Verbleibenserwartung" (Oswald et al. 2013: 47).
- Weitere Analysen liefert die Generali Altersstudie 2013 (Generali Zukunftsfond 2012): Diese Studie belegt ebenfalls das zentrale Anliegen der älteren Generation, möglichst lange ein selbständiges Leben führen zu können. Allerdings schätzt nur etwa ein Drittel der befragten 65- bis 85-Jährigen die Wohnung bzw. das Haus als altersgerecht ein, rund zwei Drittel geben an, ihr Haus bzw. ihre Wohnung sei nur eingeschränkt altersgerecht. Diese Einschätzung steht allerdings im Widerspruch zu den tatsächlichen Problemen: Nur 8 Prozent der Befragten haben Probleme mit ihrer Wohnung bzw. ihrem Haus, weil es nicht al-

tersgerecht ist, 57 Prozent kommen gut klar. Gefragt nach den Möglichkeiten und Wünschen einer altersgerechten Gestaltung der eigenen Wohnsituation, werden von den Befragten vor allem barrierefreie Badezimmer, die Vermeidung von Treppen und die Möglichkeit genannt, über ein Hausrufsystem bzw. einen Alarmknopf Hilfe rufen zu können. Sollte dann doch die Situation eintreten, nicht mehr selbständig leben zu können bzw. auf Unterstützung angewiesen zu sein, möchten die meisten Befragten in der eigenen Wohnung bzw. dem eigenen Haus unter Hinzuziehung eines Pflegedienstes verbleiben. Deutlich seltener ist der Wunsch nach einer eigenen Wohnung bzw. einem eigenem Zimmer im Seniorenwohnheim, und nur etwa jeder fünfte Befragte möchte bei den Kindern oder Enkeln leben.

2.3 Ehrenamt und gesellschaftlicher Zusammenhalt

Die bereits angesprochene Diskussion über die sorgenden Gemeinschaften bietet darüber hinaus auch Anknüpfungspunkte für ein (mögliches) bürgerschaftliches bzw. ehrenamtliches Engagement (nicht nur) von älteren Menschen.

Schon der fünfte Altenbericht der Bundesregierung, der sich mit den Potenzialen des Alters beschäftigt hat, verwendet in diesem Zusammenhang beispielsweise einen umfassenden Produktionsbegriff, "der Produktivität eben nicht nur mit Leistungen in der Arbeitswelt gleichsetzt, sondern jede Form der Bereicherung anderer Menschen als Ausdruck von Produktivität versteht" (Kruse 2013: 22). Darunter subsumiert Kruse etwa die Wissensweitergabe von kritisch reflektierten Erfahrungen von Älteren an Jüngere. Eine wichtige Gelegenheitsstruktur für einen solchen Austausch sieht Kruse insbesondere in der Generationenmischung im Quartier als einer bedeutsamen Form der Sozialraumgestaltung.

Insgesamt sieht Kruse hier noch ein großes gesellschaftliches Potenzial: "Wir treffen vielfach auf jene körperlichen, kognitiven, emotionalen und sozialen Ressourcen, die für die freiwillig geleistete Fortsetzung der beruflichen Tätigkeit bzw. für das bürgerschaftliche Engagement notwendig sind [...] Würde man diese Ressourcen nutzen, und dies heißt auch: würde man entsprechende Rahmenbedingungen für die Umsetzung dieser Ressourcen schaffen, so würde man damit (I) einen signifikanten Beitrag zum Humanvermögen unserer Gesellschaft leisten [...], (II) zudem die intergenerationelle Perspektive, die für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft wichtig ist, stärken" (Kruse 2013: 28f).

Schon im fünften Altenbericht (BMFSFJ 2006) wurde auf das hohe Engagement älterer Menschen hingewiesen, die im Vergleich mit jüngeren zum damaligen Zeitpunkt deutlich aufgeholt hatten, vor allem in traditionellen Bereichen wie Sport, Kirche oder sozialen Organisationen. "Es gibt daneben aber auch eine kleine Gruppe von ‚Pionieren‘, die sich mit zentralen Zukunftsthemen wie ‚Wohnen im Alter, ‚intergenerationelles Engagement‘, ‚Umwelt- und Denkmalschutz‘ oder ‚Ältere als Akteure des Verbraucherschutzes für ältere Menschen‘ neue zukunftsweisende Engagementformen erproben und entwickeln, die innovative Antworten auf die Herausforderungen der Zeit und der demografischen Alterung geben" (BMFSFJ 2006: 259). Darüber hinaus ist aber der fünfte Altenbericht bereits von einem unausgeschöpften Potenzial für bürgerschaftliches Engagement bei älteren Personen ausgegangen: "Freiwillig Engagierte – vor allem Ältere – können i.d.R. mehr als ihnen abverlangt wird" (BMFSFJ 2006: 217).

Beide Erkenntnisse - ein hohes Maß älterer Mitbürger und Mitbürgerinnen im Bereich des bürgerschaftlichen Engagements und ein noch vorhandenes Potenzial für stärkeres Engagement bestätigen sich auch in der aktuellen Untersuchung der Generali Altersstudie 2013 (Generali Zukunftsfond 2012). Schwerpunkte dieser Betätigung macht die Studie dabei in den Bereichen Kirche,

Freizeit und Geselligkeit, Sport und Bewegung, Kultur und Musik sowie - wie schon zuvor - im sozialen Bereich aus. Einen großen Einfluss haben dabei Bildung und Gesundheit - je höher die Bildung, je besser die Einschätzung der eigenen Gesundheit, desto höher das Engagement. "Für knapp jeden Fünften käme es in Frage, sich (noch stärker) zu engagieren. Diese Bereitschaft ist insbesondere in den höheren Bildungsschichten und den unter-75-Jährigen gegeben" (Generali Zukunftsfond 2012: 535). Voraussetzung dafür ist nach Angabe der Befragten, dass es sich um ein interessantes Projekt handeln müsse, welches ein Engagement lohnenswert mache.

Interessant erscheint in diesem Zusammenhang auch eine Studie der Bertelsmann-Stiftung zum gesellschaftlichen Zusammenhalt (Bertelsmann Stiftung 2014). Dieser wird definiert als das (messbare) Ausmaß der "Qualität des gemeinschaftlichen Miteinanders in einem territorial abgegrenzten Gemeinwesen. Eine kohäsive Gesellschaft ist gekennzeichnet durch belastbare soziale Beziehungen, eine positive emotionale Verbundenheit ihrer Mitglieder mit dem Gemeinwesen und eine ausgeprägte Gemeinwohlorientierung. Diese drei Bereiche verstehen wir als die drei Kernbereiche von Zusammenhalt. Soziale Beziehungen repräsentieren hierbei das horizontale Netz, das zwischen einzelnen Personen und Gruppen innerhalb der Gesellschaft existiert. Verbundenheit steht für die positive Bindung der Menschen an das Gemeinwesen als solches und seine Institutionen. Gemeinwohlorientierung schließlich beschreibt die Handlungen und Haltungen der Gesellschaftsmitglieder, in denen sich Verantwortung für andere und für das Gemeinwesen ausdrückt" (Bertelsmann Stiftung 2014: 14f). Im Vergleich aller Bundesländer nimmt Rheinland-Pfalz auf das Gesamtkonstrukt "Gesellschaftlicher Zusammenhalt" nur einen Platz im Mittelfeld ein. Allerdings sind in Rheinland-Pfalz die sozialen Beziehungen überdurchschnittlich stabil geknüpft: So fällt etwa das Vertrauen in Mitmenschen als Bestandteil der sozialen Beziehungen in Rheinland-Pfalz im Vergleich deutlich überdurchschnittlich aus. Auch Solidarität und Hilfsbereitschaft als Bestandteile der Gemeinwohlorientierung liegen in Rheinland-Pfalz im Vergleich erkennbar über dem Durchschnitt aller Bundesländer. Gleiches gilt für das zivilgesellschaftliche Engagement, also die aktive Mitarbeit in Vereinen, Initiativen, Projekten oder Selbsthilfegruppen. Der Teilindikator "Verbundenheit" fällt hingegen in Rheinland-Pfalz im Vergleich mit allen Bundesländern nur durchschnittlich aus. Dies gilt insbesondere für die Identifikation mit dem Gemeinwesen (als Bestandteil des Teilindikators "Verbundenheit"), die in Rheinland-Pfalz eher schwach ausgeprägt ist.

2.4 Von der Wohnung zum Quartier

Das Frankfurter Forschungsprojekt "Hier will ich wohnen bleiben!" macht neben Aspekten des Wohnens auf die besondere Bedeutung des Wohnenbleibens im **Quartier** aufmerksam: So finden die meisten Aktivitäten außerhalb der Wohnung in der näheren Umgebung statt, ca. 70 Prozent der Aktivitäten in einem Umfeld von etwa 5 Kilometern rund um die Wohnung (Oswald et al. 2013). "Es konnten [...] zahlreiche Belege für die Bedeutung sogenannter ‚weicher‘ Faktoren des Alterns im Quartier erbracht werden, z.B. die Identifikation mit dem Stadtteil [...] und Facetten des Nachbarschaftserlebens. Diese werden bei der kommunalen Altenplanung häufig zu wenig berücksichtigt [...] So zeigt sich, dass erst im sehr hohen Alter (80 bis 89 Jahre) der direkte Einfluss von Gesundheit auf Wohlbefinden durch nachbarschaftliche Zusammengehörigkeit und Stadtteilverbundenheit abgemildert wird. Das heißt, gerade bei schlechter Gesundheit im sehr hohen Alter wird nachbarschaftliche Zusammengehörigkeit und Stadtteilverbundenheit für das eigene Wohlbefinden wichtig (Oswald et al. 2013: 52).

Die Einbeziehung der näheren Umwelt ist bereits angelegt in der Perspektive der sozialökologischen Gerontologie: "Altern in all seinen Ausdrucksformen [...] findet primär in der Kleinträumigkeit des Wohnbereichs statt. Im Wohnen spiegelt sich deshalb wie in einem Brennglas das facet-

tenreiche Zusammenspiel äußerer sozial-räumlicher Umweltbedingungen mit den vielfältigsten Aspekten von Verhalten [...] und Erleben [...] Diese Sichtweise findet ihre komplementäre Fortsetzung in der außerhäuslichen Mobilität und im Handeln und Erleben des näheren und weiteren Wohnumfelds im Sinne einer Bewegung in öffentlichen Räumen, sei es zu Fuß oder mit welcher Art von Verkehrsmittel auch immer [...] Aspekte wie 'Hier kenn ich mich aus', 'Hier gehöre ich hin' oder 'Hier fühle ich mich wohl (oder: nicht mehr wohl)' dürften zu den Grundelementen der Lebenswelt der meisten älteren Menschen gehören" (Mollenkopf et al. 2004: 301).

Zugleich ist die Quartiersperspektive angelegt in der Projektskizze für die "Weiterentwicklung der offenen Seniorenarbeit in der Stadt Mainz", geht es doch um die Entwicklung eines "beteiligungsorientierten Handlungskonzepts zur Verbesserung der **quartiersnahen** Strukturen für ein selbstbestimmtes Wohnen und Leben im Alter". Damit stellt sich zunächst einmal die Frage nach der Definition dessen, was ein Quartier ausmacht. Allerdings gibt es keine eindeutige Definition, steht doch die gemeinsame und partizipative Bestimmung dessen, was als Quartier angesehen wird, häufig am Anfang einer Reihe von sozialräumlich ausgerichteten Projekten (z.B. in der Übersicht bei van Rießen et al. 2015). Einen Vorschlag für eine Definition, aber auch für das Vorgehen zur Bestimmung von Quartieren, liefert das Kuratorium Deutsche Altershilfe: "Wenn in der Kommune Einigkeit besteht, dass der Quartiersansatz im Rahmen der Altenhilfe bestimmender Leitgedanke sein soll, gilt es, im nächsten Schritt die Quartiere innerhalb der Kommune zu bestimmen. Es müssen Quartiere sein, mit denen sich die BewohnerInnen identifizieren, die sie als Lebensräume verstehen" (Michell-Auli & Kremer-Preiß 2013: 66). Damit verbunden ist dann auch die Frage, wie groß Quartiere sein dürfen: Das KDA geht davon aus, nachbarschaftsbezogene Quartiere, in denen der direkte soziale Nahraum als Identifikationsraum dient, eine maximale Quartiersgröße zwischen 3.000 und 5.000 Einwohnern aufweisen sollten. Lege man nur einen sozialen Identifikationsraum zugrunde, sollten diese nicht mehr als 20.000 Einwohner aufweisen (vgl. Michell-Auli & Kremer-Preiß 2013).

Sinnvoller erscheint an dieser Stelle der Verweis auf die **Grundprinzipien der Quartiersorientierung**, die das KDA auf der Grundlage von Praxisbeispielen zusammengetragen hat: "Es geht nicht primär um die Optimierung einzelner Leistungen für Ältere, sondern darum, die sozialen Nahräume auf die Bedarfe von Menschen mit Unterstützungsbedarf ganzheitlich anzupassen und die BewohnerInnen und AkteurInnen vor Ort in die Bedarfsermittlung und die Gestaltungsprozesse einzubeziehen" (Michell-Auli & Kremer-Preiß 2013: 60).

- **raumbezogen und kleinteilig:** Nicht der einzelne Fall, sondern die altersgerechte Gestaltung von sozialen Nahräumen, mit denen sich die Bewohner identifizieren können, sollte im Fokus stehen. Um dies zu gewährleisten, müssen die sozialen Räume überschaubar bzw. kleinteilig sein.
- **ganzheitlich und prozesshaft:** Um den Lebensraum bedarfsgerecht zu gestalten, benötigt es einen ganzheitlichen Ansatz, der alle Lebensfelder der älteren Menschen berücksichtigt. Damit muss eine quartiersbezogene Altenhilfeplanung über eine Pflegebedarfsplanung hinausgehen. Zudem sollte sich ein Quartiersprojekt fortlaufend und gemeinsam entwickeln, um Identifikation zu stiften und Engagement zu sichern und um sich ggf. auf verändernde Bedarfslagen einzustellen.
- **kooperativ und partizipativ:** Kooperation und Vernetzung möglichst vieler Akteure vor Ort sind wichtige Voraussetzungen bei Quartierskonzepten. Dabei sind immer auch die Bewohner der Quartiere einzubeziehen. "Zentral für die Umsetzung von Quartierskonzepten ist die

Partizipation der QuartiersbewohnerInnen sowohl bei der Planung als auch bei der Umsetzung. Sie sollen in allen Umsetzungsphasen ihre Bedürfnisse, Erfahrungen, Interessen und Potenziale bei der Ausgestaltung des Lebensraums mit einbringen" (Michell-Auli & Kremer-Preiß 2013: 61).

- **ohne "Kümmerer" geht es nicht:** Quartiersprojekte benötigen einen "Kümmerer", der das Quartiersmanagement übernimmt.

Zugleich darf im Rahmen einer quartiersbezogenen Entwicklung der Bezug zu einer möglichen (ambulanten wie auch stationären) Pflege nicht außer Acht gelassen werden. Darauf weist etwa die Generali Altersstudie hin: "Es gibt keine Alternative dazu, im Wohnquartier komplementär zum erforderlichen altersgerechten Umbau von Hunderttausenden von Wohnungen zusätzlich soziale Unterstützungsnetzwerke aufzubauen und das nahe Wohnumfeld als Pflege- und Kontaktstützpunkt bei Bedarf zu nützen" (Generali Zukunftsfond 2012: 313). Ähnlich argumentiert auch das "Netzwerk: Soziales neu gestalten" und betont zum einen die ökonomische Notwendigkeit quartiersbezogener Versorgungssysteme und fordert zum anderen, die vorhandenen Potenziale für Eigeninitiative, Eigenverantwortung und gegenseitige Hilfe weiter zu stärken. "Die quartiersbezogenen Wohnkonzepte gehen deshalb über bisherige Bemühungen hinaus, die offene Altenhilfe und die ambulante Versorgung als Alternative zur stationären Versorgung auszubauen. Neu ist einmal die kleinräumige Organisation und zum anderen, dass die stationäre Versorgung in diese Quartiersorientierung einbezogen wird. Schon aus Kostengründen können stationäre und ambulante Versorgung auf Dauer nicht unabhängig voneinander weiterentwickelt werden. Dies bedingt auch eine Umstrukturierung der stationären Einrichtungen" (Netzwerk: Soziales neu gestalten 2006: 11). Auf einen weiteren Vorteil weist das Berlin-Institut hin: "Wo Menschen auf Menschen treffen, schwinden Berührungängste. Durch direkte Ansprache im Wohnviertel lassen sich die Älteren nicht nur besser informieren, sondern auch leichter motivieren, am kulturellen und sozialen Leben teilzunehmen und sich zu engagieren" (Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung 2014: 69).

Schon früh hat das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend in seinem Modellprogramm "Selbstbestimmt wohnen im Alter" (BMFSFJ 2004) auf die Implikationen und Verantwortlichkeiten hingewiesen, die mit der (Weiter-)Entwicklung von Quartieren verbunden sind: "Die Weiterentwicklung wohnortnaher Infrastruktur, die ein selbstbestimmtes, sozial integriertes Leben im Alter ermöglicht, setzt neben dem Willen zur Veränderung das Wissen der örtlichen Akteure und Entscheidungsträger über die baulichen und sozialräumlichen Gegebenheiten voraus [...] Die Gestaltung des Wohnortquartiers im Interesse und unter Beteiligung der älteren Bevölkerung erfordert eine stärkere Verknüpfung aller Beteiligten, sowohl auf der Maßnahmen- als auch auf der Planungsebene. Sie ist gemeinsame Aufgabe der unterschiedlichen Träger wie Wohnungsunternehmen, Kommunen und Wohlfahrtsverbände. Auf der Ebene der Planung und Umsetzung kommunaler Entwicklungskonzepte stellt die Förderung selbstbestimmten Wohnens im Alter nicht nur eine altenpolitische Fragestellung dar, sondern ist als Querschnittsaufgabe in kommunalen Planungen zu verankern. Kommunale Planungsverfahren sollten deshalb zukünftig, ähnlich bereits zum Teil angewandter Prüfverfahren [...] die Generationenverträglichkeit grundsätzlich berücksichtigen" (3).

Vor diesem Hintergrund und entsprechend den Grundprinzipien der Quartiersorientierung nach Maßgabe des KDA wird im folgenden Abschnitt insbesondere der Aspekt der kommunalen Verantwortlichkeiten und möglichen Aufgaben weiter beleuchtet.

2.5 Kommunale Altenhilfeplanung und Erwartungen an gesellschaftliche (kommunale) Akteure

Unbestritten ist, dass sich die Kommunen als planende und koordinierende Akteure in großen Teilen neu aufstellen müssen: "Denn die Zukunft des Alter(n)s ist eine wichtige kommunale Gestaltungsaufgabe" (Rüßler 2007: 159). Dies ist auch eine der Forderungen aus dem Frankfurter Forschungsprojekt "Hier will ich wohnen bleiben!": "Es gilt, die Balance zu halten zwischen individuellen Wünschen nach selbstbestimmter, sinnvoll erlebter, aktiver Alltagsgestaltung und kommunaler Partizipation einerseits sowie der Vermeidung von Risiken eines möglichst langen Verbleibens in der gewohnten Umgebung andererseits. Dabei muss auch benötigter Hilfebedarf erkannt werden. Auch einem mit dem Alter steigenden Risiko der Unselbständigkeit kann häufig im gewohnten Umfeld am besten begegnet werden" (Oswald et al. 2013: 8).

Der Auftrag für die kommunale Altenhilfeplanung ergibt sich - neben den relevanten Regelungen aus dem SGB XI in Bezug auf die Pflegestrukturplanung - aus dem sog. Altenhilfeparagraf (§ 71 SGB XII). Damit ergeben sich **drei Aufgabenschwerpunkte für die kommunale Altenhilfeplanung** (vgl. Rohden & Villard 2010):

- Kommunale Entwicklungsplanung
- örtliche Pflegestrukturplanung
- Schaffung von Maßnahmen und Diensten gemäß § 71 SGB XII ("Die Altenhilfe soll dazu beitragen, Schwierigkeiten, die durch das Alter entstehen, zu verhüten, zu überwinden oder zu mildern und alten Menschen die Möglichkeit zu erhalten, am Leben in der Gemeinschaft teilzunehmen")

Aus dem Altenhilfeparagrafen lässt sich aber nicht unmittelbar eine Verpflichtung der Kommunen zur Altenhilfeplanung ableiten, auch wenn diese Regelung einen breiten Gestaltungsspielraum zulässt: "Die Programmatik des ‚Altenhilfeparagrafen‘ bietet eine geeignete Arbeitsgrundlage, um mit niedrigschwelligen Angeboten die Ressourcen zur Lebensbewältigung im Alter rechtzeitig zu fördern. Sie lässt den erforderlichen Spielraum für eine auf Prävention ausgerichtete Altenplanung, sofern sich die Kommunen vom tradierten Fürsorgeverständnis verabschieden, dessen Defizitorientierung einen Perspektivwechsel auf die Ressourcen von älteren Menschen erschwert" (Rohden & Villard 2010: 52). Seit den 1990ern lässt sich in der Altenhilfe aber ein Paradigmenwechsel dahingehend feststellen, "wonach Alter(n) heute weniger unter defizitären Betreuungsaspekten vielmehr unter ressourcengestützten Selbstbestimmungsaspekten gesehen wird" (Rüßler 2007: 66).

Allerdings bleibt in der kommunalen Umsetzung oftmals unberücksichtigt, dass Altenhilfeplanung als ein Bestandteil gesamtkommunaler Sozialplanung betrachtet werden sollte. Insbesondere seit Inkrafttreten des Pflegeversicherungsgesetzes verschob sich der Planungsfokus der Kommunen auf die jeweilige Pflegeplanung, was zu einer nicht sinnvollen Trennung zwischen Pflegestrukturplanung und offener Altenhilfe geführt hat (vgl. Rohden & Villard 2010). Auch die ebenfalls im Altenhilfeparagraf verankerte Soziale Altenhilfe bzw. Soziale Altenarbeit (oder auch Soziale Arbeit in der Pflege) mit dem Ziel, "sowohl im Einzelfall als auch für Gruppen von Bedürftigen subsidiär notwendige Ressourcen zur Exklusionsvermeidung und Inklusionsvermittlung" bereitzustellen (Aner 2010: 33), wird von den Kommunen immer noch weitgehend als freiwillige, aber nicht notwendige Leistung angesehen. "Nicht nur aus Sicht der Adressaten und Adressatinnen, die jenseits akuter materieller und gesundheitlicher Notlagen keine einklagbaren Rechte hinsichtlich

der Lebensbewältigung vorfinden, sondern auch aus Sicht der Profession ist also zu bedauern, dass die im Vergleich zur Jugendhilfe schwache Verrechtlichung wohl auch in Zukunft bestehen bleibt" (Aner 2010: 49).

Genau dieser Aspekt der kommunalen Altenhilfeplanung - die offene Altenhilfe - steht aber im Fokus dieses Konzepts: Diese bezeichnet "die Summe all jener Einrichtungen, Maßnahmen, Angebote und Veranstaltungen, die sich nicht ausschließlich oder vorrangig auf die Erbringung professioneller Pflegehilfen beziehen, sondern eher dem Bereich der allgemeinen Beratung, des Wohnens, der Freizeitgestaltung und Beschäftigung und der damit verbundenen Probleme und Hilfebedarfe Älterer zuzurechnen sind" (Deutscher Verein 2000: 33). Damit ist die offene Altenhilfe ein eigenständiger Querschnittsbereich, der u.a. Engagementförderung und Partizipation zum Ziel hat.

Positiv hervorzuheben ist auf der anderen Seite aber eine seit den 1990er Jahren stattfindende Verschiebung der Altenhilfeplanung hin zu diskursiven Prozessen - Altenhilfeplanung entwickelt sich in Diskursen und ist eher ein Prozess als ein Resultat (Rohden & Villard 2010). Zusammenfassend fordern Rohden und Villard folgendes für die zukünftige Altenhilfeplanung: "Altenplanung ist nicht als autoritäre administrative Planung zu verstehen, sondern als partizipativer Prozess zu gestalten. Als Antwort auf den sozialstrukturellen Wandel und auf den Strukturwandel des Alters als einem Teilprozess, muss eine praxistaugliche Form der Altenplanung angelegt werden, die in der Lage ist, über die klassische Infrastrukturplanung hinausgehend die sozialen Strukturen in den Orten des Zusammenlebens zu erhalten" (2010: 54).

Besonders hervorzuheben ist in diesen Forderungen der Aspekt der Partizipation - auf diesen wird im Verlauf der Konzeptentwicklung noch im Detail eingegangen. Auch eine repräsentative Umfrage kann in diesem Sinne als Partizipation betrachtet werden. Gefragt nach ihren Erwartungen an staatliche und gesellschaftliche Akteure, ergeben sich aus den Daten der Generali Altersstudie folgende Konsequenzen für die Organisation der Altenpolitik auf örtlicher Ebene (vgl. Generali Zukunftsfond 2012):

- Alter und Altern ist als Querschnittsaufgabe in die Kommunalpolitik zu integrieren.
- Benötigt werden Handlungskonzepte, die auf Gemeinwesenorientierung und Vernetzung zielen und nicht ausschließlich auf den Einzelfall.
- Notwendig sind keine Standardlösungen, sondern eine sachgerechte Heterogenität als Folge der zunehmenden sozialen Differenzierung des Alters.
- Entscheidend ist die Mitwirkung der Betroffenen als Experten in eigener Sache.

3. Ziele des Konzeptes

Aus den bisherigen Überlegungen ergeben sich eine Reihe von ableitbaren Zielen für die Konzepterstellung im Rahmen der "Weiterentwicklung der offenen Seniorenarbeit in der Stadt Mainz": Diese werden in den folgenden Abschnitten im Detail dargestellt. Dies erfolgt in drei verschiedenen Abstufungen in Bezug auf die Abstraktheit:

- Zunächst werden generelle Ziele der kommunalen Altenhilfeplanung beschrieben. Diese Ziele sind noch abstrakt und bedürfen der anschließenden Konkretisierung, dienen aber als Grundlage für die folgenden Ziele (vgl. Abschnitt 3.1).
- Diese Konkretisierung erfolgt dann im Abschnitt 3.2, der sich mit den eher langfristigen Zielen dieses Konzepts auf einer (gesellschaftlichen) Makroebene auseinandersetzt.
- In Abschnitt 4 werden die Ergebnisse der Beteiligung von Mainzer Senioren bzw. Seniorinnen und Experten bzw. Expertinnen im Detail dargestellt, insbesondere die Ergebnisse der Seniorenbefragung.
- Im darauffolgenden Schritt werden konkrete Aufgaben und Handlungsschritte herausgearbeitet, die sich in einer mittel- bis kurzfristigen Perspektive ergeben. Diese Ziele werden im Detail konkretisiert und im Hauptteil dieser Konzeption (Abschnitt 5) dargestellt.

Gleichsam als Grundlage können dabei die Thesen dienen, die Andreas Kruse als notwendige Voraussetzungen für eine **altersfreundliche Kultur** aufgestellt hat (Kruse 2013):

- Altersfreundliche Kultur bedeutet die Einbeziehung älterer Menschen in sie betreffende Diskurse: "Über ältere Menschen, aber nicht mit diesen zu sprechen, legt die Annahme nahe, dass diese nicht als ein aktiver, mitverantwortlich handelnder Teil der Gesellschaft wahrgenommen, dass diese in ihren Potenzialen nicht ernstgenommen werden" (ebd., 38).
- Altersfreundliche Kultur bedeutet, das Alter in eine intergenerationelle Perspektive zu integrieren.
- Altersfreundliche Kultur bedeutet ein hohes Interesse an den Potenzialen im Alter und des Alters.
- Altersfreundliche Kultur bedeutet die Förderung sozialräumlicher Kontexte, die Selbständigkeit und Selbstverantwortung fördern und Teilhabe und Mobilität sichern.
- "Eine altersfreundliche Kultur leugnet nicht die Rechte, Ansprüche und Bedürfnisse jüngerer Menschen, sondern ist vielmehr von dem Bemühen bestimmt, die Rechte, Ansprüche und Bedürfnisse aller Generationen zu erkennen und anzuerkennen, wobei keine Generation bevorzugt oder benachteiligt wird" (ebd., 40).

3.1 Altenhilfeplanung als Netzwerkplanung im Quartier

Im Frankfurter Forschungsprojekt "Hier will ich wohnen bleiben!" zeigen sich aus der Perspektive der älteren Generation insgesamt **vier zentrale Themenfelder und Problemlagen**, die im Hinblick auf Selbständigkeit und Zufriedenheit von großer Bedeutung sind (vgl. Oswald et al. 2013):

- **Wohnen und sozialer Austausch:** Betont wird der Wunsch, im Quartier wohnen zu bleiben und nach Orten der Begegnung und nach Begleitung
- **Barrierefreiheit, Zugänglichkeit, Sicherheit und Sauberkeit** im unmittelbaren Wohnumfeld
- **Mobilität** (insbesondere diejenige zu Fuß) und Alltagsaktivitäten außerhalb der eigenen Wohnung
- **Versorgung und Dienstleistungen** im Wohnumfeld

Nun soll und kann im Rahmen der vorliegenden Konzeptentwicklung und der nachfolgenden Umsetzung nicht die gesamte Bandbreite dieser Anforderungen an eine altersgerechte räumliche und soziale Umwelt in den Blick genommen werden. Der Blick in aktuelle Forschungsergebnisse, die Diskussion um Nachbarschaften, sorgende Gemeinschaften, intergenerationelle Solidarität oder eine mögliche "neue Subsidiarität" machen aber die enorme Bedeutung dessen deutlich, was der soziale Austausch umfasst. Aus diesem Grund steht der soziale Austausch im Vordergrund dieses Konzepts. Unterstützung findet sich aus der Perspektive der sozialen Altenarbeit: Trotz der unbefriedigenden schwachen Verrechtlichung (vgl. Aner 2010) bescheinigt Kricheldorf der Sozialen Arbeit mit älteren Menschen eine verstärkte Hinwendung hin zum Gemeinwesen: "Das Konzept Altern im Gemeinwesen bricht [...] die eher geschlossenen Strukturen in herkömmlichen familiären Bezügen und in den traditionellen Institutionen der Altenhilfe auf und richtet sich auf die Initiierung und Stärkung lebendiger Nachbarschaften und auf die Vernetzung vorhandener Strukturen. Damit wird die Zielsetzung eines selbständigen und gelingenden Alterns in sozialer und intergenerationeller Verbundenheit [...] klar fokussiert" (Kricheldorf 2015: 22). Kennzeichnend für dieses Konzept ist der Aufbau generationenübergreifender Netzwerke, der Abbau von Zugangsbarrieren bzw. die Eröffnung von Zugangsmöglichkeiten hin zu Unterstützungssystemen mit dem Ziel, älteren Menschen und ihren Angehörigen soziale Teilhabe zu ermöglichen oder zu erhalten. Insgesamt geht Kricheldorf davon aus, dass durch "den Paradigmenwechsel in der Sozialen Arbeit mit älteren Menschen – von der klassischen offenen Altenarbeit zur Arbeit mit Älteren und für Ältere im Gemeinwesen [...] – und der damit sozialräumlichen Ausrichtung aller Tätigkeiten [...] die Nachbarschaft insgesamt an Bedeutung gewonnen" hat (Kricheldorf 2015: 23).

Kricheldorf (2015) fasst **die Aufgaben der Sozialen Arbeit im Kontext des demografischen Wandels im Gemeinwesen** daher wie folgt zusammen:

- Schaffung von Räumen für den intergenerationellen Austausch und Begegnungsmöglichkeiten
- Initiierung und Unterstützung von neuen Wohnformen
- Realisierung von zugehenden Beratungs- und Unterstützungsformen für ältere Menschen, auch für immobile Menschen im Umfeld
- Herstellung von Vernetzung und Transparenz

Einen weiteren "Baustein" liefern Schubert et al. (2015): Sie gehen davon aus, dass die Altenhilfe über einen langen Zeitraum in nicht miteinander verbundene funktionale Teilaufgaben gleichsam fragmentiert war. "Die fehlende Transparenz der zergliederten Abläufe verstärkte, dass die professionellen Akteure der verschiedenen Ressorts und der einzelnen Einrichtungen relativ isoliert auf ihren operativen Inseln agierten [...] Vor diesem Hintergrund setzte sich [...] die Einsicht durch, dass die integrierte Qualitätsentwicklung von Diensten und Einrichtungen in den Sozialräumen der Bewohnerinnen und Bewohner entscheidend davon abhängt, ob diese Barrieren überwunden werden. Entdeckt wurde das Netzwerk als neue Organisationsform [...], weil das Prinzip zugrunde liegt, 'Brücken' zwischen den operativen Inseln 'schlagen' zu können. Die Sozial- und Infrastrukturplanung für ältere Menschen wird daher zunehmend nach den Kriterien der 'Netzwerkkooperation' modernisiert" (Schubert et al. 2015, 138).

Damit bilden soziale Ressourcen in 'natürlichen' Netzen - etwa in Familie, Nachbarschaft oder Vereinen - Anknüpfungspunkte für die professionelle Soziale Arbeit mit Älteren. "Mit der Konstruktion künstlicher (Dienstleistungs-)Netzwerke zwischen Diensten und Einrichtungen der öffentli-

chen und freien Altenhilfe werden professionelle Ressourcen gebündelt und fachliche Aktivitäten interdisziplinär koordiniert sowie mit den lokalen Primär- und Sekundärnetzwerken der älteren Menschen gekoppelt" (Schubert et al. 2015: 138f.).

Damit ist moderne Altenhilfeplanung durch mindestens vier Aspekte gekennzeichnet: Neben der "klassischen Pflegestrukturplanung" und in Ergänzung der ohnehin vorauszusetzenden Sozialraumorientierung² (vgl. Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (2011) wird sie bestimmt durch eine Fokussierung hin auf den sozialen Austausch, durch soziale Arbeit im Gemeinwesen und in Nachbarschaften und durch eine zunehmende Netzwerkorientierung.

Insgesamt ergeben sich folgende **Leitlinien für eine kommunale Altenhilfeplanung** (vgl. Rohden & Villard 2010):

- Die Ziele der Altenhilfeplanung müssen ein bestimmtes Maß an Konkretheit aufweisen.
- Es bedarf einer aktiven und aktivierenden Beteiligung der älteren Bürger und Bürgerinnen unter Vermeidung einer nur formalen Partizipation.
- "Eine auf Prävention ausgerichtete Altenplanung fördert die Kompetenzen älterer Menschen, um die Ressourcen zur Lebensbewältigung beizeiten auch für einen zunehmenden Hilfebedarf zu erschließen und macht die Menschen nicht zu Subjekten wohlfahrtsstaatlicher Bevormundung" (55).
- Unterschiedliche Lebenslagen und Bedürfnisstrukturen sind in der Altenhilfeplanung zu berücksichtigen.
- Altenhilfeplanung sollte die Fragmentierung in Teilaufgaben (vgl. Schubert et al. 2015) überwinden.
- Altenhilfeplanung ist zu begreifen als "gemeinsamer lokaler Lern- und Suchprozess der örtlichen Akteure" (55).

Diese Leitlinien bilden damit die Grundlage für die im Folgenden dargestellten langfristigen und kurzfristigen Ziele, die mit der Umsetzung des Konzepts "Weiterentwicklung der offenen Seniorenarbeit in der Stadt Mainz" verbunden sein sollten.

² Sozialraumorientierung geht auf die Erkenntnis zurück, dass soziale Probleme nur im jeweiligen Kontext zu bearbeiten sind. Damit ist Sozialraumorientierung im Rahmen der Gemeinwesenarbeit das Grundprinzip der Sozialen Arbeit. Entstanden ist die Sozialraumorientierung eigentlich im Bereich der Hilfen zur Erziehung als Kritik einer versäulten, nur am Einzelfall orientierten Hilfe (vgl. Thole et al. 2015).

3.2 Langfristige Ziele

Hier werden diejenigen Ziele dargestellt, die in einer langfristigen Perspektive angestrebt werden. Hierbei handelt es sich um wünschenswerte Zustände auf einer gesellschaftlichen Makroebene, wie beispielsweise Werte oder Einstellungen, die allerdings nicht direkt beobachtbar sind.

3.2.1 Langfristiges Ziel 1: Beförderung von Generationensolidarität

Ein wichtiges langfristiges Ziel besteht in der Stärkung der Solidarität zwischen den Generationen, indem das Beziehungsgeflecht zwischen den Generationen (nicht zuletzt) durch kommunales politisches Handeln gefördert und unterstützt wird.

Auf die Veränderungen vor allem familialer Beziehungen, insbesondere eine möglicherweise abnehmende Selbstverständlichkeit und Zuverlässigkeit der Beziehungen zwischen den Generationen wurde an anderer Stelle schon hingewiesen. Insbesondere bei Kinderlosen und fragilen oder nicht funktionierenden Familienbeziehungen können daher Generationenbeziehungen außerhalb der Familie an Bedeutung gewinnen, aber nicht nur in diesem Fall: "Es ist lohnend, die Potenziale von Generationenbeziehungen auch außerhalb des familialen Kontexts zu erkennen und zu nutzen, selbst wenn sie innerhalb von Familien verfügbar sind und funktionieren. Denn es ist unbestritten, dass Beziehungen zwischen den Generationen außerhalb von Familien auch einen eigenständigen Wert besitzen und eine große Bereicherung für die jeweiligen Individuen darstellen resp. als eine solche erlebt werden" (BMFSFJ 2012: 26). Dies ist auch ein Ziel der rheinland-pfälzischen Seniorenpolitik: "Die Landesregierung setzt sich dafür ein, dass auch zukünftig ein Klima des Verständnisses, der Solidarität und der Unterstützung zwischen den Generationen möglich ist. Sie fördert Jung und Alt bereichernde Gemeinsamkeiten und setzt sich dafür ein, dass die Interessen und Bedürfnisse der jüngeren und der älteren Generation nicht als Gegensätze angesehen werden. Gegenseitiger Respekt und das gewinnbringende Zusammenspiel von Erfahrung und Innovation müssen unterstützt und gefördert werden [...] Heute leben verschiedene Generationen einer Familie oft nicht mehr nahe beieinander. Dadurch fehlen Gelegenheiten zum direkten täglichen Kontakt. Deshalb müssen neue Wege des Miteinanders der Generationen gefunden und beschritten werden. Die Landesregierung ermuntert ausdrücklich alle, die in diesem Prozess beteiligt sind, dazu, neue Formen der Kommunikation, des Lernens voneinander und der gegenseitigen Unterstützung zu finden" (MSAGD 2012: 67). Schon zu einem früheren Zeitpunkt geht das Modellprogramm "Selbstbestimmt wohnen im Alter" davon aus, dass die Förderung intergenerationeller Solidarität eine wesentliche Voraussetzung bildet für das "dauerhafte Bestehen funktionierender Selbst- und Nachbarschaftshilfen" (BMFSF 2004: 23). Konsequenter weitergedacht könnte diese Generationensolidarität auch im Bereich der häuslichen Pflege Anwendung finden: "Generationenübergreifende und kleinräumige Unterstützungsnetzwerke, in denen Angehörige, Nachbarn, bürgerschaftlich Engagierte und professionelle Dienstleister zusammenarbeiten, können ein zusätzliches Standbein im Versorgungsmix bilden" (Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung 2015: 8).

Als mögliches Problem sieht das bereits erwähnte Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats für Familienfragen aber das Prinzip der Reziprozität, das sozialen Beziehungen bzw. jeder Form von sozialem Austausch innewohnen sollte: "Werden Geben und Nehmen nicht als ausgeglichen wahrgenommen, so ist es unwahrscheinlich, dass solche Beziehungen über längere Dauer fortbestehen und gepflegt werden. Denn die Möglichkeit, erhaltene Hilfeleistungen in irgendeiner Form erwidern oder vergelten zu können, ist von zentraler Bedeutung für die Aufrechterhaltung

des Wohlbefindens gerade der älteren Menschen, sofern sie auf solche Kontakte angewiesen sind" (BMFSFJ 2012: 28).

Insgesamt geht dieses Gutachten von hohen Voraussetzungen für diese gesellschaftlich notwendige Entwicklung aus, die nicht als kompensatorisch, sondern ergänzend zu den bestehenden Beziehungen angesehen werden: "Alle gegenwärtigen Versuche, auf der mittleren Ebene zwischen Familie und Gesellschaft in den Kommunen und Regionen Generationensolidarität zu schaffen und zu gestalten betreten Neuland und können in der Sozial- und Kulturgeschichte unserer Gesellschaft nicht auf historische Vorbilder zurückgreifen" (BMFSFJ 2012: 15).

Dabei gilt es folgendes zu beachten: Ein entsprechendes Handeln oder Planen - sei es auf der abstrakten Ebene von Generationenpolitik oder der konkreten Ebene von Altenhilfeplanung - im Blick haben, ob und in welchem Ausmaß die in anderen Bereichen geplanten oder durchgeführten Maßnahmen Auswirkungen auf die Generationenbeziehungen haben (vgl. BMFSFJ 2012). Selbstverständlich gilt diese Forderung auch in umgedrehter Perspektive. Dieses Ziel mag vergleichsweise abstrakt erscheinen, findet seine Entsprechung aber auch im Konzept des "Kuratorium Deutsche Altershilfe" als erstes Ziel einer erfolgreichen Quartiersentwicklung, dem wertschätzenden gesellschaftlichen Umfeld (Michell-Auli & Kremer-Preiß 2013).

3.2.2 Langfristiges Ziel 2: Sorgende Gemeinschaften, neue Subsidiarität und Ehrenamt

Neben der Beförderung der Generationensolidarität sollte die Arbeit im Quartier langfristig dazu führen, dass sich in den Quartieren subsidiäre Unterstützungsstrukturen im Sinne sorgender Gemeinschaften bilden können.

Dieses Ziel hängt selbstverständlich eng mit dem zuerst genannten Ziel der Beförderung von Generationensolidarität zusammen, soll aber zumindest in einer analytischen Perspektive getrennt werden. Deutlich wird dieser Zusammenhang beispielsweise in der Beschreibung dessen, was das Kuratorium Deutsche Altershilfe unter dem zuletzt angesprochenen wertschätzenden gesellschaftlichen Umfeld versteht: Dieses "bildet die Voraussetzung dafür, dass die BürgerInnen füreinander im Quartier Verantwortung übernehmen. Es geht darum, an den normativen Grundlagen im Quartier zu arbeiten, das heißt, die gemeinsame Identität zu stärken und an einem 'Wir-Gefühl' zu arbeiten. Sie bilden den Kit für eine Gemeinschaft. Damit diese Gemeinschaft auch das Potenzial als 'sorgende Gemeinschaft' [...] ausschöpft, werden Werte benötigt, die das Element des 'Sorgenden' auch unterstützen. Hierzu muss jedoch an den gesellschaftlichen Werten gearbeitet werden" (Michell-Auli & Kremer-Preiß 2013: 16).

Die Diskussion um sorgende Gemeinschaften, darauf wurde schon zuvor hingewiesen, ist ebenfalls eine Folge sich verändernder Generationenbeziehungen vor dem Hintergrund gesellschaftstheoretischer Überlegungen: "Der Begriff der sorgenden Gemeinschaft reagiert auf diese existenzielle, für die Gesellschaft grundlegende Bedeutung von Gemeinschaften. Ihm liegt die anthropologische Annahme zugrunde, dass der Mensch danach strebt, sich gegenüber anderen Menschen verantwortlich zu zeigen. Er sorgt sich um andere, von ihm geht Sorge für andere Menschen aus, und er erfährt zugleich Unterstützung und Sorge durch andere Menschen. So sind wir Menschen soziale Wesen" (Klie 2014: 123). Zugleich benötigt eine sorgende Gemeinschaft, darauf weist Klie weiter hin, einer "sicherheitsstiftenden Infrastruktur und eines professionellen

Back-ups" (Klie 2014: 128), also einer Anbindung an kommunale Planungsstrukturen. Klie sieht hier sogar eine klare Verantwortung der Kommunen: "Die vielfältigen Bedürfnisse von Familien mit Klein- und Schulkindern, aber auch mit ihren auf Unterstützung verwiesenen alten Angehörigen nach zeitlicher Entlastung, Abstimmung und Vereinbarkeit lassen sich auch durch neue Formen der kommunalen Planung, Steuerung, Vernetzung und Kooperation beantworten" (Klie 2014: 129).

Im Zusammenhang mit der Diskussion von sorgenden Gemeinschaften steht auch diejenige um eine mögliche "Renaissance des Subsidiaritätsprinzips" (Netzwerk: Soziales neu gestalten 2009), also einer Rückbesinnung auf die Selbstorganisationsfähigkeit kleiner Gemeinschaften wie beispielsweise Familie, aber auch von Nachbarschaften. Ein modernes Verständnis von Subsidiarität setzt dabei voraus, dass eine "übergreifende Gesamtaufgabe auf eine Vielzahl von Akteuren und Trägern verteilt ist" (Klie 2014: 186). Gefordert wird der Auf- und Ausbau subsidiärer Hilfesysteme durch Gemeinwesenorientierung und Eigeninitiative unter Verweis auf die Selbsthilfekräfte der älteren Generation durch die Stärkung vorhandener sozialer Netze: "Gemeinwesenorientierung und Eigenverantwortung verweisen auf einen schwierigen und anspruchsvollen Umsteuerungsprozess von einer Sozial-Konsumgesellschaft hin zu einer zivilgesellschaftlichen Verantwortungslogik. Ein solcher Umbau bedarf auf kommunaler Ebene hochrangiger politischer Unterstützung im Sinne von öffentlich begründeter Ressourcen-Umverteilung. Natürlich ist ein Konzept guter Gemeinwesenarbeit auf den ersten Blick scheinbar abstrakt, da sich die Wirkungen nur schwerlich ‚begreifen‘ lassen. Dazu passt, dass sozialstaatliche Leistungen immer von Defiziten und nicht von Ressourcen ausgehen. Dabei wird die Vorstellung, dass eine immer bessere Qualität als Ergebnis einer weitgehend ausschließlichen Professionalisierung von Sozialen Diensten entwickelt wird, nicht nur aus materiellen Gründen immer fragwürdiger" (Netzwerk: Soziales neu gestalten 2006: 14). Ähnlich argumentiert auch Klie: "Subsidiarität [ist] Ordnungsprinzip und Resultat zugleich. Das Prinzip der Subsidiarität eignet sich nicht, aus ihm abzuleiten wer, wann, wie und wofür zuständig ist, nach dem Motto: ‚Erst die Familie und wenn sie gar nicht mehr kann und erschöpft ist, der Staat‘. So sieht die Realität vielfach heute noch aus. Vielmehr ist Verantwortungsteilung gefragt. Aushandeln ist gefragt" (Klie 2014: 129).

Und: Gelingt es, ein wertschätzendes gesellschaftliches Umfeld zu schaffen, in dem sich Ansätze für eine sorgende Gemeinschaft und eine "neue Subsidiarität" zeigen, wird damit zugleich die Mobilisierung des bürgerschaftlichen Engagement unterstützt. So versteht beispielsweise der Deutsche Verein das bürgerschaftliche Engagement als eine wichtige Säule des Gemeinwesens (Deutscher Verein 2006), weist aber zugleich darauf hin, dass bürgerschaftliches Engagement nicht den Abbau sozialstaatlicher Angebote oder Einsparungen in den Kommunen vor Ort kompensieren sollte.

3.2.3 Langfristiges Ziel 3: Partizipation

Voraussetzung für eine gelingende Zielerreichung ist eine umfassende Partizipation älterer Bürger und Bürgerinnen im Sinne einer direkten und intensiven Beteiligung bereits in der Phase der Planung und Gestaltung des Quartiers als Experten in eigener Sache.

Mit Partizipation ist an dieser Stelle nicht in erster Linie die Beteiligung im Sinne von bürgerschaftlichem Engagement gemeint, sondern eher die Chancen der kontinuierlichen, direkten und intensiven Beteiligung der Bürger bereits in der Phase der kommunalen Gestaltung und Planung (in diesem Sinne kann Partizipation dennoch als ein Bestandteil bürgerschaftlichen Engagements angesehen werden). Diese Einbeziehung älterer Menschen in sie betreffende Diskurse bezeichnet Kruse auch als wesentliche Voraussetzung für eine altersfreundliche Kultur. Darunter ver-

steht er die "Einbeziehung älterer Menschen in den gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Diskurs, dabei auch in den gesellschaftlichen und kulturellen Fortschritt. Nicht selten ist im öffentlichen Raum die Tendenz erkennbar, über ältere Menschen zu sprechen, aber eben nicht mit diesen" - ein Aspekt, den Kruse als Diskriminierung bezeichnet (Kruse 2013: 38).

Aus der Perspektive der Gemeinwesenarbeit als einer sozialräumlichen Strategie, die sich nicht sozialpädagogisch auf einzelne Individuen konzentriert, sondern soziale Räume wie etwa das Quartier im Blick hat, erhalten die Bewohner somit eine wichtige Funktion: Diese werden dabei, auch im Sinne eines Empowermentansatzes, als "Akteure und Experten in eigener Sache gesehen" (Kricheldorf 2015: 25). Im Rahmen einer solchen Beteiligung, die sich schon aus den Leitlinien für eine kommunale Altenhilfeplanung ergibt (vgl. Rohden & Villard 2010), rückt dabei insbesondere die Tatsache der Beteiligung als solche in den Fokus: "Entscheidend für die Wirksamkeit von Altenplanungen sind nicht allein ihre Pläne, sondern die 'Güte' der initiierten Lern- und Kulturentwicklungsprozesse der unterschiedlichen örtlichen Akteure" (Rohden & Villard 2010: 56).

So kann beispielsweise die Lebensqualität älterer Menschen bereits im Verlaufe der Beteiligung gestärkt werden. Rübler und Stiel (2015) gehen davon aus, dass die Lebensqualität bereits durch im Verlaufe der Beteiligung in Erfahrung gebrachte Wertschätzung oder die "mit Partizipation einhergehenden Erfahrungen individueller und kollektiver Selbstwirksamkeitsstärkung" (163) beeinflusst und gestärkt werden kann. Letzteres bezeichnen Rübler und Stiel auch als Empowerment, also der Herstellung von Selbstbestimmung über die Rahmenbedingungen des eigenen Alltags.

Auch das Kuratorium Deutsche Altershilfe weist in seinen Überlegungen für eine altersgerechte Quartiersentwicklung (Michell-Auli & Kremer-Preiß 2013) darauf hin, dass beispielsweise Netzwerke als ein wesentlicher Bestandteil eben dieser Quartier nur funktionieren, wenn eben jene Bürger beteiligt sind. Durch die Beteiligung der wesentlichen Akteursgruppen entstehen Verantwortungsgemeinschaften, die dann gemeinsam die Verantwortung für die Bedarfslage in einem bestimmten Sozialraum übernehmen. Zugleich ist damit auch eine Kontrolldimension implementiert: "In die lokalen Kooperationen und Netzwerke sind immer auch die BürgerInnen des Quartiers einzubinden. Quartierskonzepte gehen von den Menschen aus, sie orientieren sich an ihren Bedürfnissen - daher können Quartierskonzepte nicht ohne die BürgerInnen im Quartier umgesetzt werden. Zentral für die Umsetzung von Quartiersprojekten ist die Partizipation der QuartiersbewohnerInnen sowohl bei der Planung als auch bei der Umsetzung. Sie sollen in allen Umsetzungsphasen ihre Bedürfnisse, Erfahrungen, Interessen und Potenziale bei der Ausgestaltung ihres Lebensraums mit einbringen" (Michell-Auli & Kremer-Preiß 2013: 61).

Von großer Bedeutung für eine gelingende Partizipation ist die Wahl der jeweils angemessenen Methode der Beteiligung - auf diesen Aspekt wird im Rahmen der Aufgaben- und Prozessbeschreibung (vgl. Abschnitt 4) noch im Detail eingegangen. So weist beispielsweise das Modellprogramm "Selbstbestimmt wohnen im Alter" auf mögliche Probleme hin: "Die Ergebnisse der Umsetzung beteiligungsorientierter Verfahren weisen auch darauf hin, dass die Verfahren gut vorbereitet, auf die jeweilige Zielgruppe abgestimmt und durchgeführt werden müssen. Dann sind auch oftmals nur schwer zu erreichende Zielgruppen (z. B. Migranten und Migrantinnen, ältere Frauen) zu motivieren, sich im begrenzten Maß weiterhin zu engagieren. Allerdings stößt die Bereitschaft zur aktiven Teilhabe im Rahmen von Beteiligungsverfahren an altersbedingte Grenzen" (BMFSF 2004: 8).

3.2.4 Langfristiges Ziel 4: Verstetigung sichern

Entscheidend für die Erreichung vor allem der langfristigen Ziele ist die Verstetigung der Quartiersarbeit nach Ablauf einer Projekt- oder Anlaufphase

Zuletzt sei an dieser Stelle noch abschließend auf den Aspekt der Verstetigung hingewiesen: Diese Forderung ergibt sich mehr oder weniger logisch aus der Tatsache, dass die bisher dargestellten langfristig zu erreichenden Ziele eben nur dann erreicht werden können, wenn Strukturen und Prozesse im Quartier langfristig aufrecht erhalten werden. Dies kann aber nur dann gelingen, wenn auch eine nachhaltige Finanzierung der Strukturen vor Ort bzw. im Quartier sichergestellt werden kann.

So verweist etwa Kricheldorf in Bezug auf Gemeinwesenarbeit darauf hin, dass beispielsweise nachbarschaftliche Netzwerke kein Selbstläufermodell sind, "weil die Aneignung von Kompetenzen zur Selbstorganisation in der Bevölkerung sehr ungleich verteilt sind und oft professionelle Unterstützung brauchen. Wenn aber Bürgerbeteiligung wirklich gewollt und erwünscht ist, müssen für die Förderung von Selbstorganisation- und Beteiligungsprozessen und von Engagement, auch entsprechende personelle Ressourcen im Rahmen eines Quartiersmanagements oder über Personalstellen in der Gemeinwesenarbeit geschaffen werden" (Kricheldorf 2015: 25).

Darüber hinaus weist das Kuratorium Deutsche Altershilfe noch aus einer gesamtgesellschaftlichen Perspektive auf mögliche fiskalische Einspareffekte hin, da durch eine gelingende Quartiersentwicklung und dem damit längeren Verbleib in den "eigenen vier Wänden" auch der weitere Ausbau der stationären Pflege vermieden werden könne (Michell-Auli & Kremer-Preiß 2013; vgl. auch Generali Zukunftsfond 2012).

4. Ausgangssituation in der Stadt Mainz

Von entscheidender Bedeutung im Rahmen der Konzeptentwicklung ist die Beteiligung von Experten bzw. Expertinnen und älteren Mitbürgern bzw. Mitbürgerinnen. Dies wurde in einem mehrstufigen Verfahren sichergestellt:

- 1) In einem ersten Workshop im September 2014 wurde gemeinsam mit Vertretern und Vertreterinnen aus der gesamten Stadt Mainz ein erster Überblick vorhandener Angebote im Bereich der Altenhilfe erstellt.
- 2) Anfang 2015 fand eine Umfrage bei älteren Mitbürgern und Mitbürgerinnen statt, an der über 1.300 Mainzer Senioren und Seniorinnen im Alter von 60 Jahren und älter teilgenommen haben.
- 3) In einen dritten Schritt wurden in zwei Workshops konkrete Angebote auf der einen Seite und vorhandene Wünsche und Bedürfnisse auf der anderen Seite in ausgewählten Mainzer Stadtteilen analysiert. Die Workshops fanden im April 2015 in den Stadtteilen Lerchenberg und Bretzenheim statt.
- 4) Zuletzt wurden die Grundzüge des vorliegenden Konzepts im Mai 2015 in einem abschließenden Expertenworkshop erörtert.

Die Ergebnisse dieser Bürger- und Expertenbeteiligung werden in diesem Abschnitt im Detail dargestellt. Sie stellen damit das verbindende Element zwischen den in Abschnitt 3 herausgearbeiteten langfristigen Zielen und den konkreten Aufgaben und Handlungsschritten in Abschnitt 5 dar.

4.1 Expertenworkshop im September 2014

Im Rahmen des Projekts wurde am 30. September 2014 ein Expertenworkshop durchgeführt. Die Einladung erfolgte dabei durch die Stadt Mainz an die bekannten haupt- und ehrenamtlichen Vertreter und Vertreterinnen der Altenhilfe. Das Ziel dieses Workshops bestand darin, sich einen ersten Überblick über die vorhandenen Angebote im Bereich der Altenhilfe in der Stadt Mainz zu machen und mögliche Schnittstellen für eine mögliche Zusammenarbeit herauszuarbeiten. Teilgenommen haben an der Veranstaltung 47 Teilnehmer und Teilnehmerinnen aus den Bereichen ambulante und stationäre Altenhilfe, Ehrenamt, Kirche, Vereine und Verbände, medizinische und therapeutische Versorgung und kommunale Vertreter im Bereich der Altenhilfe.

Nach einer Einführung in die Thematik und einem Fachvortrag wurde das **Leitziel** des zugrundeliegenden Projekts vorgestellt:

"Was ist notwendig bzw. was wird benötigt, damit in den Quartieren der Stadt Mainz jeder älter werdende Mensch solange in seinem Lebensumfeld bleiben kann, wie er bzw. sie es möchte? Welche Strukturen sind aus der Perspektive von Experten und Expertinnen dazu notwendig?"

Diese Leitfrage wurde dann im Rahmen von drei Diskussionsanreizen mit den Teilnehmern und Teilnehmerinnen diskutiert:

- 1) Welche Angebote in Bezug auf ein selbständiges oder selbstbestimmtes Leben im Alter sind jetzt schon zielführend bzw. was sollte verändert werden?
- 2) Welche Angebote sind aus fachlicher Perspektive über die bestehenden Angebote hinaus sinnvoll bzw. notwendig?

3) Wo gibt es bereits jetzt Kooperationen oder Vernetzungen, wo fehlen diese, sind aber notwendig?

Im Ergebnis zeigt sich insbesondere in Bezug auf Vorhandenes eine Vielzahl von Angeboten, die zudem ein sehr breites Spektrum abbilden. Im Detail wurde im Rahmen des Workshops über folgende Angebote berichtet:

- Wohnprojekte und Angebote im Bereich des seniorenrechtlichen Wohnens
- Nachbarschaftsprojekte und -hilfen
- ambulante und stationäre Pflege
- Freizeitangebote, wie z.B. Seniorennachmittage oder Seniorenausflüge
- kulturelle Angebote oder Vorträge
- verschiedene Beratungsangebote
- Besuchsdienste
- medizinische und therapeutische Angebote und Dienstleistungen
- alltagsnahe Dienstleistungen wie Essensdienste, Fahrdienste, Fußpflege oder Friseur, die zum Teil auch nach Hause kommen
- Kirchengemeinden und Seelsorge
- Stadtteilbezogene Informationsbroschüren

Zugleich wurden bereits an dieser Stelle auf mehrere Probleme aufmerksam gemacht:

- Gefordert wurde eine stärkere Thematisierung bzw. Sensibilisierung für das Thema "Altern" bzw., dieses Thema stärker als bislang in die vorhandenen (kommunalen) Strukturen einzubringen.
- Gefordert wurde darüber hinaus, quartiersbezogen mehr Strukturen zu schaffen, etwa durch "Anlaufstellen" oder Ansprechpartner vor Ort im Quartier, die u.a. als quartiersbezogenes "Sammelbecken" für Angebote und Dienstleistungen fungieren könnten.
- Ein großes Problem stellt nach Ansicht der Teilnehmer und Teilnehmerinnen des Workshops die Tatsache dar, dass die Vielzahl der tatsächlich vorhandenen Angebote nicht hinreichend bekannt ist. Wünschenswert ist also ein (quartiersbezogener) Überblick der vorhandenen Angebote unter Angabe der jeweiligen Ansprechpartner.
- Bemängelt wurde darüber hinaus die fehlende Vernetzung der Akteure. Gefordert wurde eine bessere Vernetzung und Abstimmung mit allen Akteuren vor Ort (im Quartier), um auch Konkurrenz zu vermeiden. Angedacht wurden aber auch weitergehende, generationenübergreifende Vernetzungen, etwa mit Schulen oder Kitas.
- Eine besondere Bedeutung nimmt nach Ansicht der Teilnehmer und Teilnehmerinnen die weitere Schaffung von alltagsnahen Dienstleistungen ein, etwa in Bezug auf Nachbarschaftshilfen im Quartier, Einkaufs- oder Begleitdienste, Fahrdienste.
- Eine "problematische" Gruppe stellen nach Ansicht der Teilnehmer und Teilnehmerinnen diejenigen Senioren und Seniorinnen dar, die ihre Wohnung aus verschiedenen Gründen nicht mehr verlassen (können). Hier sind u.a. mobile und zugehende Angebote notwendig, u.a. im Bereich der Beratung.

Insgesamt konnten dieser Auftaktveranstaltung eine Vielzahl von Anregungen entnommen werden, die u.a. in das Themenspektrum der anschließenden Seniorenbefragung eingegangen sind.

4.2 Seniorenbefragung in der Stadt Mainz

Der zweite Baustein der Beteiligung von Mainzer Senioren und Seniorinnen bildet die Anfang 2015 durchgeführte Seniorenbefragung. Mit Hilfe eines standardisierten Fragebogens sollten Informationen zu den folgenden Aspekten erhoben werden³:

- Wohnsituation
- Ehrenamtliches Engagement
- Gesundheit
- Einschätzung der Wohnumgebung
- Nachbarschaft und Nutzung von Angeboten und Dienstleistungen im Umfeld

Diese Themengebiete ergaben sich zum einen aus den vorhergehenden theoretischen Betrachtungen (vgl. Abschnitt 2) und zum anderen aus den Erkenntnissen der Auftaktveranstaltung. Die Konstruktion des Fragebogens orientierte sich bei ausgewählten Fragen an aktuellen gerontologischen Studien, um Vergleichswerte zu den zu erwartenden Befragungsergebnissen in der Stadt Mainz zu erhalten. Die Vorbereitung und Testung des Fragebogens erfolgte im Dezember 2014, Anfang 2015 wurde dann mit der eigentlichen Verteilung des Fragebogens begonnen. Die Fragebogen enthielten je ein Anschreiben für die potentiellen Teilnehmer und Teilnehmerinnen, in dem insbesondere auf die Gewährleistung der Anonymität hingewiesen wurde. Des Weiteren wurde ein frankierter Rückumschlag beigelegt, mit dem die ausgefüllten Fragebogen an die Stadt Mainz übersandt werden sollen.

Die Verteilung des Fragebogens erfolgte auf mehreren Wegen:

- Die Teilnehmer und Teilnehmerinnen des Expertenworkshops wurden abermals kontaktiert und gebeten, Fragebogen an interessierte Personen in ihrem Umfeld weiterzuleiten. Zu diesem Zweck erhielten diese "Multiplikatoren" unterschiedliche Anzahlen von Fragebogen zugesandt und konnten bei Bedarf noch weitere Fragebogen anfordern.
- Darüber hinaus wurden weitere bekannte Akteure der Altenhilfe durch die Stadt Mainz kontaktiert, ebenfalls verbunden mit der Bitte, Fragebogen im Umfeld zu verteilen. Auch dieser Personenkreis bekam Fragebogen zugesandt.
- Über Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, u.a. über die ortsansässige Tageszeitung, wurden weitere Personen angesprochen. Diese erhielten dann bei Nachfrage und Interesse einen oder mehrere Fragebogen zugesandt.
- Insgesamt wurden auf diesem Weg rund 4.000 Fragebogen versandt, von denen 1.254 ausgefüllt und zurückgesandt wurden.
- Parallel zu dieser sog. "Paper-and-Pencil-Erhebung" wurde der Fragebogen unter Zuhilfenahme der Online-Tools auf www.surveymonkey.de als Online-Fragebogen erstellt. Der Internet-Link zum Fragebogen wurde per E-Mail an die vorhandenen und relevanten E-Mail-Verteiler der Stadt Mainz übersandt, zugleich wurde im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit auf diese Möglichkeit des Ausfüllens aufmerksam gemacht. Insgesamt wurden auf diesem Weg 119 Fragebogen ausgefüllt.

Zusammen konnten ausgefüllte und vollständige Fragebogen von 1.327 Mainzer Senioren und Seniorinnen in die folgenden Analysen einfließen⁴. Die schriftlichen Fragebogen wurden nach Maßgabe eines Codebuchs in Zahlenformate übertragen und zusammen mit dem Datensatz des Online-Fragebogens unter Nutzung eines SPSS-Statistik-Pakets ausgewertet.

Aufgrund des Zugangswegs zur sog. Grundgesamtheit kann allerdings nicht davon ausgegangen

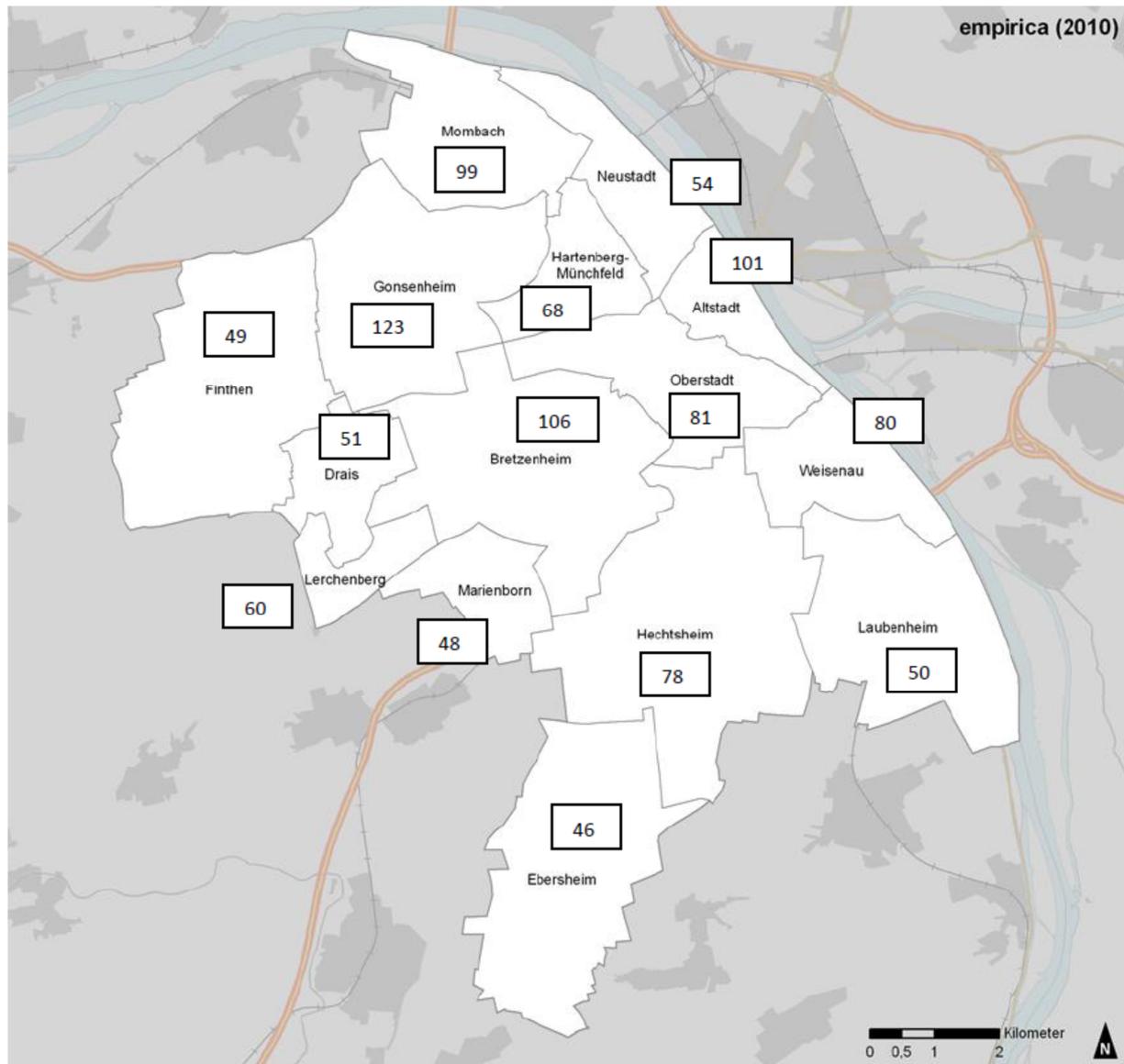
³ Der Fragebogen befindet sich im Anhang.

⁴ 46 Fragebogen waren nicht vollständig und wurden daher bei den durchgeführten Analysen nicht berücksichtigt.

werden, dass es sich um eine vollständig repräsentative Stichprobe handelt, da nicht jeder ältere Bewohner der Stadt Mainz dieselbe statistische Chance hatte, in die Stichprobe aufgenommen zu werden. Es ist zu vermuten, dass mit dieser Stichprobe vor allem aktive Senioren und Seniorinnen erreicht wurden, die sich bewusst mit dem Thema "Älterwerden" auseinandersetzen und Interesse daran haben, an einer entsprechenden Umfrage teilzunehmen. Isoliert lebende Personen wurden aufgrund des Zugangsweges demgegenüber möglicherweise nur in unzureichendem Maß erreicht. Insgesamt aber darf dennoch von einer aussagekräftigen Stichprobe ausgegangen werden. Eine vollständig repräsentative Stichprobe, etwa unter Zuhilfenahme von Melderegistern und Interviewern, war aufgrund der verfügbaren Ressourcen nicht möglich.

Auf der Grundlage der Größe der Erhebung ist es auch möglich, Aussagen je Stadtteil zu treffen. Die jeweilige Anzahl von Befragten je Stadtteil findet sich in der folgenden Abbildung 3. Allerdings unterscheiden sich diese Fallzahlen zum Teil sehr deutlich: Vergleichsweise viele Befragte finden sich in den Stadtteilen Gonsenheim, Mombach, Altstadt oder Bretzenheim, während in den Stadtteilen Finthen, Neustadt, Marienborn, Ebersheim oder Laubenheim deutlich weniger Senioren und Seniorinnen an der Befragung teilgenommen haben. Trotzdem ist es möglich und sinnvoll, an ausgewählten Stellen die Ergebnisse auch im Vergleich der Stadtteile zu analysieren. Insbesondere in Stadtteilen mit kleinen Fallzahlen sollten die Ergebnisse aber mit Bedacht interpretiert werden und ggf. nur einen Anknüpfungspunkt für weitere Analysen bilden.

Abbildung 3: Stadtteile der Stadt Mainz mit der jeweiligen Anzahl der Befragten⁵



Quelle: Landeshauptstadt Mainz 2013 / LOCAL©2012 infas geodaten - ©2012 TomTom

⁵ Die Gesamtsumme der Zuordnungen zu den Stadtteilen ist nicht identisch mit der Gesamtsumme aller Befragten, da nicht alle Befragten die Frage nach dem Stadtteil beantwortet haben.

Aus einer demografischen Perspektive betrachtet ist die Stadt Mainz vergleichsweise jung (vgl. folgende Abbildung 4): Im Vergleich mit allen Bundesländern, aber auch im Vergleich mit dem Landesdurchschnitt von Rheinland-Pfalz weist die Stadt Mainz eine sehr junge Bevölkerungsstruktur auf. Deutlich wird dies am unterdurchschnittlichen Anteil derjenigen Personen im Alter von 50 Jahren und älter. Dies trifft auf nur 35 Prozent aller Bürgerinnen und Bürger der Stadt Mainz, während es im Durchschnitt aller Bundesländer und im Durchschnitt von Rheinland-Pfalz für etwa 43 Prozent der Gesamtbevölkerung zutrifft. Auf der anderen Seite fällt der Anteil von Kindern und Jugendlichen in der Stadt Mainz unterdurchschnittlich aus: Rund 14 Prozent der Bevölkerung sind jünger als 18 Jahre. Zum Vergleich: Im Bundesdurchschnitt und im Durchschnitt von Rheinland-Pfalz liegt dieser Anteil mit rund 16 Prozent erkennbar darüber.

Als Konsequenz ergibt sich in der Stadt Mainz ein überdurchschnittlich großer Anteil von Personen im Alter von 18 bis unter 50 Jahren. Dies kann zum einen durch die Universität vor Ort erklärt werden, zum anderen aber auch durch spezifische Eigenheiten größerer Städte, die überdurchschnittliche Anteile von Ein-Personen-Haushalten und damit auch Singles aufweisen.

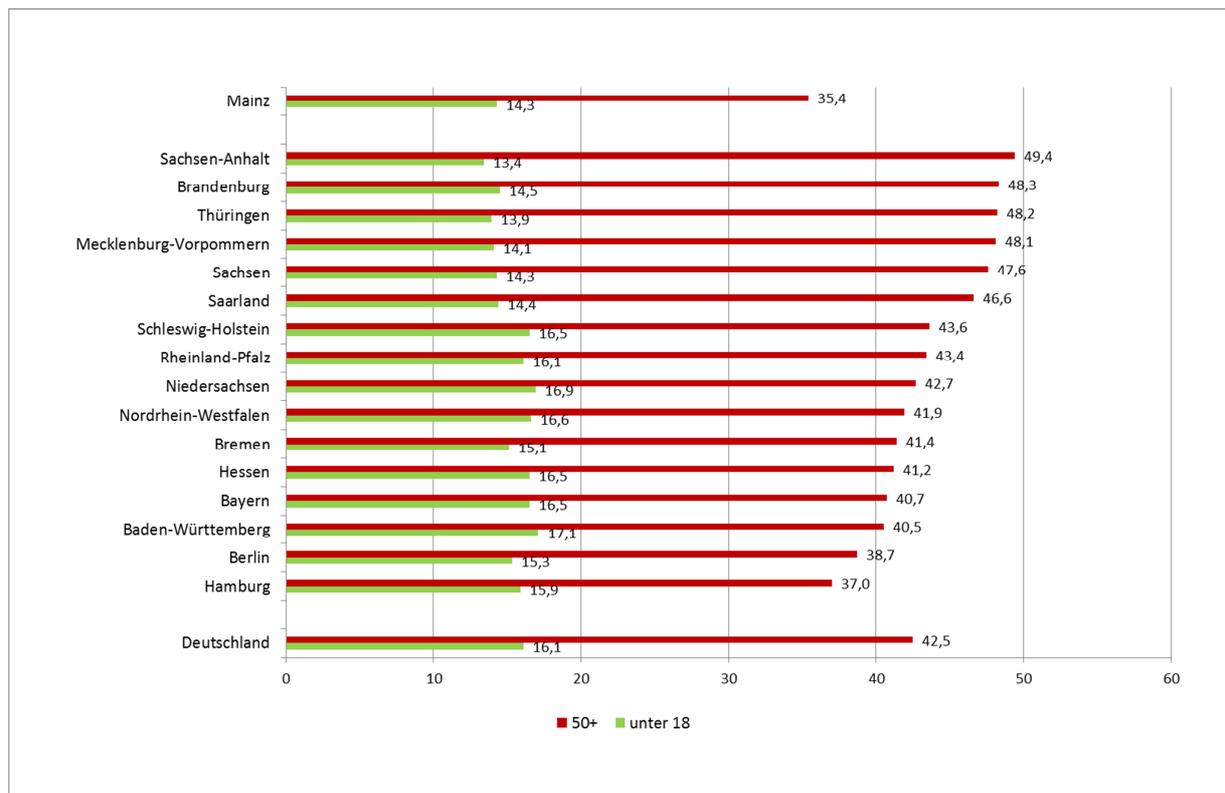
Insgesamt bietet die Bevölkerungsstruktur der Stadt Mainz damit ein deutliches Potenzial für familienübergreifende Generationenbeziehungen zwischen älteren Bürgern und Bürgerinnen, der sog. mittleren Generation und jungen Menschen.

Die verfügbaren Prognosen gehen indessen davon aus, dass der Anteil älterer Mainzer und Mainzerinnen in den kommenden Jahren deutlich steigen wird: So geht etwa die Vorausberechnung des Statistischen Landesamtes davon aus, dass im Jahr 2020 etwa 50.300 Mainzer und Mainzerinnen 60 Jahre und älter sein werden (Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz 2012), während dies im Jahr 2013 auf rund 47.000 Mainzer und Mainzerinnen zutrifft (Landeshauptstadt Mainz, Amt für Stadtentwicklung, Statistik und Wahlen, eigene Berechnung).

Insgesamt betrachtet weist die Stadt Mainz eine eher junge Bevölkerungsstruktur auf, allerdings mit deutlichen Unterschieden nach Stadtteilen. Die gesamte Bevölkerungsstruktur der Stadt Mainz bietet aufgrund seines Verhältnisses von älteren und jüngeren Bürgern und Bürgerinnen und der sog. mittleren Generation ein deutliches Potenzial für familienübergreifende Generationenbeziehungen.

Dies ist allerdings ein Durchschnittswert für die gesamte Stadt Mainz - im Vergleich der 15 Stadtteile zeigen sich z.T. deutliche Unterschiede bzw. spezifische Eigenheiten. So weisen etwa die westlichen Stadtteile Finthen, Drais oder Lerchenberg überdurchschnittliche Anteile älterer Bürger und Bürgerinnen auf (vgl. Landeshauptstadt Mainz 2013), während die Stadtteile Neustadt, Hartenberg/Münchfeld oder Ebersheim eher unterdurchschnittliche Anteile aufweisen.⁶

⁶ Weitergehende und aktuelle Analysen der Altersstruktur in den Stadtteilen der Stadt Mainz finden sich in der Sozialraumanalyse Mainz 2012 (vgl. Landeshauptstadt Mainz 2013).

Abbildung 4: Anteile ausgewählter Altersgruppen im Vergleich zum Stand 31.12. 2013

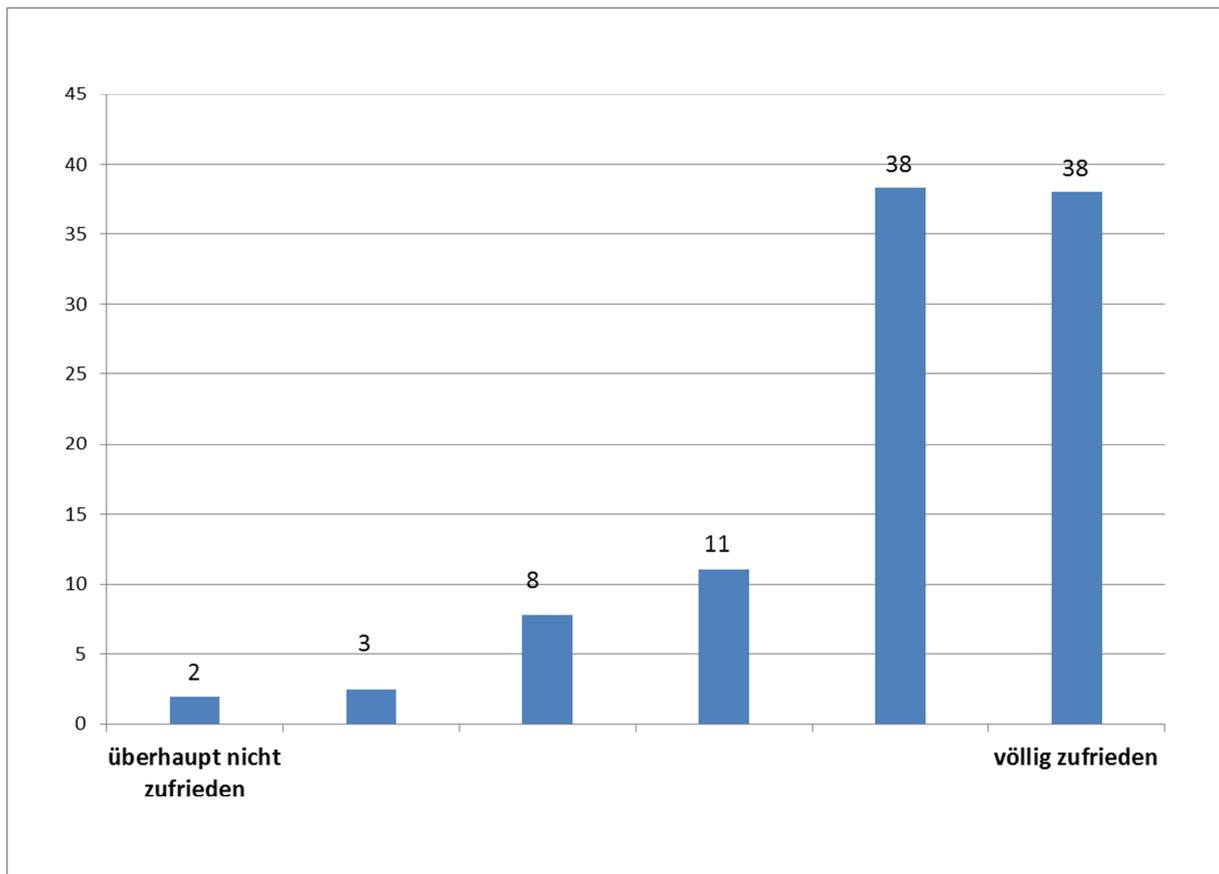
Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnung (in Prozent)

Die befragten Mainzer Senioren und Seniorinnen leben seit durchschnittlich 27 Jahren in ihrer Wohnung bzw. in ihrem Haus.

Die 1.327 Befragten der Seniorenbefragung in der Stadt Mainz leben seit durchschnittlich 27 Jahren in ihrer Wohnung bzw. in ihrem Haus und scheinen damit fest in ihrem jeweiligen Stadtteil bzw. Quartier verwurzelt. Die Befragten sind überwiegend weiblich (zu zwei Dritteln) und durchschnittlich 77 Jahre alt. Etwa die Hälfte der Befragten ist verheiratet, ein Drittel verwitwet. 40 Prozent der Befragten wohnen zur Miete in einem Haus oder einer Wohnung, 52 Prozent hingegen im eigenen Haus bzw. der eigenen Wohnung. Die durchschnittliche Haushaltsgröße beträgt insbesondere aufgrund des hohen Anteils von Verheirateten rund 1,7 Personen je Haushalt, 7 Prozent der Befragten wohnen in einem Pflegeheim.

Auffallend ist indessen die sehr hohe Lebenszufriedenheit der Befragten (vgl. Abbildung 5): Annähernd 80 Prozent der Befragten sind mit ihrem Leben (Wie zufrieden sind Sie - alles in allem - mit Ihrem Leben?", Einstufung auf 6-stufiger Skala von "überhaupt nicht zufrieden" bis "völlig zufrieden") entweder weitestgehend oder völlig zufrieden.

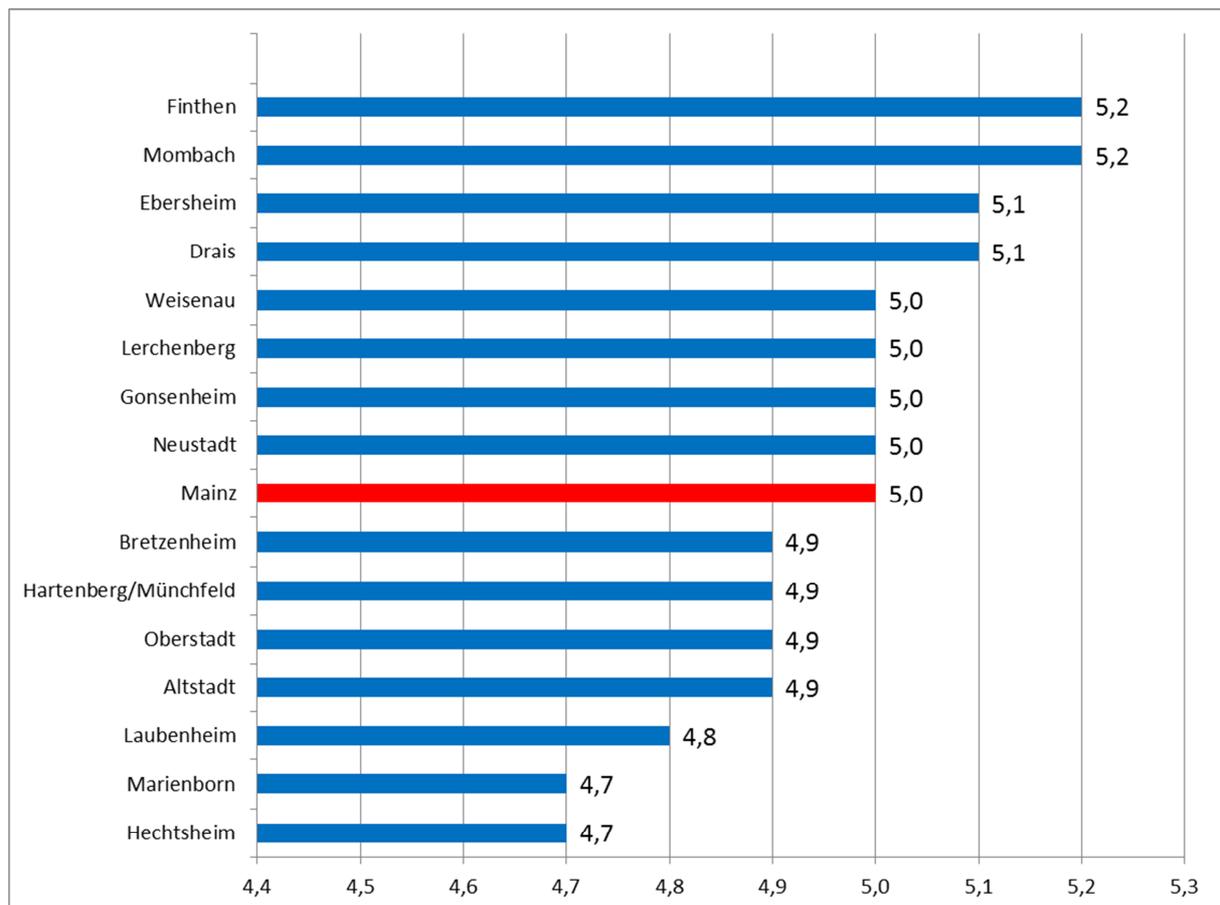
Abbildung 5: Lebenszufriedenheit in der Stadt Mainz



Quelle: Seniorenbefragung in der Stadt Mainz 2015, eigene Auswertung (in Prozent)

Nach Stadtteilen hingegen zeigen sich deutliche Unterschiede (vgl. Abbildung 6): Während die subjektiv eingeschätzte Lebenszufriedenheit beispielsweise in den Stadtteilen Finthen und Mom bach überdurchschnittlich ausfällt, liegt diese in den Stadtteilen Marienborn und Hechtsheim erkennbar unter dem Durchschnittswert für die gesamte Stadt Mainz.

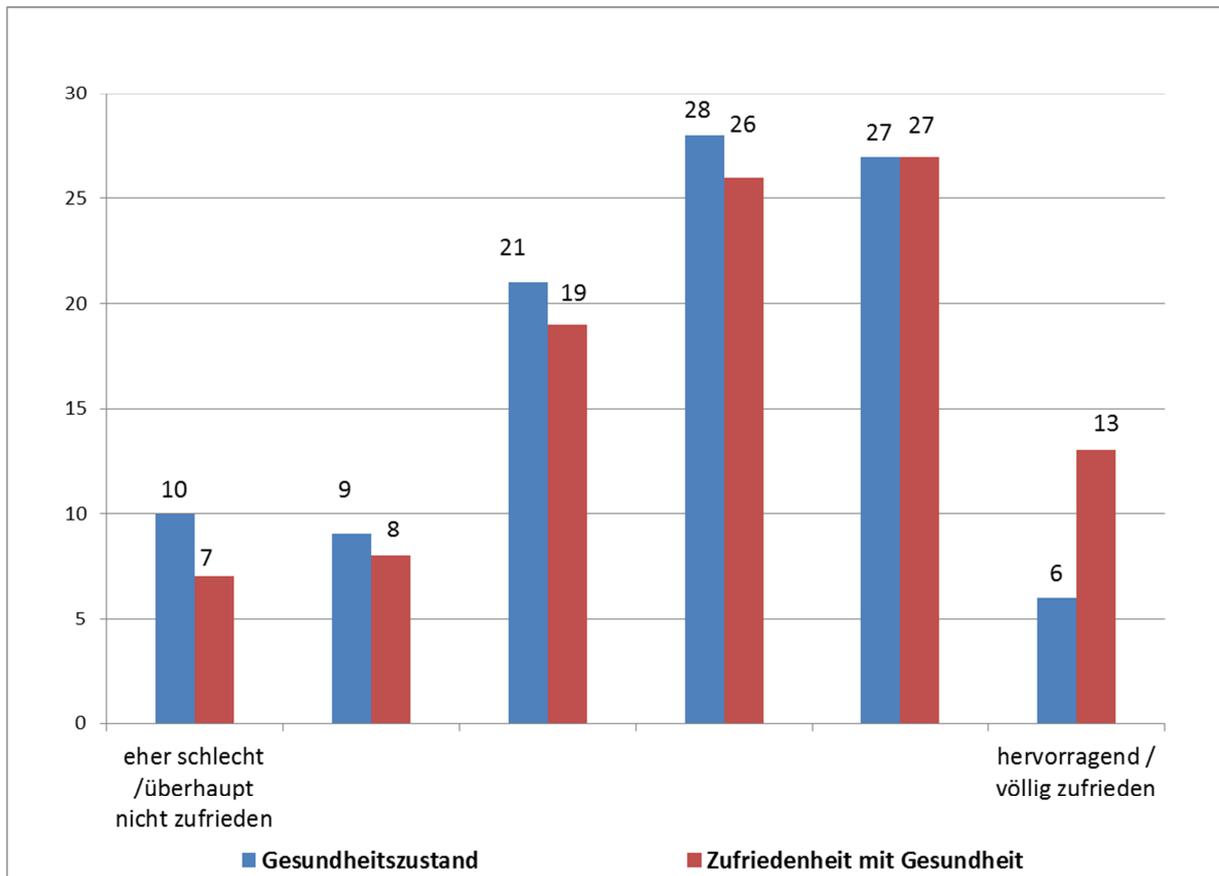
Die befragten Mainzer Senioren und Seniorinnen äußern eine sehr hohe subjektive Lebenszufriedenheit.

Abbildung 6: Lebenszufriedenheit nach Stadtteilen

Quelle: Seniorenbefragung in der Stadt Mainz 2015, eigene Auswertung (Mittelwerte)

Befragt nach Zufriedenheit mit der Gesundheit ("Wie zufrieden sind Sie - alles in allem - mit Ihrer Gesundheit?", Einstufung auf 6-stufiger Skala von "überhaupt nicht zufrieden" bis "völlig zufrieden") zeigen sich die Befragten ebenfalls sehr zufrieden mit ihrer Gesundheit. Rund 40 Prozent der Befragten sind mit ihrer Gesundheit weitestgehend oder völlig zufrieden, nur 12 Prozent sind mit ihrer Gesundheit eher unzufrieden. Im Vergleich mit dieser subjektiven Zufriedenheit der Gesundheit fällt die (ebenfalls subjektive) Einschätzung der Gesundheit (Wie würden Sie derzeit Ihre Gesundheit bzw. Ihren Gesundheitszustand beschreiben?", Einstufung auf 6-stufiger Skala von "eher schlecht" bis "hervorragend") erkennbar schlechter aus (vgl. folgende Abbildung 7).

Abbildung 7: Einschätzung des Gesundheitszustandes und Zufriedenheit mit der Gesundheit



Quelle: Seniorenbefragung in der Stadt Mainz 2015, eigene Auswertung (in Prozent)

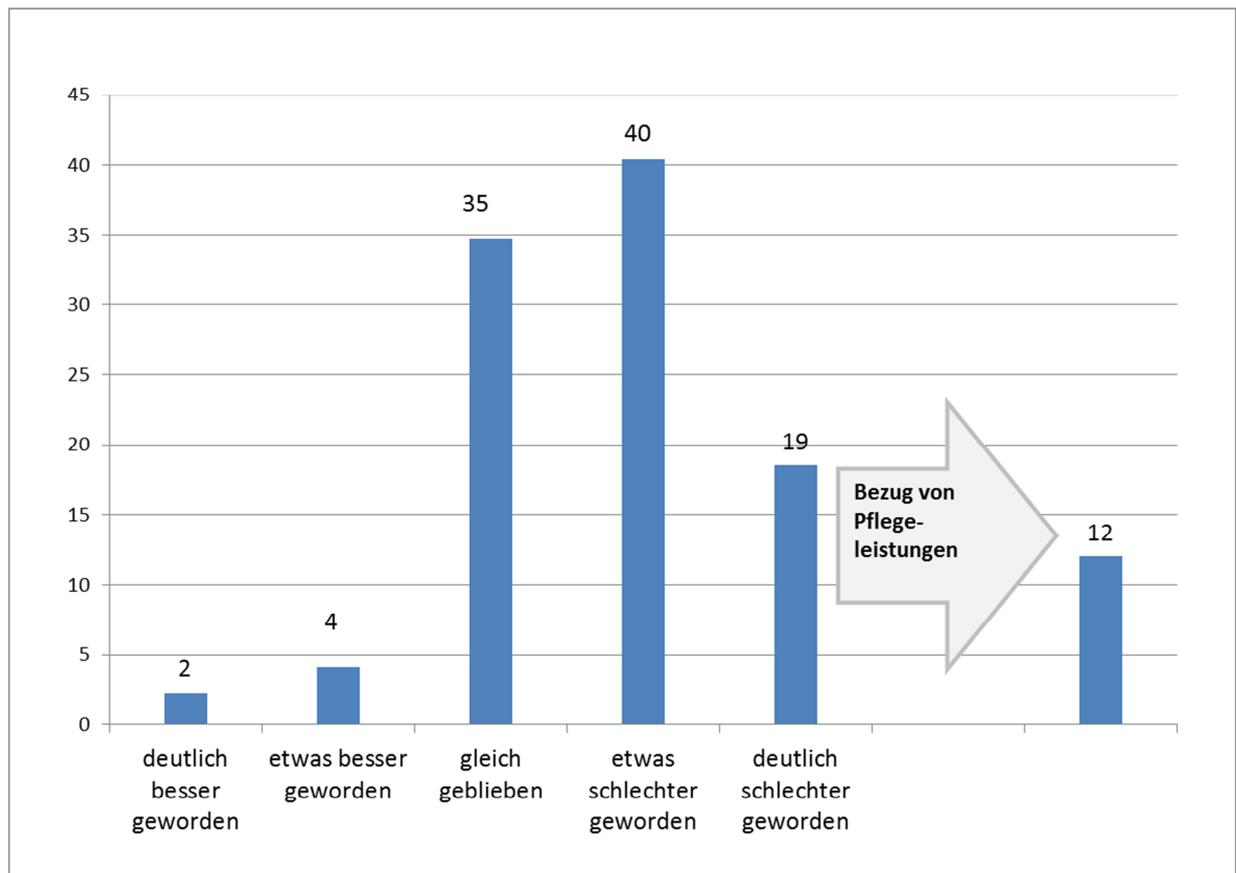
Noch deutlicher wird der mögliche Unterschied zwischen der tatsächlichen Gesundheit und der Zufriedenheit mit der Gesundheit, wenn nach Veränderungen der Gesundheit gefragt wird ("Hat sich Ihr Gesundheitszustand in den letzten 3 Jahren verändert?", vgl. Abbildung 8): Hier zeigt sich, dass nach eigener Einschätzung der Befragten der Gesundheitszustand bei rund 60 Prozent der Befragten in den letzten drei Jahren vor der Befragung entweder etwas oder sogar deutlich schlechter geworden ist. Damit bestätigen sich Ergebnisse aus anderen Untersuchungen, etwa im Deutschen Alterssurvey (vgl. DZA 2014): Obwohl mit steigendem Alter körperliche Erkrankungen und Einschränkungen der Mobilität zunehmen, bewerten ältere Menschen ihre Gesundheit oft als relativ gut. Dies kann auch als Hinweis auf das bereits erwähnte Zufriedenheitsparadox gesehen werden, also der Erhaltung oder Wiederherstellung von subjektiver Zufriedenheit trotz bestehender Einschränkungen oder Belastungen.

Trotz bestehender Einschränkungen sind die Befragten in der Stadt Mainz mit ihrer Gesundheit sehr zufrieden.

Trotz möglicher Einschränkungen der Gesundheit fällt der Bezug von Leistungen der Pflegeversicherung gering aus (vgl. ebenfalls Abbildung 8): Etwa jeder achte Befragte bezieht nach eigener Aussage solche Leistungen, hierbei überwiegend (zu drei Vierteln) nach Pflegestufe 1. Allerdings

unterscheidet sich der Bezug von Leistungen der Pflegeversicherung sehr deutlich nach Stadtteilen: Während dieser Anteil im Stadtteil Altstadt bzw. Oberstadt bei 23 bzw. 20 Prozent liegt, trifft dies nur auf 2 Prozent im Stadtteil Lerchenberg bzw. 4 Prozent in den Stadtteilen Mombach und Ebersheim zu.

Abbildung 8: Veränderungen des Gesundheitszustandes



Quelle: Seniorenbefragung in der Stadt Mainz 2015, eigene Auswertung (in Prozent)

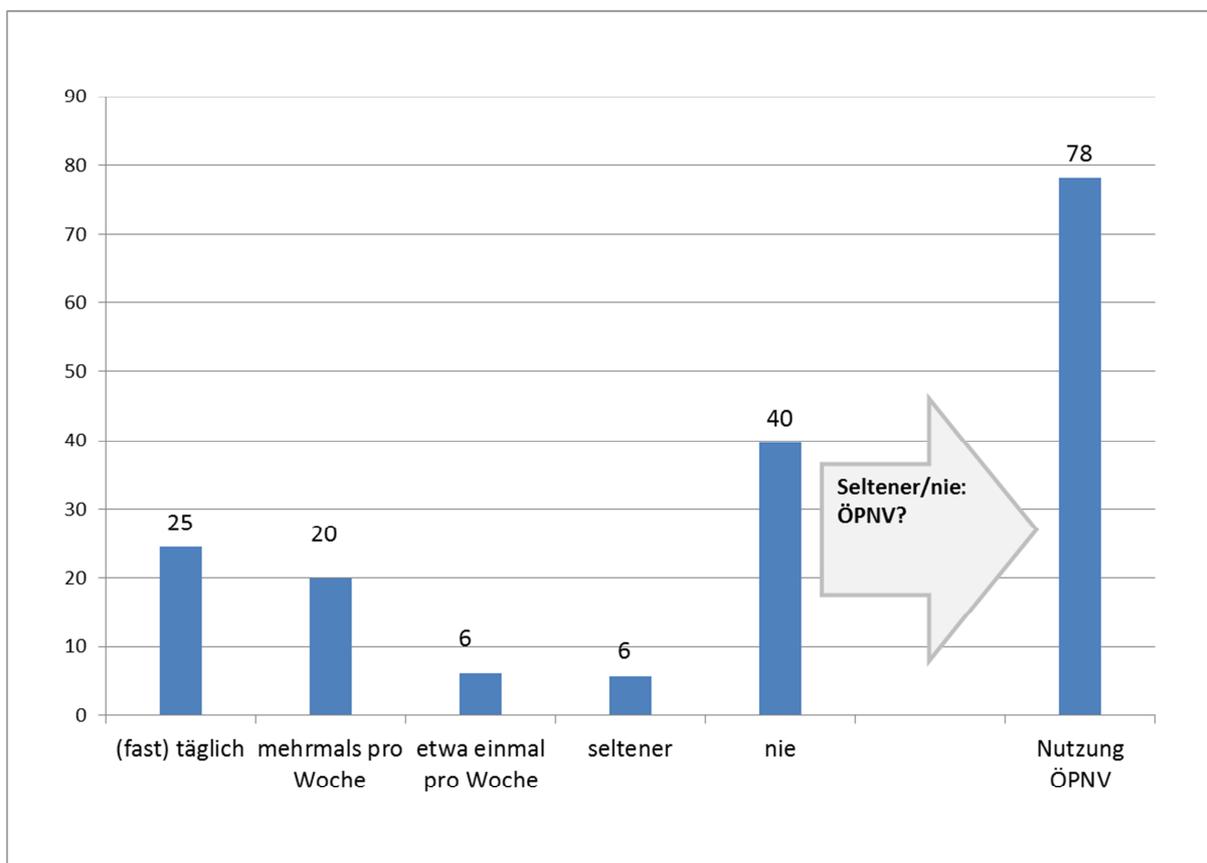
Wendet man sich nun im Sinne des in Abschnitt 2 vorgestellten Modells von der Verhaltenskompetenz hin zu Aspekten der objektiven Umwelt, fällt zunächst einmal die hohe Mobilität der Mainzer Befragten auf (vgl. Abbildung 9). Dabei spielt die Nutzung des Autos eine große Rolle: Rund 45 Prozent der Befragten fahren mindestens mehrmals pro Woche selbst mit dem Auto. Auf der anderen Seite haben 40 Prozent der Befragten angegeben, dass sie selbst nicht (mehr) mit dem Auto fahren.

Diese Gruppe unterscheidet sich in den folgenden Aspekten von allen Befragten: Es handelt sich sehr häufig um Frauen (77 Prozent), die deutlich häufiger verwitwet sind (48 Prozent) und Leistungen der Pflegeversicherung beziehen (rund 25 Prozent). Entsprechend fällt die Zufriedenheit mit der Gesundheit im Vergleich mit allen Befragten deutlich schlechter aus: nur 25 Prozent dieser Befragten sind mit ihrer Gesundheit weitestgehend oder völlig zufrieden (im Vergleich mit 40 Prozent aller Befragten). Befragten, die nach eigener Angabe nie selbst mit dem Auto fahren, finden sich vor allem in den innenstadtnahen Stadtteilen Altstadt, Neustadt, Hartenberg/Münchfeld und Oberstadt.

Die befragten Mainzer und Mainzerinnen sind sehr mobil, entweder mit dem eigenen Auto oder mit dem öffentlichen Nahverkehr.

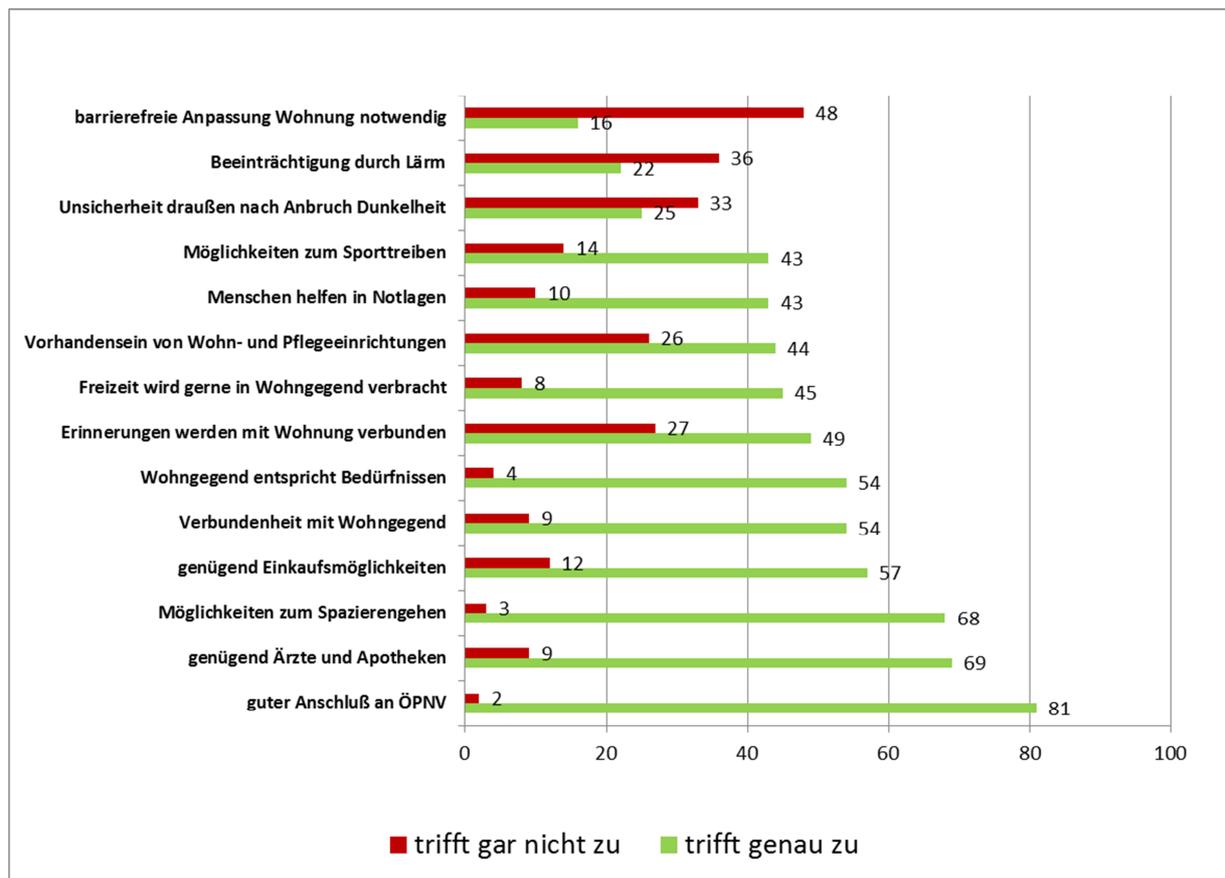
Aber auch ohne selbständige Nutzung des Autos bleiben die Befragten mobil: 78 Prozent aller Befragten, die nie oder nur selten selbst Auto fahren, nutzen Busse oder Straßenbahnen (vgl. Abbildung 9).

Abbildung 9: Selbständige Nutzung des Autos bzw. Nutzung des ÖPNV



Quelle: Seniorenbefragung in der Stadt Mainz 2015, eigene Auswertung (in Prozent)

Weitergehende Analysen bestätigen dies: für vier von fünf Befragten trifft die Aussage "Meine Wohngegend ist gut an den öffentlichen Nahverkehr angeschlossen" vollständig zu (vgl. Abbildung 10). Auch weitere Einschätzungen von Wohnen und Wohnumfeld belegen aus der Perspektive der Befragten die gute Infrastruktur in der Stadt Mainz. In Bezug auf ausgewählte Aspekte der Infrastruktur (ÖPNV, Vorhandensein von Ärzten und Apotheken oder Möglichkeiten zum Spaziergehen) berichten die Befragten kaum von Problemen. Zugleich deuten die Einschätzungen vor allem zum Wohnumfeld auch auf die generelle Verbundenheit bzw. Zufriedenheit mit der Wohngegend hin oder etwa die Einschätzung, dass im Umfeld Menschen wohnen, auf die man sich in Notfällen verlassen könne.

Abbildung 10: Einschätzungen zu Wohnen und Wohnumfeld⁷

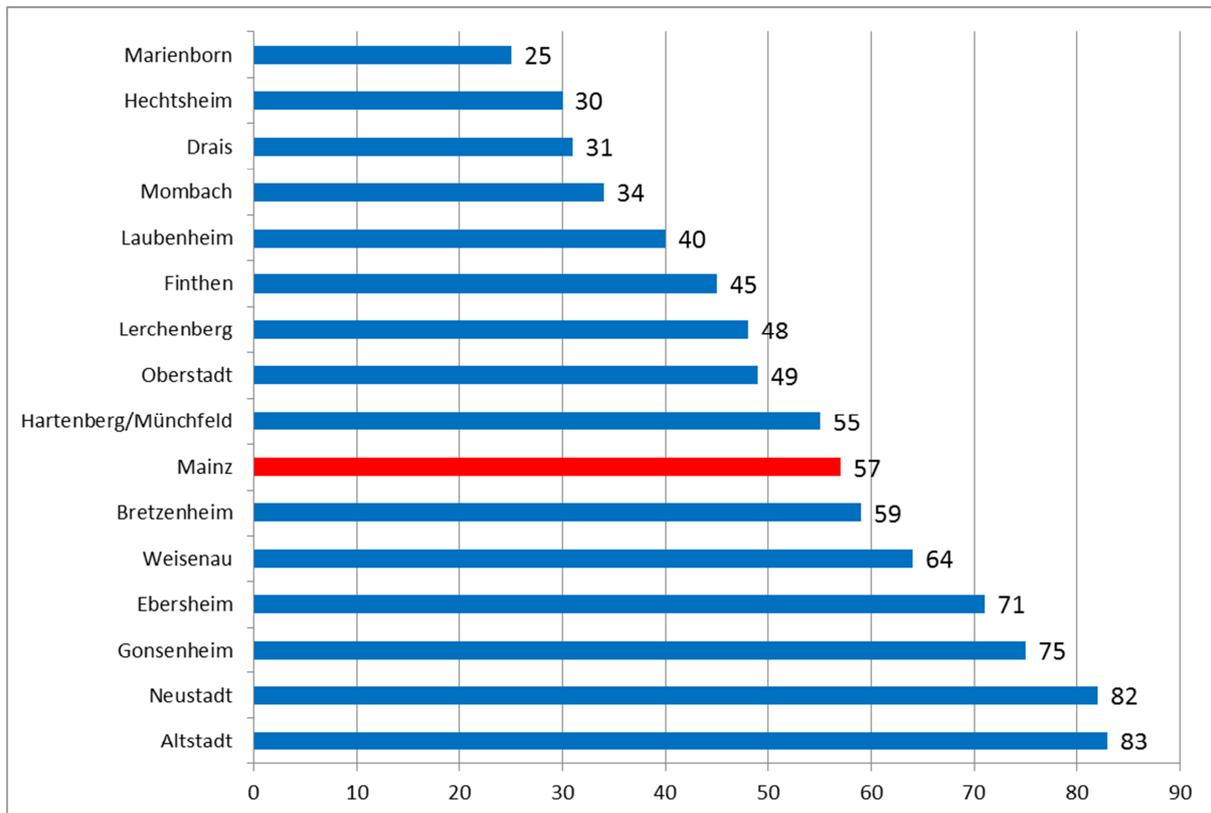
Quelle: Seniorenbefragung in der Stadt Mainz 2015, eigene Auswertung (in Prozent)

Allerdings unterschieden sich die verschiedenen Einschätzungen z.T. sehr deutlich nach Stadtteilen. Deutlich wird dies etwa in der Einschätzung der Einkaufsmöglichkeiten (vgl. Abbildung 11): So finden sich auf der einen Seite mit der Altstadt und der Neustadt innenstadtnahe Stadtteile mit einer guten Infrastruktur in Bezug auf Einkaufsmöglichkeiten - gleiches trifft auch auf die Stadtteile Gonsenheim und Ebersheim zu. Auf der anderen Seite scheint es in den Stadtteilen Marienborn, Hechtsheim, Drais oder Mombach nur unzureichende Einkaufsmöglichkeiten für ältere Personen zu geben. Die größten Unterschiede zwischen den Stadtteilen finden sich darüber hinaus in Bezug auf die Belastung durch Lärm (ohne Abbildung).

Die Befragten äußern eine generelle Verbundenheit mit ihrer jeweiligen Wohngegend.

⁷ Den Befragten wurden insgesamt 17 Aussagen zu verschiedenen Aspekten zu Wohnen und Wohnumfeld vorgelegt, die sie auf einer 4-stufigen Skala von „trifft genau zu“ bis „trifft gar nicht zu“ einschätzen sollten.

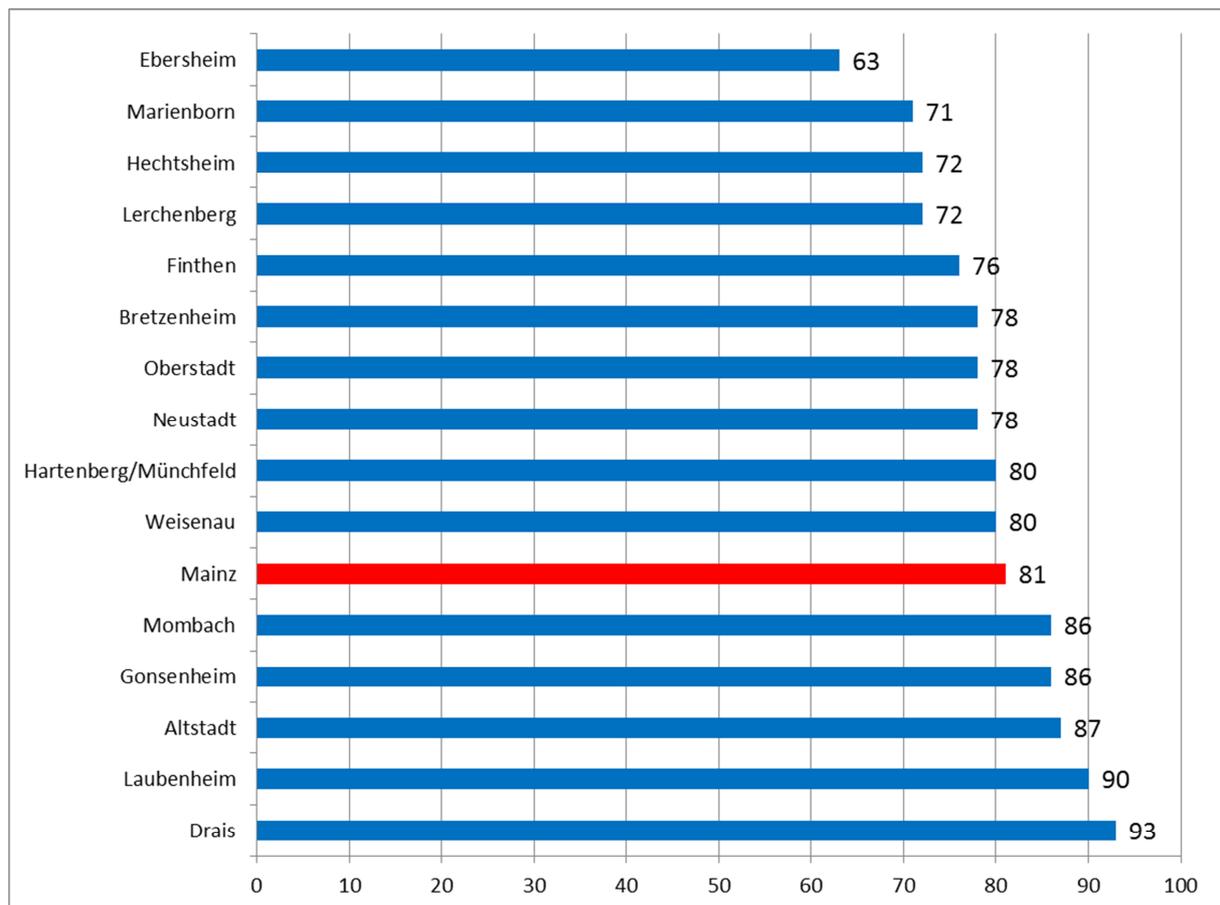
Abbildung 11: Einschätzung der Einkaufsmöglichkeiten⁸



Quelle: Seniorenbefragung in der Stadt Mainz 2015, eigene Auswertung (Aussage „trifft genau zu“ in Prozent)

Nur geringe Unterschiede zwischen den Stadtteilen gibt es auf der anderen Seite in Bezug auf eine gute Anbindung an den ÖPNV. Es wurde bereits darauf hingewiesen, dass rund 80 Prozent der Befragten dieser Aussage voll und ganz zustimmen. In einigen Stadtteilen liegt die Zustimmung sogar deutlich über diesem Durchschnittswert, während nur vier Stadtteile eine vollständige Zustimmung von weniger als drei Vierteln der Befragten verzeichnen.

⁸ Zustimmung zur Aussage „Es sind genug Einkaufsmöglichkeiten vorhanden“, Einschätzung auf 4-stufiger Skala von „trifft genau zu“ bis „trifft gar nicht zu“

Abbildung 12: Einschätzung des ÖPNV⁹

Quelle: Seniorenbefragung in der Stadt Mainz 2015, eigene Auswertung (Aussage „trifft genau zu“ in Prozent)

Wird nun der Blick auf seniorenspezifische Aspekte der Infrastruktur gerichtet, zeigen sich allerdings Defizite: Während Angebote bzw. Dienstleistungen wie Seniorentreffs, Mahlzeitendienste, ambulante Pflegedienste oder stationäre Einrichtungen noch - unabhängig von deren Nutzung - zwischen 60 bis 70 Prozent der Befragten bekannt sind, trifft dies etwa für spezifische Beratungsangebote oder Beauftragte nicht mehr zu. Diese sind teilweise nur weniger als 40 Prozent der Befragten bekannt.

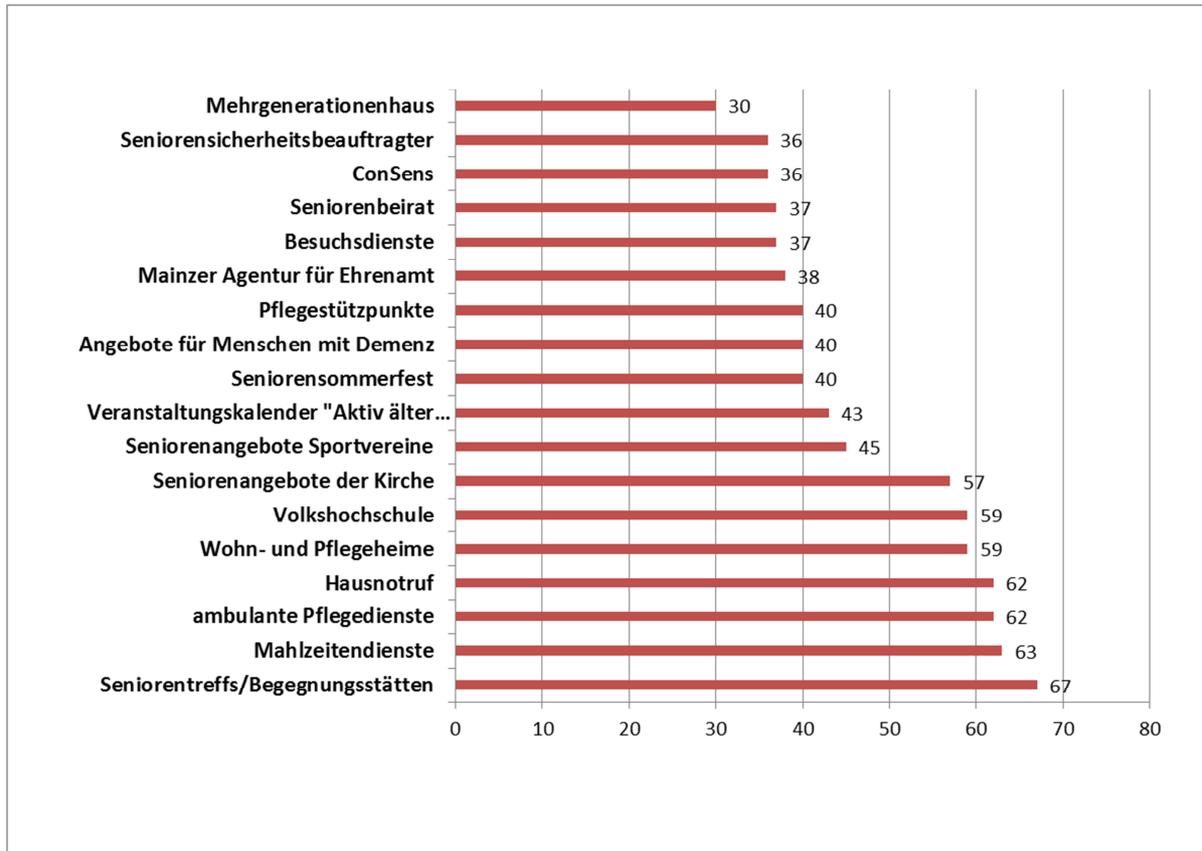
Seniorenspezifische Angebote und Dienstleistungen sollten einer größeren Öffentlichkeit bekannt gemacht werden.

Hier deutet sich also ein deutlicher Entwicklungsbedarf dahingehend an, diese (und ggf. weitere) Angebote, Beratungsangebote oder Dienstleistungen durch geeignete Maßnahmen einer größe-

⁹ Zustimmung zur Aussage „Meine Wohngegend ist gut an den öffentlichen Nahverkehr angeschlossen“, Einschätzung auf 4-stufiger Skala von „trifft genau zu“ bis „trifft gar nicht zu“

ren Anzahl von älteren Mainzer und Mainzerinnen bekannt zu machen.

Abbildung 13: Kenntnis von Angebote und Dienstleistungen für Senioren



Quelle: Seniorenbefragung in der Stadt Mainz 2015, eigene Auswertung (in Prozent)

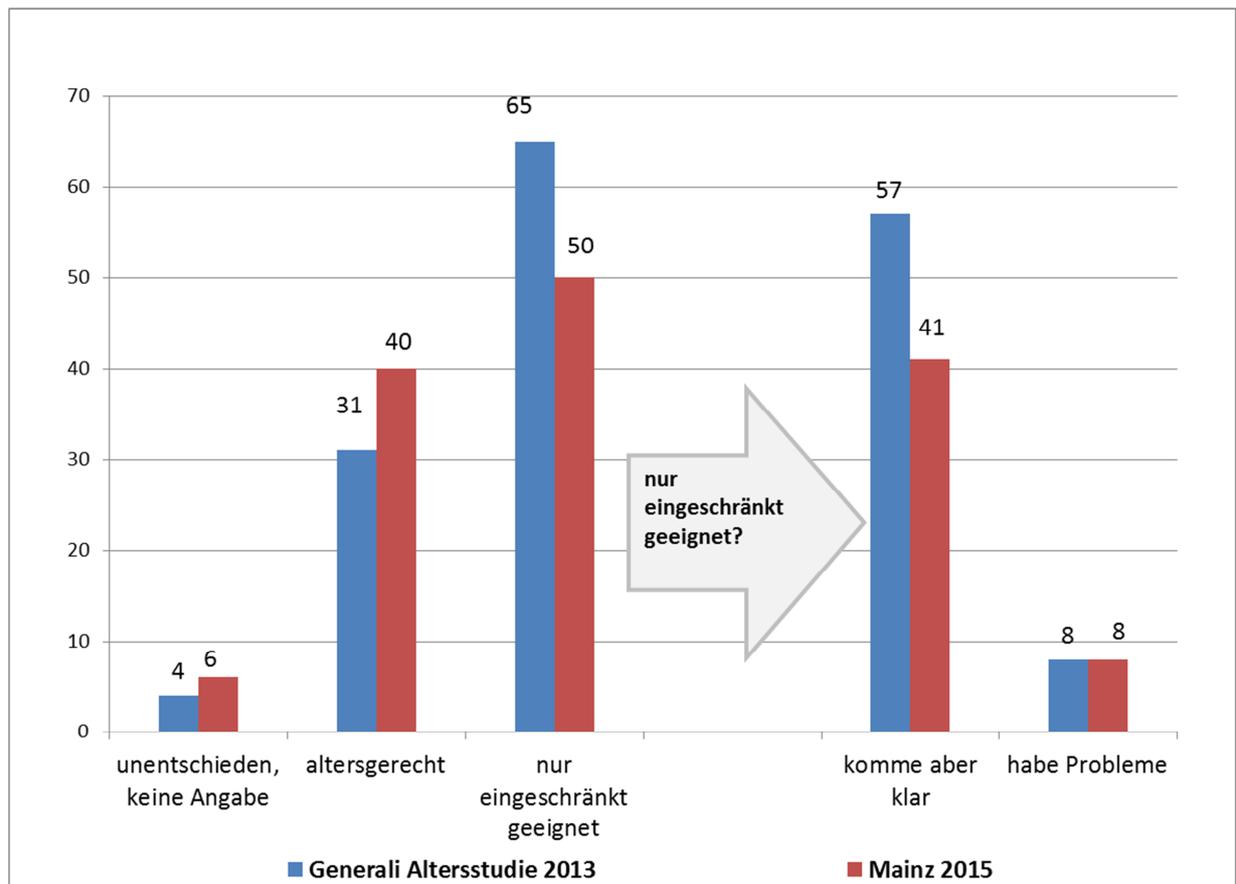
Zur Umwelt im Sinne des vorgestellten Modells gehört im engeren Sinne auch die Wohnung bzw. das bewohnte Haus. Bereits an anderer Stelle wurde auf aktuelle Forschungsergebnisse verwiesen, denen zufolge sich nur ein sehr kleiner Teil von älteren Menschen mit konkreten Umzugsplänen beschäftigt, der größte Teil dieser älteren Menschen hingegen in der bisherigen Wohnung bzw. dem bisherigen Haus verbleiben möchte (vgl. Oswald et al. 2013): Zudem wurde auf Ergebnisse aus der Generali Altersstudie hingewiesen, der zufolge rund zwei Drittel der im Rahmen dieser Studie befragten 65- bis 85-Jährigen davon ausgehen, dass ihr Haus bzw. ihre Wohnung nur eingeschränkt altersgerecht sei und sie dennoch keine Probleme in ihrer Wohnung sehen (vgl. Generali Zukunftsfonds 2013).

Die Häuser bzw. Wohnungen der Befragten sind nur bedingt für das Leben im Alter geeignet.

Dieses Bild bestätigt sich in einem Vergleich tendenziell auch bei den Befragten in der Stadt Mainz (vgl. Abbildung 14): Rund die Hälfte der Befragten in der Stadt Mainz geht davon aus, dass

ihr Haus bzw. ihre Wohnung nur bedingt altersgerecht ist. Trotzdem berichten nur sehr wenige Befragte über tatsächliche Probleme in der Wohnung bzw. im Haus in Bezug auf die Anforderungen des Älterwerdens.

Abbildung 14: Einschätzung der altersgerechten Wohnsituation

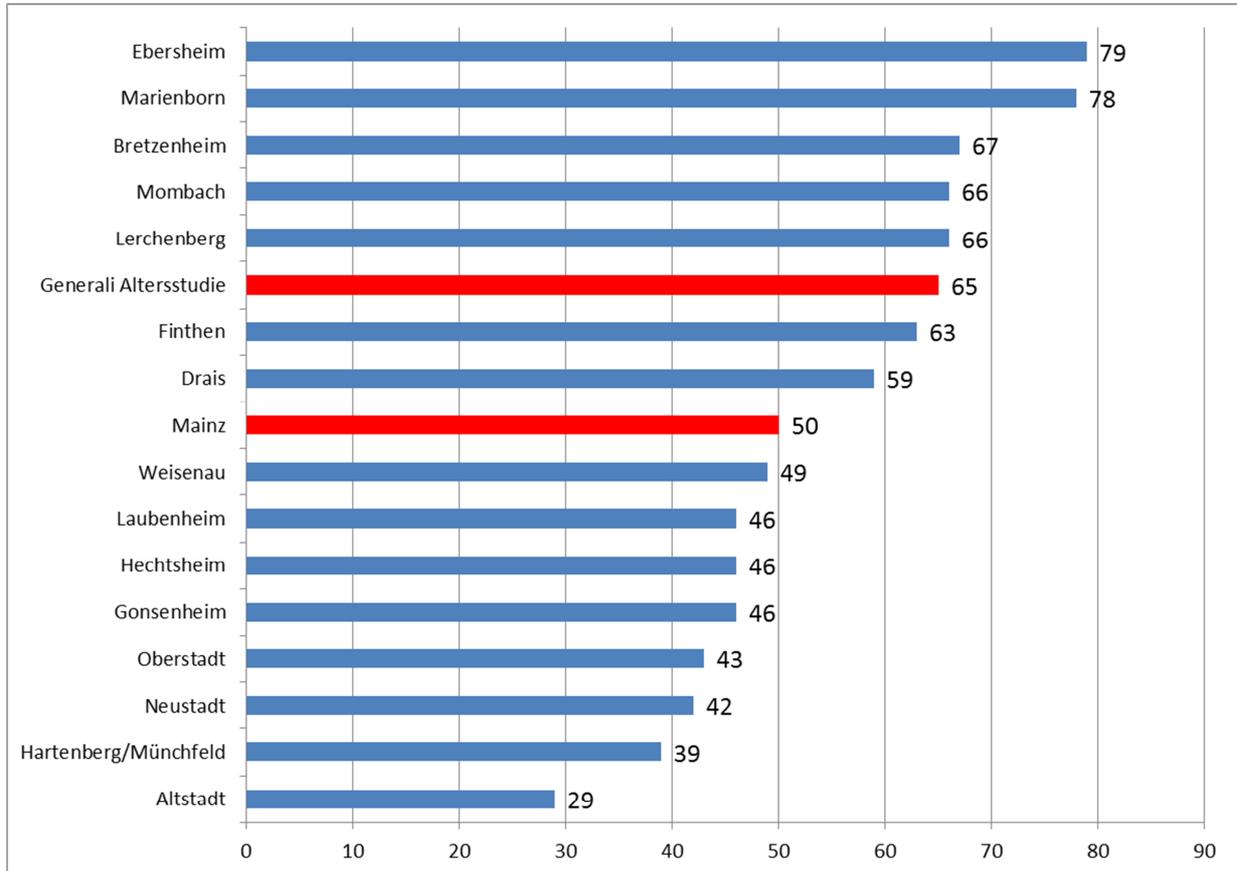


Quelle: Seniorenbefragung in der Stadt Mainz 2015, eigene Auswertung (in Prozent)

Auffallend ist zunächst einmal der im Vergleich mit der bundesweiten Studie deutliche geringere Anteil von Befragten, die ihr Haus bzw. ihre Wohnung nur eingeschränkt für altersgerecht halten. Diese subjektiv eingeschätzte Alterstauglichkeit unterscheidet sich allerdings ein weiteres Mal deutlich nach Stadtteilen (vgl. Abbildung 15): Deutlich wird in der Einschätzung der Befragten die deutlich bessere Alterstauglichkeit der Wohnungen bzw. Häuser in den innenstadtnahen Stadtteilen, während in außengelegenen Stadtteilen mit eher dörflichen Strukturen diesbezüglich größere Probleme bestehen.

Insgesamt kann an dieser Stelle insbesondere die Notwendigkeit abgeleitet werden, in den Quartieren Beratungen im Hinblick auf mögliche Wohnanpassungen anzubieten.

Abbildung 15: Einschätzung der altersgerechten Wohnsituation nach Stadtteilen: Wohnung bzw. Haus nur eingeschränkt altersgerecht



Quelle: Seniorenbefragung in der Stadt Mainz 2015, eigene Auswertung (in Prozent)

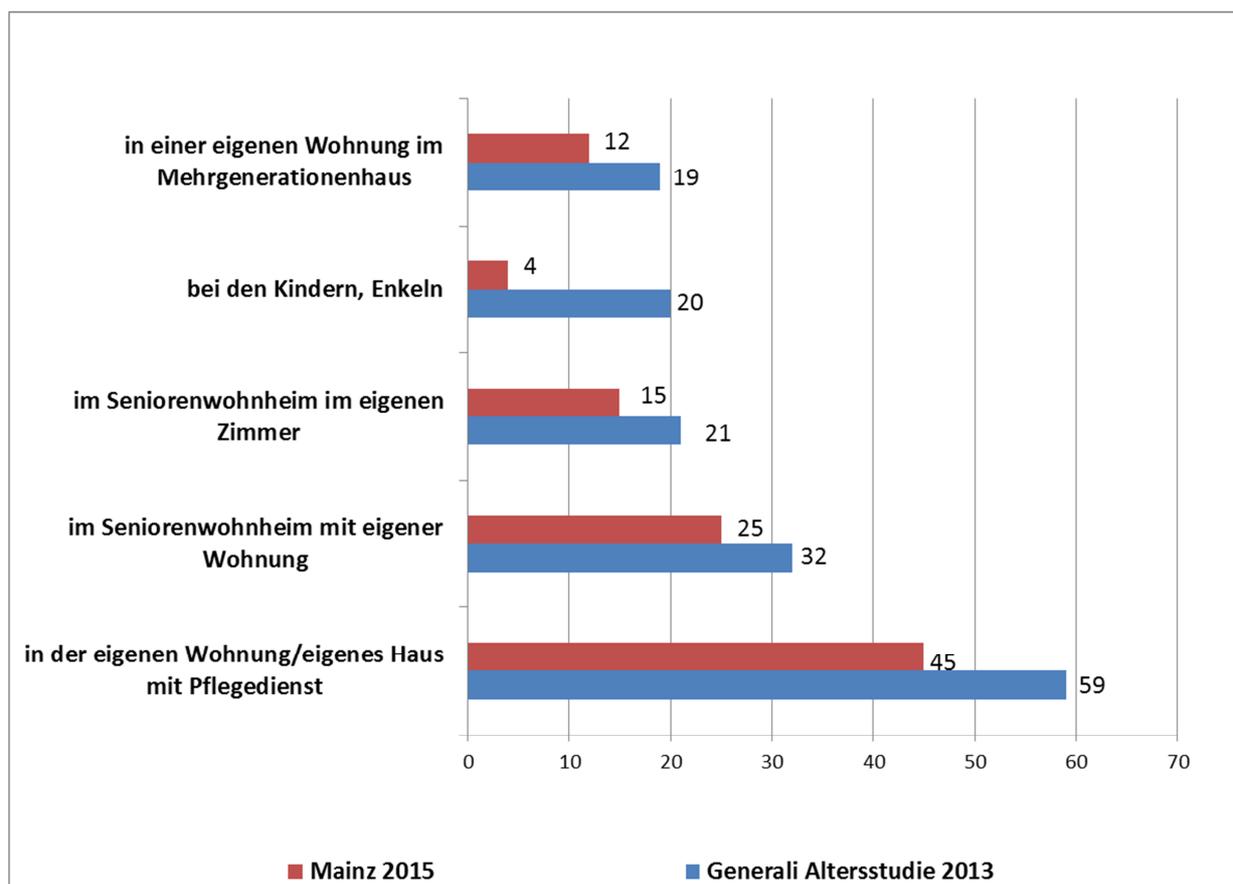
Zugleich stellt sich an dieser Stelle die Frage, welche Bedeutung die bisherige Wohnung bzw. das bisherige Haus für die befragten Mainzerinnen und Mainzer hat. Schon an anderer Stelle wurde auf die große Bedeutung der bisherigen Wohnform hingewiesen: So äußerten nur 6 Prozent der Befragten im Frankfurter Forschungsprojekt "Hier will ich wohnen bleiben" konkrete Umzugspläne (vgl. Oswald et al. 2013). Eine große Verbundenheit mit der Wohnung bzw. dem Haus zeigt sich auch in der Analyse der zukünftigen Wohnwünsche in der Generali Altersstudie (Generali Zukunftsfonds 2013): Auch in dieser Studie spricht sich der überwiegende Teil der Befragten für den Verbleib in der bisherigen Wohnung bzw. dem bisherigen Haus aus ("Wenn Sie einmal nicht mehr alleine leben können, wohin möchten Sie dann ziehen, wie möchten Sie dann am liebsten leben?").

Die Befragten möchten auch bei einer eventuellen Pflegebedürftigkeit in ihrem Haus bzw. ihrer Wohnung wohnen bleiben.

In der Stadt Mainz fällt dieser Anteil im Vergleich allerdings geringer aus (vgl. Abbildung 16): 45 Prozent der Befragten möchten auch bei eventuellen Problemen im eigenen Haus bzw. der eige-

nen Wohnung bleiben und ggf. einen Pflegedienst hinzuziehen. Weitere 40 Prozent der Befragten können sich aber bereits einen Umzug in ein Zimmer bzw. eine Wohnung in einem Seniorenwohnheim vorstellen. Nur 4 Prozent der Befragten können sich vorstellen, später einmal bei Kindern oder Enkeln einzuziehen - dies ist zugleich der größte Unterschied im Vergleich mit der Generali Altersstudie. Insgesamt fallen im Vergleich mit dieser Studie die geringeren Zustimmungen zu den vorgeschlagenen Wohnformen auf, allerdings haben die Mainzer Befragten auch deutlich seltener von der Möglichkeit der Mehrfachnennung Gebrauch gemacht. Damit besteht hinsichtlich der Tendenz eine große Übereinstimmung zwischen der Stadt Mainz und der Vergleichsstudie, deutlich wird ebenfalls die große Bedeutung der bisherigen Wohnung bzw. des bisherigen Hauses.

Abbildung 16: Wohnwünsche (Mehrfachnennungen möglich)

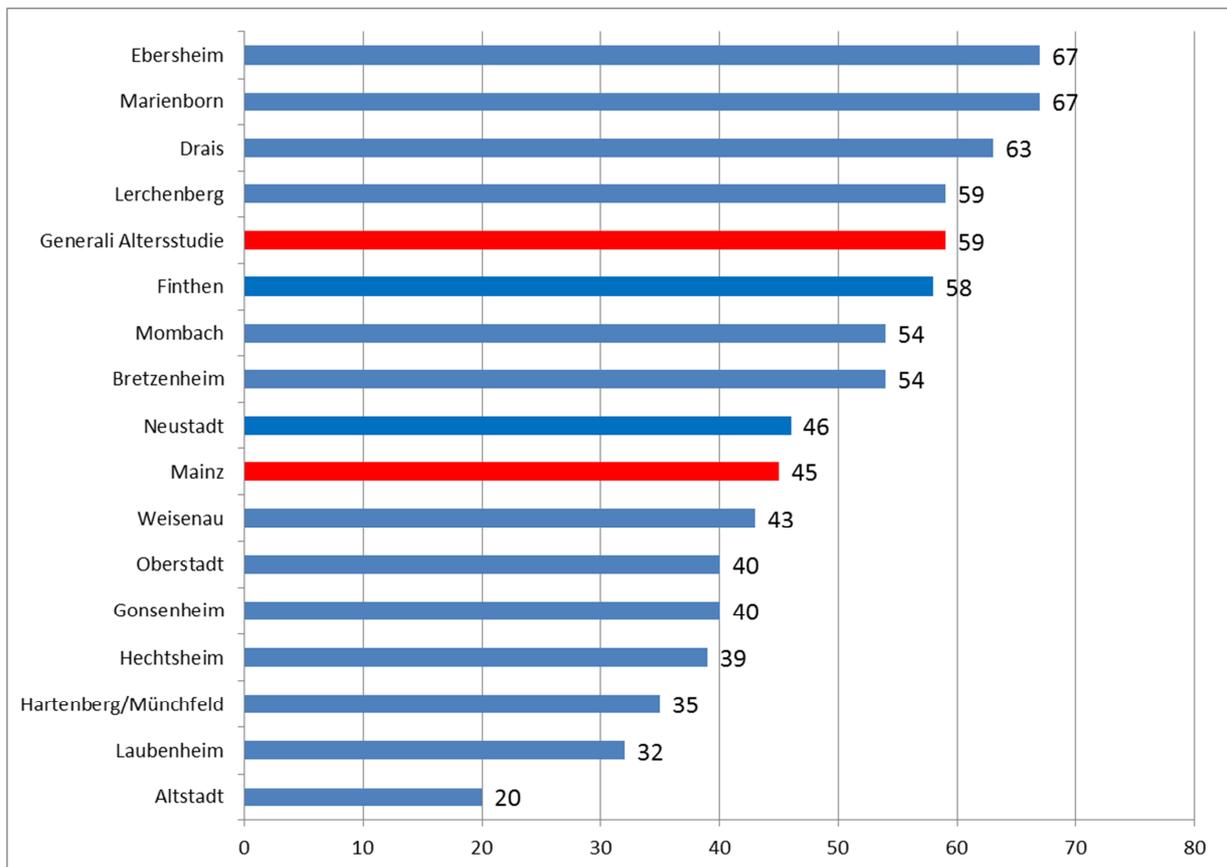


Quelle: Seniorenbefragung in der Stadt Mainz 2015, eigene Auswertung (in Prozent)

Die Wohnwünsche unterscheiden sich allerdings sehr deutlich nach Stadtteilen (vgl. Abbildung 17). Werden nur diejenigen Befragten analysiert, die als Wohnwunsch den Verbleib in der eigenen Wohnung bzw. im eigenen Haus geäußert haben, fallen insbesondere die hohen Zustimmungen in den westlichen Stadtteilen Ebersheim, Marienborn, Drais, Lerchenberg und Finthen auf. Dies überrascht allerdings nicht, wie weitergehende Analysen zeigen: In diesen Stadtteilen überwiegen unter den Befragten ganz deutlich die Haus- bzw. Wohnungseigentümer mit z.T. sehr langen Wohndauern in der bisherigen Wohnung bzw. im bisherigen Haus - so wohnen die Befragten in den Stadtteilen Marienborn und Lerchenberg durchschnittlich seit 40 bzw. 38 Jahren im selben

Haus bzw. der selben Wohnung. Zum Vergleich: In den innenstadtnahen Stadtteilen Neustadt, Oberstadt oder Hartenberg/Münchfeld überwiegen Befragte, die seit durchschnittlich 24 bis 28 Jahren in einer Mietwohnung leben. Besonders erwähnenswert sind an dieser Stelle die Angaben der Befragten aus dem Stadtteil Altstadt: Auch in diesem Stadtteil überwiegt der Anteil von Befragten, die in gemieteten Wohnungen leben (46 Prozent), zugleich wohnt ein Viertel der Befragten in diesem Stadtteil bereits in einem Pflegeheim. Entsprechend beträgt die durchschnittliche Wohndauer unterdurchschnittliche 17 Jahre. Darüber hinaus überwiegt der Wunsch nach Wohnformen im Seniorenwohnheim, während sich nur jeder fünfte Befragte ein Leben in der bisherigen Wohnung vorstellen kann, wenn er oder sie einmal nicht mehr alleine leben kann.

Abbildung 17: Wohnwünsche, Angabe „in der eigenen Wohnung/im eigenen Haus mit Pflegedienst“



Quelle: Seniorenbefragung in der Stadt Mainz 2015, eigene Auswertung (in Prozent)

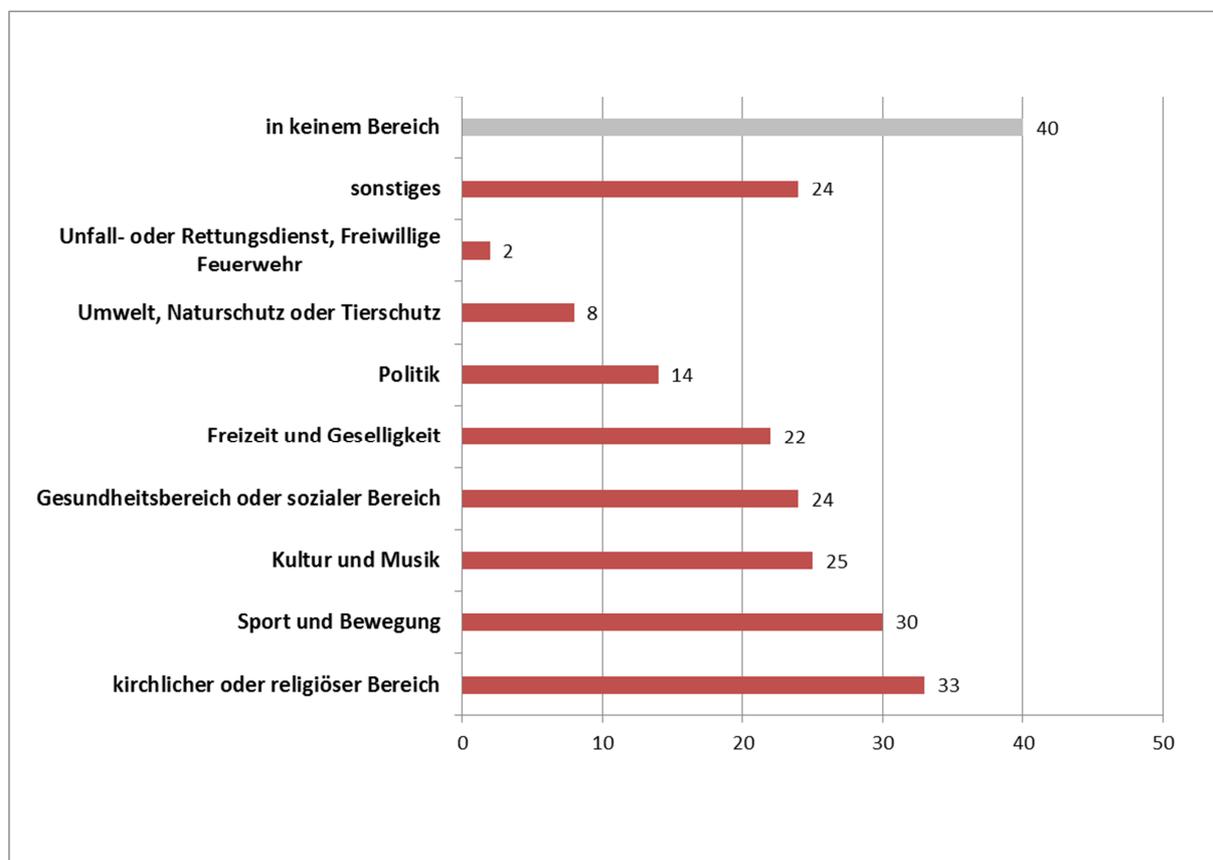
Zuletzt sollen im Rahmen des vorgestellten Modells ausgewählte Aspekte der sozialen Umwelt erörtert werden. Im Fokus steht dabei insbesondere die Frage nach dem sozialen Zusammenhalt. Dieser stellt nämlich eine wichtige Voraussetzung für die Schaffung und Aufrechterhaltung von Begegnungsmöglichkeiten dar. Eine besondere Bedeutung kommt dabei dem bürgerschaftlichen bzw. ehrenamtlichen Engagement zu. Schon der fünfte Altenbericht empfiehlt den Ausbau und die Verstärkung engagementfördernder Infrastrukturen und die Berücksichtigung bürgerschaftlichen Engagements bei Reformen der Versorgungssysteme für ältere Menschen (vgl. BMFSFJ 2006). Zu einer ähnlichen Einschätzung im Hinblick auf die Förderung bürgerschaftlichen Engagements

gements kommt aktuell auch die Generali-Altersstudie: "Die Erhaltung von Wettbewerbsfähigkeit und Innovationsfähigkeit wie auch die Erhaltung der intergenerationellen Solidarität und Generationengerechtigkeit kann in einer alternden Gesellschaft auf Dauer nur gelingen, wenn die Ressourcen älterer Menschen anerkannt, nachgefragt und genutzt werden" (Generali Zukunftsfond 2012: 372).

Die Seniorenbefragung in der Stadt Mainz deutet auf ein umfangreiches ehrenamtliches Engagement hin.

Die Seniorenbefragung in der Stadt Mainz deutet auf ein umfangreiches bürgerschaftliches bzw. ehrenamtliches Engagement der befragten Personen an: Rund 60 Prozent der Befragten engagieren sich in wenigstens einem der gefragten Bereiche freiwillig. Der Schwerpunkt liegt dabei in den Bereichen Kirche und Religion, Sport und Bewegung, Kultur und Musik, und im sozialen Bereich bzw. Gesundheitsbereich. Etwa ein Drittel der Befragten engagiert sich sogar in mindestens zwei der erwähnten Bereiche. Der zeitliche Aufwand pro Woche beträgt dabei im Regelfall zwischen zwei bis unter fünf Stunden. Dies ist die Selbsteinschätzung von rund 36 Prozent derjenigen Personen, die sich freiwillig betätigen. Bei einem weiteren Drittel der Befragten liegt der zeitliche Aufwand sogar bei fünf Stunden und mehr.

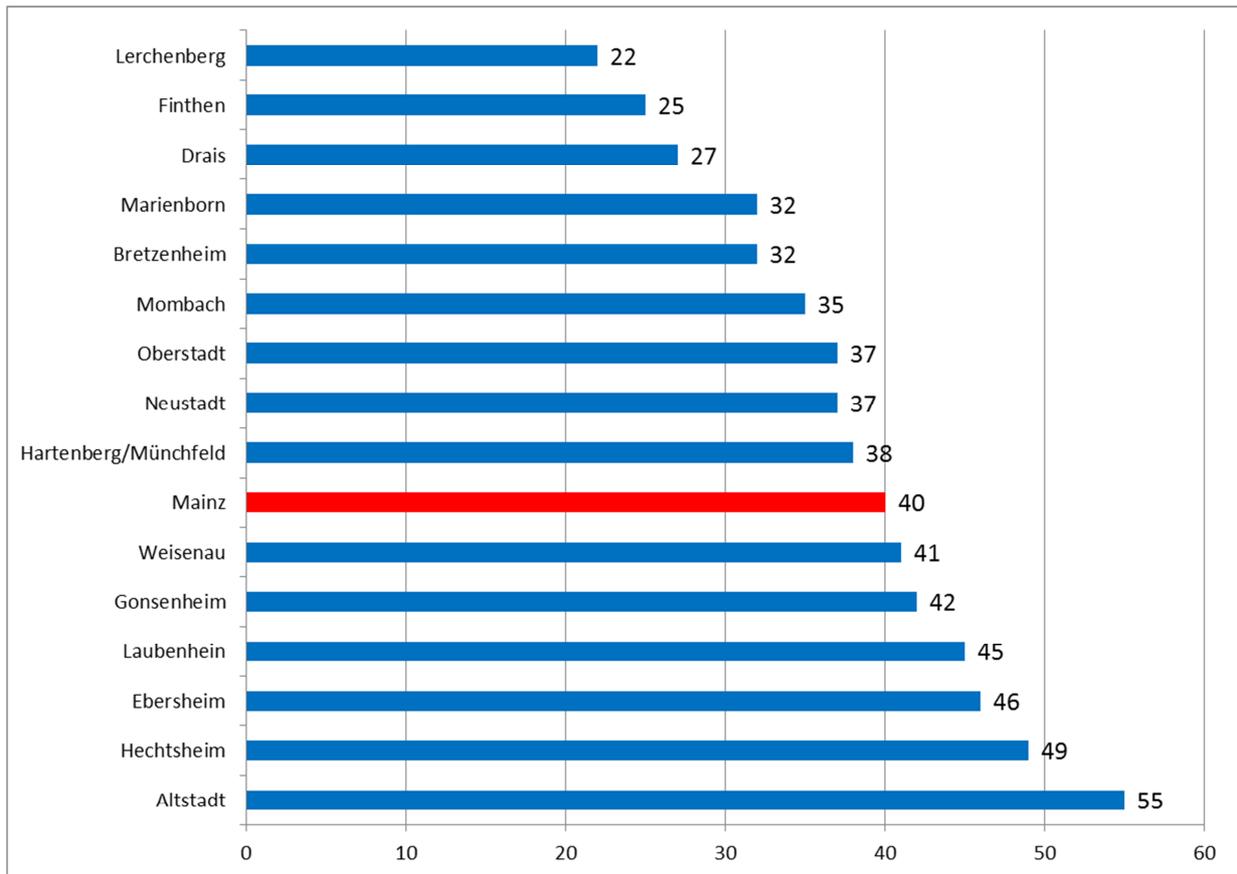
Abbildung 18: Freiwilliges Engagement



Quelle: Seniorenbefragung in der Stadt Mainz 2015, eigene Auswertung (in Prozent)

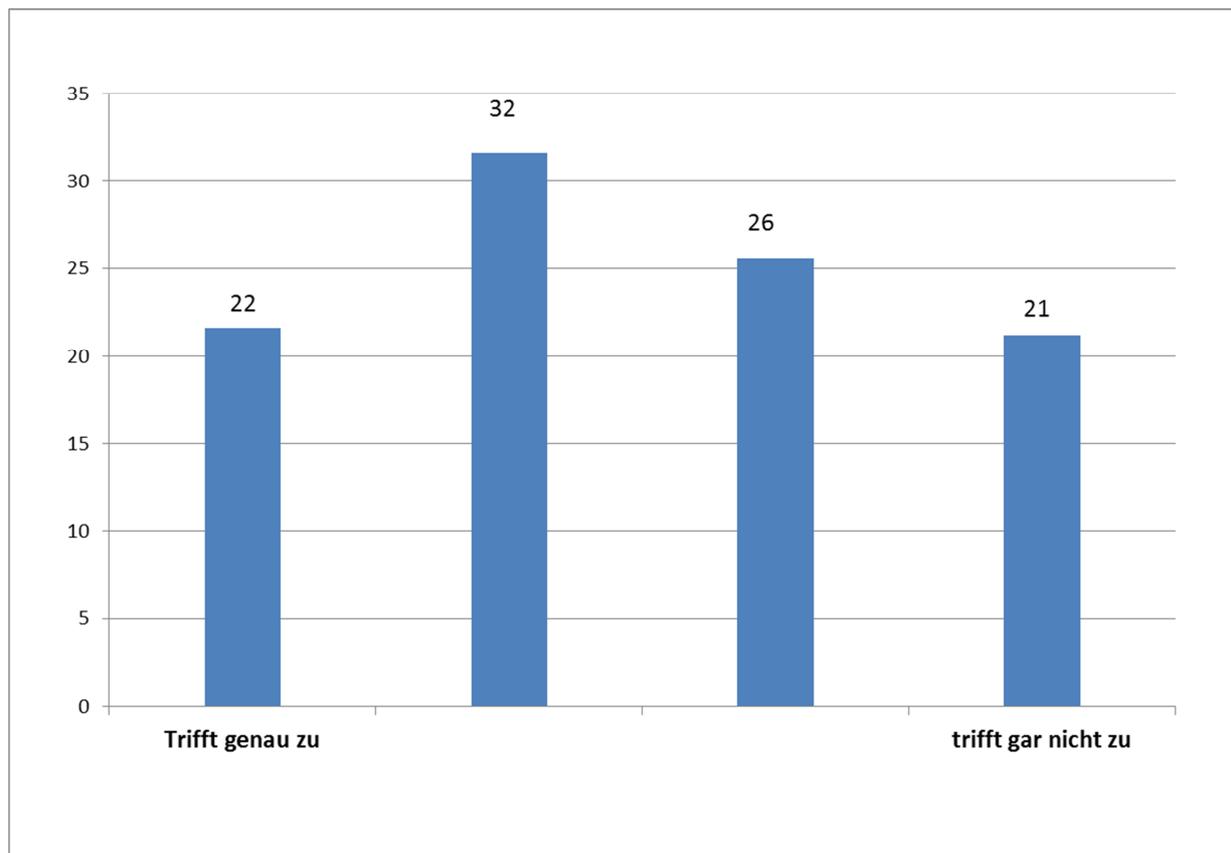
Aber auch das ehrenamtliche Engagement unterscheidet sich deutlich nach Stadtteilen (vgl. Abbildung 19): Ein im Vergleich mit der gesamten Stadt Mainz überdurchschnittliches Engagement findet sich in den Stadtteilen Lerchenberg, Finthen oder Drais, während sich im Stadtteil Altstadt mit 45 Prozent der dort Befragten deutlich weniger Personen ehrenamtlich engagieren.

Abbildung 19: kein freiwilliges Engagement nach Stadtteilen



Quelle: Seniorenbefragung in der Stadt Mainz 2015, eigene Auswertung (in Prozent)

Als ein weiterer Indikator für den sozialen Austausch kann der Austausch mit den Nachbarn gesehen werden. Die Befragten wurden gebeten, verschiedene Aussagen zur Nachbarschaft auf einer 4-stufigen Skala von "trifft genau zu" bis "trifft gar nicht zu" zu bewerten, darunter die folgende Aussage: "Ich rede mit den Nachbarn über das, was in der Nachbarschaft geschieht" (vgl. Abbildung 20): Dabei zeigen sich für die gesamte Stadt ausgeprägte nachbarschaftliche Kontakte: Mehr als die Hälfte der Befragten tauscht sich intensiv mit den jeweiligen Nachbarn aus. Auf der anderen Seite scheint etwa jeder fünfte Befragte in Bezug auf Kontakte zur Nachbarschaft sozial isoliert.

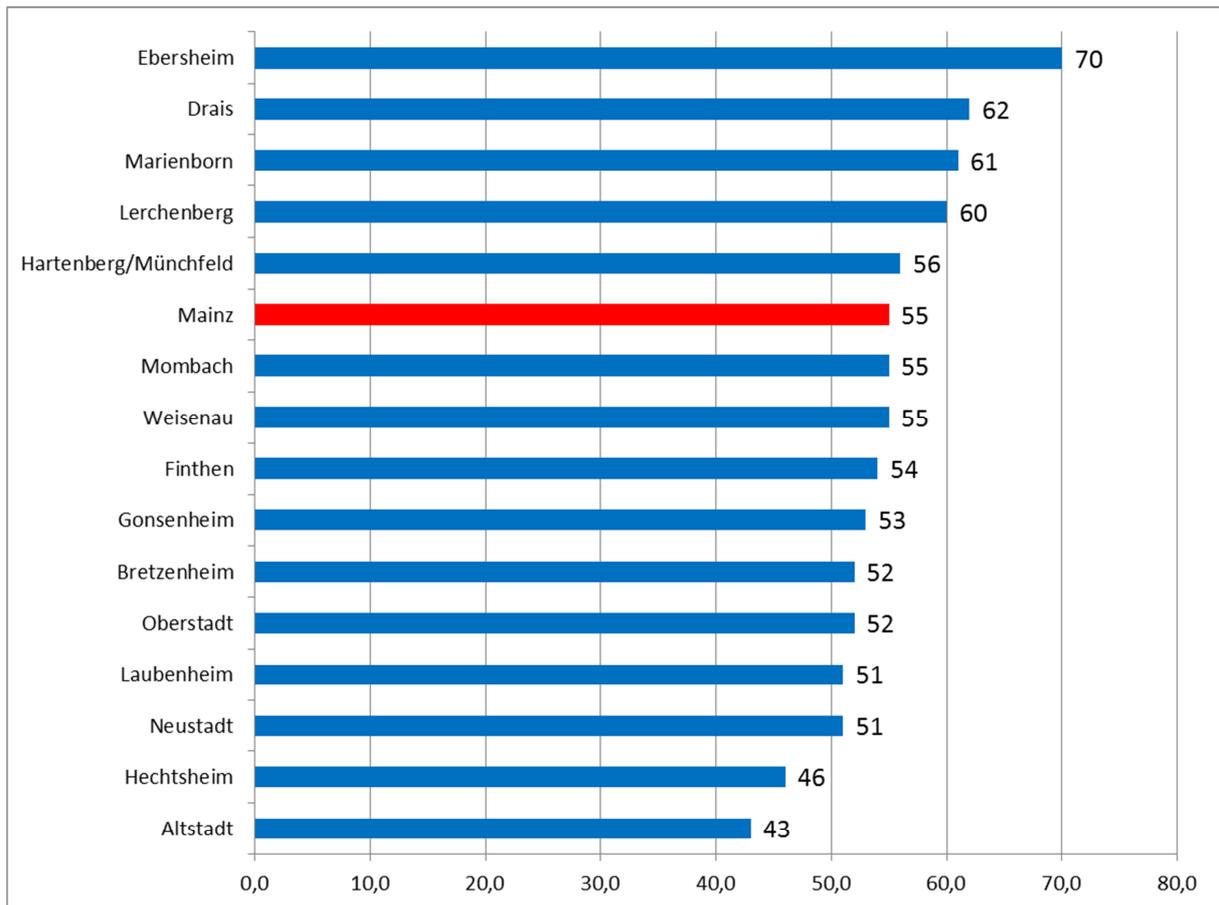
Abbildung 20: Austausch mit der Nachbarschaft

Quelle: Seniorenbefragung in der Stadt Mainz 2015, eigene Auswertung (in Prozent)

Tendenziell scheint der Austausch mit den Nachbarn in den westlichen Stadtteilen Ebersheim, Drais, Marienborn oder Lerchenberg etwas intensiver auszufallen, während neben Hechtsheim in innerstädtischen Stadtteilen (etwa Altstadt, Neustadt oder Oberstadt) solche Kontakte seltener stattfinden (vgl. Abbildung 21).

Die befragten Senioren und Seniorinnen berichten über ausgeprägte nachbarschaftliche Kontakte. Jeder fünfte Befragte hat allerdings keinen Kontakt zu seinen Nachbarn.

Abbildung 21: Austausch mit der Nachbarschaft nach Stadtteilen¹⁰

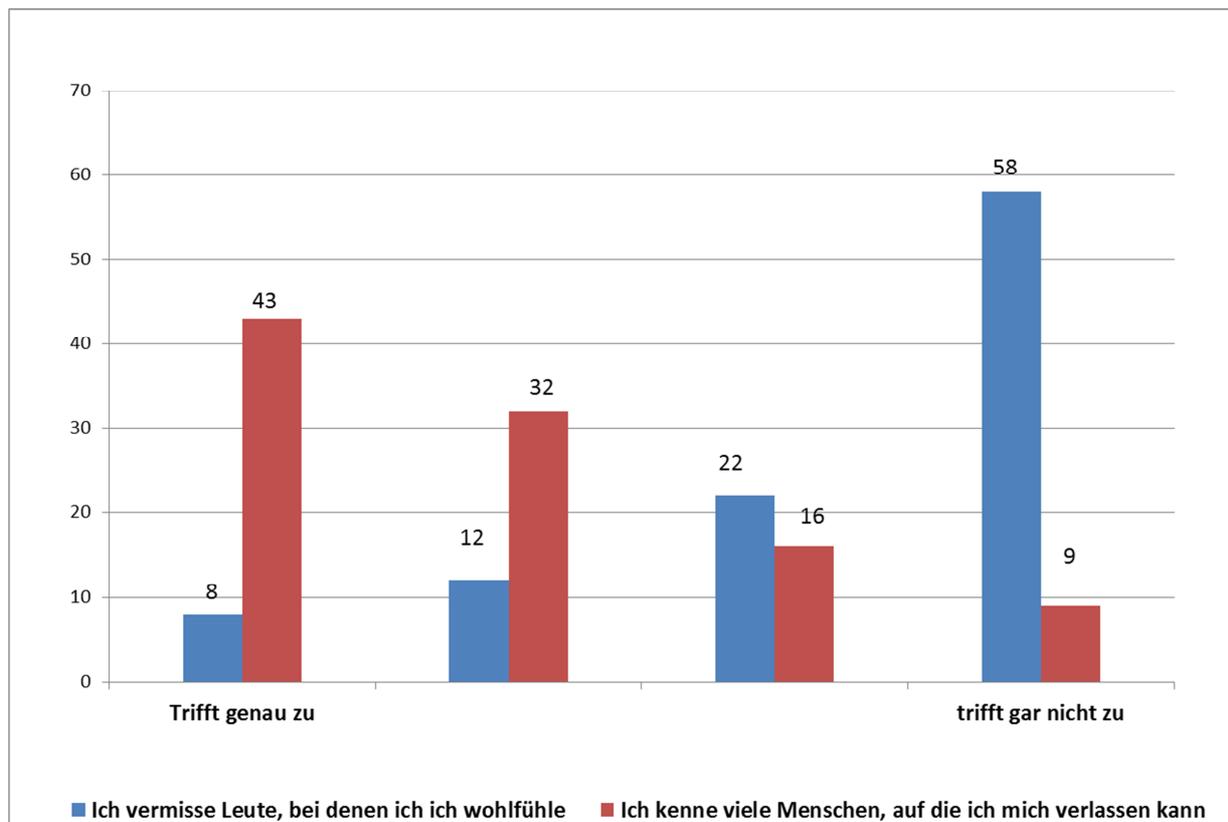


Quelle: Seniorenbefragung in der Stadt Mainz 2015, eigene Auswertung (in Prozent)

Eine sinnvolle und abschließende Beurteilung der sozialen Umwelt bzw. der sozialen Einbindung kann über die Frage nach der subjektiv eingeschätzten Einsamkeit erfolgen. Zwei ausgewählte Fragen sollen zum einen die emotionale Einsamkeit analysieren und zum anderen die soziale Einsamkeit. Erste beschäftigt sich mit der Einschätzung von Einsamkeitsgefühlen, die zweite thematisiert eher die Größe der sozialen Netzwerke. Dabei müssen beide Einschätzungen nicht zwangsläufig vollständig übereinstimmen.

Die folgende Abbildung 22 zeigt entsprechend, dass die soziale Einsamkeit ("Ich kenne viele Menschen, auf die ich mich verlassen kann") höher ausfällt als die emotionale Einsamkeit ("Ich vermisse Leute, bei denen ich mich wohlfühle"): Rund 25 Prozent der Befragten fühlen sich in sozialer Hinsicht einsam, gehen also davon aus, dass ihr Netzwerk in Bezug auf wichtige Personen zu klein ist. Mit 20 Prozent der Befragten sind dies im Vergleich weniger, die in emotionaler Hinsicht Einsamkeit äußern, also Leute vermissen, mit denen sie sich wohlfühlen. Dies zeigt, dass nicht allein die Größe des sozialen Netzwerks von Bedeutung für die emotionale Beurteilung des Netzwerks ist.

¹⁰ Die Befragten wurden gebeten, die Aussage „Ich rede mit den Nachbarn über das, was in der Nachbarschaft geschieht“ auf einer 4-stufigen Skala von „trifft genau zu“ bis „trifft gar nicht zu“ zu bewerten. In dieser Abbildung werden die prozentualen Anteile der obersten beiden Antwortvorgaben als Gesamtwert dargestellt.

Abbildung 22: Emotionale und soziale Einsamkeit¹¹

Quelle: Seniorenbefragung in der Stadt Mainz 2015, eigene Auswertung (in Prozent)

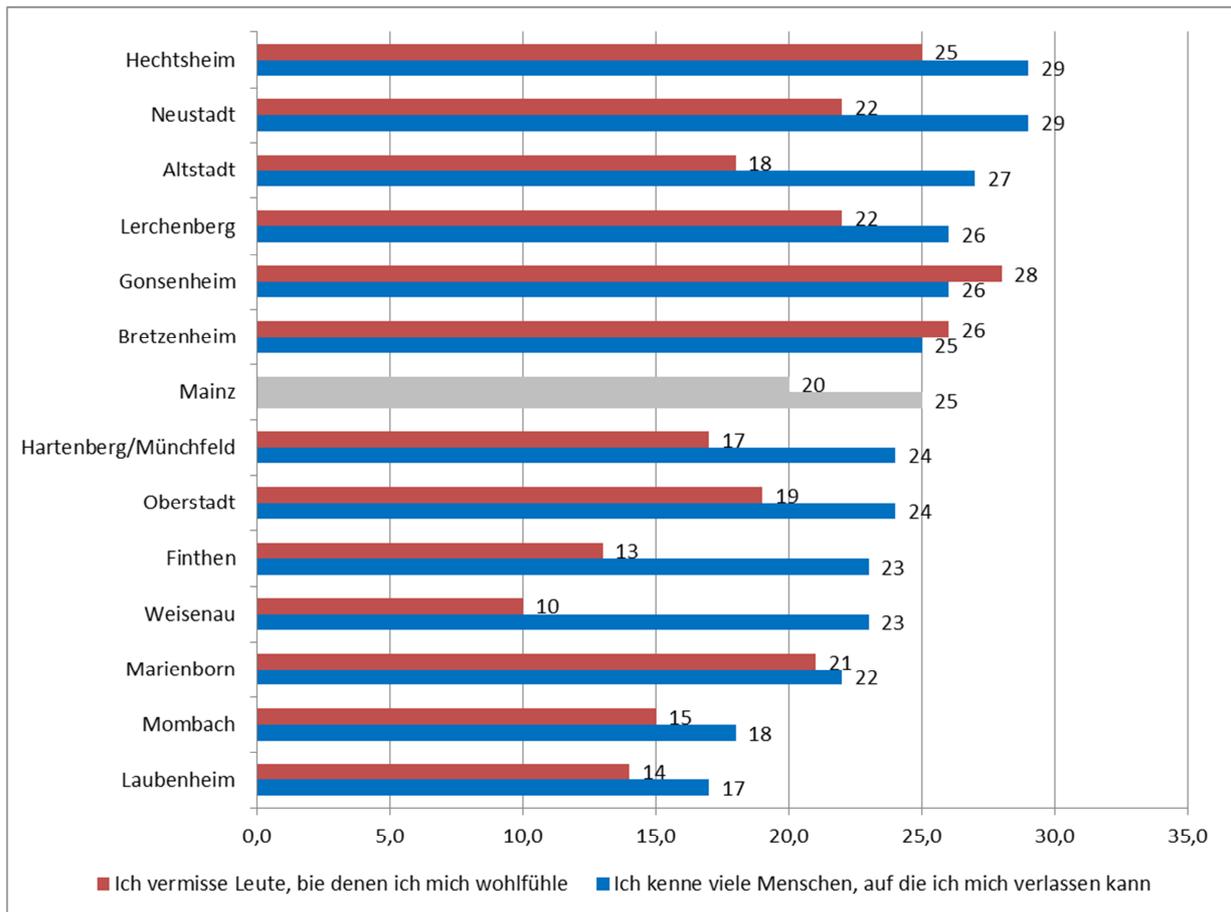
Auch hier zeigen sich deutliche Unterschiede nach Stadtteilen, die allerdings auf der Grundlage der verfügbaren Daten nicht hinreichend erklärt werden können. Zum einen bestehen in einigen Stadtteilen deutliche Unterschiede zwischen der emotionalen und sozialen Einsamkeit, insbesondere in den Stadtteilen Altstadt, Hartenberg/Münchfeld, Finthen oder Weisenau: In diesen Stadtteilen fällt die emotionale Einsamkeit jeweils deutlich geringer aus als die soziale Einsamkeit. Auf der anderen Seite fällt in den beiden Stadtteilen Bretzenheim und Gonsenheim die emotionale Einsamkeit geringfügig höher aus als die soziale Einsamkeit. Schließlich finden sich unter denjenigen Stadtteilen, in denen tendenziell mehr Einsamkeit geäußert wurde, sowohl innenstadtnahe und als auch innenstadtferne Stadtteile, solche mit einer eher langen als auch kurzen Wohndauer - Zusammenhänge lassen sich hier nicht erkennen.

Zwischen 20 und 25 Prozent der Befragten sind nach subjektiver Einschätzung einsam.

Insgesamt also ergibt sich hinsichtlich der Unterschiede zwischen den Stadtteilen in Bezug auf Einsamkeit kein eindeutiges Bild.

¹¹ Die Befragten wurden gebeten, die Aussagen „Ich vermisse Leute, bei denen ich mich wohlfühle“ (emotionale Einsamkeit) und „Ich kenne viele Menschen, auf die ich mich verlassen kann“ (soziale Einsamkeit) auf einer 4-stufigen Skala von „trifft genau zu“ bis „trifft gar nicht zu“ zu bewerten.

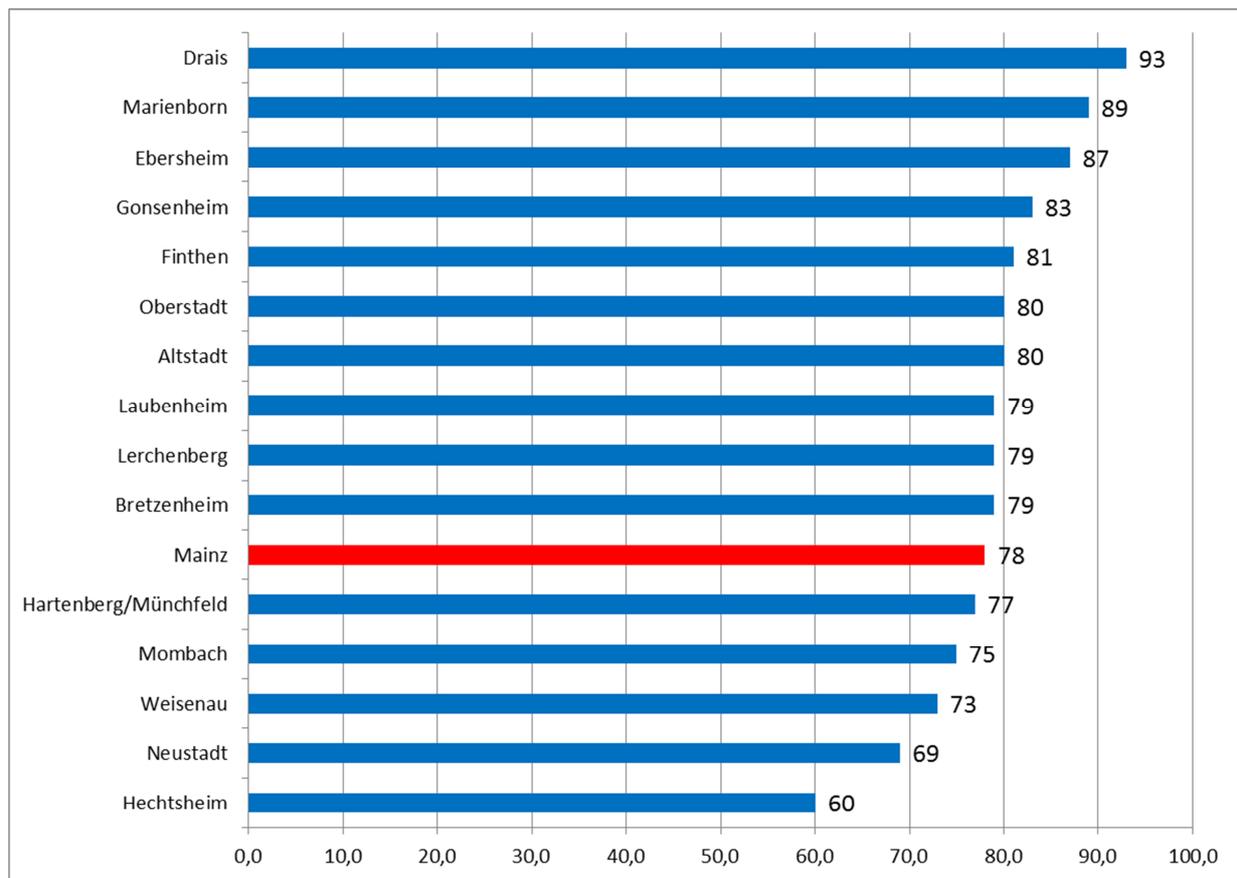
Abbildung 23: Emotionale und soziale Einsamkeit nach Stadtteilen¹²



Quelle: Seniorenbefragung in der Stadt Mainz 2015, eigene Auswertung (in Prozent)

Insgesamt aber zeigt sich neben der starken Verbundenheit mit der Wohnung bzw. dem Haus, auf die zuvor schon hingewiesen wurde, eine ebenfalls sehr starke Verbundenheit mit dem eigenen Stadtteil. In einer weiteren Frage sollten die Befragten verschiedene Aussagen zu ihrem Stadtteil auf einer 4-stufigen Skala von "trifft genau zu" bis "trifft gar nicht zu" einschätzen, darunter die folgende Aussage: "Ich möchte für immer in meinem Stadtteil bleiben". In der folgenden Abbildung werden die prozentualen Anteile der obersten beiden Antwortvorgaben als Gesamtwert dargestellt. Dabei zeigt sich für die gesamte Stadt Mainz, dass rund 8 von 10 Befragten sich die eigene Zukunft im bisherigen Stadtteil vorstellen bzw. wünschen. Darüber hinaus zeigen sich im Vergleich aller Stadtteile deutliche geringere Unterschiede als in vorhergehenden Analysen. Insbesondere in den schon mehrfach erwähnten Stadtteilen Drais, Marienborn oder Ebersheim scheinen sich die Bewohner besonders wohl zu fühlen.

¹² Dargestellt werden jeweils zwei Antwortvorgaben, die Einsamkeit anzeigen. Zum einen die Antwortvorgabe „trifft gar nicht zu“ und folgende in Bezug auf die Aussage „Ich kenne viele Menschen, auf die ich mich verlassen kann“ bzw. die Antwortvorgabe „trifft genau zu“ und folgende in Bezug auf die Aussage „Ich vermisse Leute, bei denen ich mich wohlfühle“.

Abbildung 24: Wunsch nach Verbleib im Stadtteil

Quelle: Seniorenbefragung in der Stadt Mainz 2015, eigene Auswertung (in Prozent)

Die Befragten möchten für immer in ihrem Stadtteil bleiben.

4.3 Workshops im Frühjahr 2015

Als dritter Bestandteil der Beteiligung von Mainzer Senioren und Seniorinnen wurden im April 2015 Workshops in zwei ausgewählten Mainzer Stadtteilen durchgeführt. Die Workshops wurden am 15. April 2015 im Stadtteil "Lerchenberg" und am 16. April 2015 im Stadtteil "Bretzenheim" durchgeführt. Beide Workshops richteten sich ausdrücklich an Bürger und Bürgerinnen der beiden Stadtteile, die Einladung erfolgte zum einen mit Hilfe der Teilnehmer bzw. Multiplikatoren des Expertenworkshops vom 30. September 2014: Diese wurden gebeten, Einladungen in ihrem jeweiligen Umfeld an interessierte Personen weiterzuleiten. Zum anderen wurde über die lokale Presse auf die Veranstaltung aufmerksam gemacht.

Der Auswahl dieser Stadtteile lagen die folgenden Überlegungen zugrunde: Im Stadtteil Lerchenberg wurden bereits seit 2011 die Bürgerinnen und Bürger im Rahmen verschiedener Veranstaltungen an der Gestaltung ihres Stadtteils beteiligt, so u.a. im Rahmen der Seniorenveranstaltung "Älter werden auf dem Lerchenberg" am 17. November 2011 oder im Rahmen der Zukunftswerkstatt "Was brauchen wir für ein gutes Leben im Alter auf dem Lerchenberg?" am 22. Juni 2012. In

der Folge entstanden u.a. verschiedene Arbeitskreise in den Bereichen "Freizeit, Bildung, Beratung, Kultur", "Nachbarschaftshilfe", "Wohnen" und "Jung & Alt". Im Stadtteil Bretzenheim gab es hingegen bislang keine solche Bürgerbeteiligung - es standen sich damit in Bezug auf die bisherige Entwicklung zwei unterschiedliche Stadtteile gegenüber. Auch diese beiden Workshops mit 22 Teilnehmenden auf dem Lerchenberg bzw. 33 Teilnehmenden in Bretzenheim standen unter der folgenden **Leitfrage**:

Wie kann sichergestellt werden, dass ältere Menschen mit ihren unterschiedlichen Bedürfnissen auch bei Hilfe- und Pflegebedarf – solange wie möglich – und unter Erhalt größtmöglicher persönlicher Zufriedenheit und Lebensqualität selbstbestimmt Zuhause im Quartier leben können?

Beide Workshops dienten der konkreten Erfassung von Angeboten in den jeweiligen Stadtteilen auf der einen Seite und von vorhandenen Wünschen und Bedürfnissen auf der anderen Seite. In Erweiterung des Expertenworkshops am 30. September 2014 zeigten sich neben Angeboten aus den Bereichen "Gesundheit, Pflege und Unterstützung" in beiden Stadtteilen eine Vielzahl von existierenden Angeboten in den Bereichen "Soziales, Freizeit Sport und Geselligkeit". Darüber hinaus wurde auf eine Vielzahl von Freizeitaktivitäten hingewiesen, die von den vor Ort befindlichen Kirchengemeinden angeboten wurden. Aber auch im Rahmen dieser beiden Workshops zeigten sich im Vergleich mit dem Expertenworkshop am 30. September ähnliche Kritikpunkte:

- Viele Äußerungen in den Workshops befassten sich mit verschiedenen Aspekten der unzureichenden Barrierefreiheit in den Quartieren, wurden unter Verweis auf den Fokus dieses Projekts allerdings nicht weiter erörtert.
- Teilnehmer und Teilnehmerinnen aus beiden Stadtteilen beklagten sich über eine z.T. unübersichtliche und nicht abgestimmte Anzahl von Veranstaltungen, die teilweise sogar zeitgleich angeboten werden. Als mögliche Lösungen wurde etwa eine gemeinsame Terminplanung aller Akteure vorgeschlagen, z.B. im Rahmen eines "Jahresplaners".
- Auch in den Stadtteilen beklagten sich die Senioren und Seniorinnen über unzulängliche Informationsmöglichkeiten über die Vielzahl von Angeboten und Dienstleistungen. Gefordert wurde u.a. eine abgestimmte Öffentlichkeitsarbeit der Akteure vor Ort, auch unter Nutzung des Internets oder von Stadtteilplänen mit Übersichten über die Angebote für Senioren. In Zusammenhang damit wurde auch die Forderung nach einem Netzwerk aller Akteure erhoben, in dem u.a. verfügbare Informationen zusammengeführt werden sollen.
- Gewünscht wurde darüber hinaus ein stärkerer Austausch zwischen den Generationen, etwa im Rahmen von Veranstaltungen oder Treffpunkten.
- Generell wurde eine stärkere Sensibilisierung für die Bedürfnisse des Alters gefordert, um einer möglichen Altersdiskriminierung oder einem vorhandenen negativen Altersbild entgegenzuwirken.
- Insbesondere im Stadtteil Bretzenheim wurde eine stärkere Beteiligung von Senioren und Seniorinnen gefordert, beispielsweise über die Einrichtung entsprechender Arbeitskreise.
- Schließlich wurde mit den Alleinlebenden und möglicherweise isoliert lebenden Menschen auf die Bedürfnisse einer besonderen Zielgruppe hingewiesen und die Frage gestellt, wie insbesondere diese Gruppe erreicht werden kann.

Zuletzt wurden die Grundzüge des vorliegenden Konzepts am 20. Mai 2015 im Rahmen eines Expertenworkshops diskutiert. Wie bereits im ersten Expertenworkshop erging eine Einladung an die bekannten haupt- und ehrenamtlichen Vertreter und Vertreterinnen der Altenhilfe und insbesondere an die Ortsbeiräte der Mainzer Stadtteile. Im Rahmen dieses Expertenworkshop, an dem

45 Personen teilgenommen haben, wurden nach einem Fachvortrag zunächst die Ergebnisse der Seniorenbefragung im Detail vorgestellt. Den Mittelpunkt dieser Veranstaltung stellte dann die Vorstellung und anschließende Erörterung des nunmehr vorliegenden Konzepts dar: Diskutiert wurden die konkreten Aufgaben und Handlungsschritte im Hinblick auf die Weiterentwicklung der offenen Seniorenarbeit in der Stadt Mainz. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer dieses Expertenworkshops stimmten den Vorschlägen für die weitere Entwicklung der offenen Seniorenarbeit in der Stadt Mainz im Wesentlichen zu und konnten im Detail noch weitere Hinweise für eine gelingende Umsetzung liefern. Diese wurden anschließend in das vorliegende Konzept integriert.

Insgesamt also konnten aus den unterschiedlichen Formen der Beteiligung wertvolle Hinweise für die zu erstellenden Aufgaben- und Handlungsschritte im Folgenden abschließenden Abschnitt gezogen werden.

5. Aufgaben und Handlungsschritte

Im folgenden Hauptteil des vorliegenden Konzepts werden auf Basis der in Abschnitt 3 herausgearbeiteten langfristigen Ziele und vor dem Hintergrund der empirischen Ausgangssituation in der Stadt Mainz (vgl. Abschnitt 4), nunmehr konkrete Aufgaben- und Handlungsschritte zusammengestellt. Im Detail bedeutet dies:

- die Erstellung eines Vorschlags für ein gesamtstädtisches Beteiligungs- und Mitwirkungskonzept mit konkreten Organisations- und Steuerungsstrukturen zur Umsetzung insbesondere der langfristigen Ziele
- die Erstellung von konkreten Handlungsempfehlungen für eine sozialräumliche, inklusive, generationenübergreifende, trägerneutrale und beteiligungsorientierte Seniorenarbeit in der Stadt Mainz.

5.1 Notwendige Strukturen im Quartier

Insgesamt weisen die befragten Mainzer Senioren und Seniorinnen eine sehr hohe Lebenszufriedenheit auf: Beinahe 80 Prozent der Befragten zeigen sich mit ihrem Leben entweder völlig oder weitestgehend zufrieden, obwohl weitergehende Analysen durchaus Belastungen oder Einschränkungen etwa im Bereich der Gesundheit oder des Wohnens belegen. Dies kann als Hinweis auf das bereits erwähnte Wohlbefindensparadoxon verstanden werden, also den Sachverhalt, "dass sich widrige Lebensumstände – solange existentielle Mindestanforderungen nicht unterschritten werden – kaum bis gar nicht in den Bewertungen des subjektiven Wohlbefindens der Betroffenen widerspiegeln" (Staudinger 2000).

Im Detail zeigt die Befragung folgendes:

- Trotz bestehender körperlicher Einschränkungen sind die Befragten mit ihrer Gesundheit überwiegend sehr zufrieden. Allerdings berichten rund 60 Prozent der Befragten, dass ihre Gesundheit in den letzten drei Jahren vor der Befragung entweder deutlich oder etwas schlechter geworden ist.
- Die Befragten berichten eine hohe außerhäusliche Mobilität, Die Nutzung des eigenen Autos spielt dabei eine große Rolle. Alternativ werden auch sehr häufig Bus oder Bahn genutzt. In den innenstadtnahen Stadtteilen fällt die Nutzung des Autos im Vergleich geringer aus.
- Die Zufriedenheit mit dem Wohnumfeld fällt sehr hoch aus. Dies gilt insbesondere für den Anschluss an den ÖPNV, das Vorhandensein von Ärzten, Apotheken und Einkaufsmöglichkeiten und die Möglichkeiten zum Spazierengehen. Hier zeigen sich allerdings zum Teil deutliche Unterschiede je nach Stadtteil. Zugleich deuten die Einschätzungen zum Wohnumfeld generell auf eine hohe Verbundenheit bzw. Zufriedenheit mit der Wohngegend hin.
- Die Angebote und Dienstleistungen für Senioren und Seniorinnen sind den Befragten – unabhängig von deren Nutzung – allerdings nur teilweise vertraut und bekannt.
- Die Häuser bzw. Wohnungen der Befragten sind nach eigener Einschätzung nur bedingt für das Leben im Alter geeignet, noch berichten die Befragten aber nur über wenig Probleme in Bezug auf die Wohnsituation.
- Die Befragten möchten auch bei einer eventuellen Pflegebedürftigkeit in ihrem Haus bzw. ihrer Wohnung bleiben: Rund 45 Prozent wünschen sich diese Wohnform, wenn sie einmal nicht mehr alleine leben können. Weitere 40 Prozent können sich auch eine Wohnung oder ein Zimmer in einem Seniorenwohnheim vorstellen.

- Die Befragten berichten ausgeprägte nachbarschaftliche Kontakte. Auf der anderen Seite tauscht sich rund jeder fünfte Befragte gar nicht mit seinen Nachbarn aus.
- Das freiwillige Engagement fällt sehr hoch aus: Rund 60 Prozent der Befragten engagieren sich ehrenamtlich bzw. freiwillig, vor allem in den Bereichen Kirche, Sport, Kultur oder Soziales.
- Zwischen 20 und 25 Prozent der Befragten sind nach subjektiver Einschätzung einsam.

Insgesamt – und trotz möglicher Probleme – sehen die meisten Befragten ihre Zukunft im bisherigen Stadtteil. Rund 80 Prozent der Befragten stimmen der Aussage „Für immer im Stadtteil bleiben“ zu.

Damit deuten die Ergebnisse insbesondere an, dass auch im hohen Alter und bei einer eventuellen Pflegebedürftigkeit oder anderweitigem Unterstützungsbedarf von einem Verbleib im Stadtteil oder auch Quartier ausgegangen werden kann. Der "eigene" Stadtteil bzw. das "eigene" Quartier spielt neben dem Verbleib in der bisherigen Wohnung bzw. dem bisherigen Haus eine wesentliche Rolle für die Aufrechterhaltung der Lebensqualität von älteren Mainzern und Mainzerinnen. Aus der Perspektive der Stadt Mainz bedeutet dies, dass Strukturen und Angebote insbesondere dort anknüpfen bzw. geschaffen werden sollten, wo die Befragten wohnen: Im Stadtteil bzw. im Quartier.

Notwendig ist die Schaffung von Strukturen vor Ort im Stadtteil bzw. im Quartier.

Insbesondere die Erreichung der herausgearbeiteten langfristigen Ziele der Beförderung von Generationensolidarität und der Etablierung von sorgenden Gemeinschaften, neuer Subsidiarität und Ehrenamt (vgl. Abschnitt 3.2) setzt aber die Implementierung von Strukturen auf der Quartiersebene als Querschnittsaufgabe voraus.

Diese Forderung ergibt sich z.B. aus der Kritik an der möglichen Zergliederung der Sozialplanung für ältere Menschen, die nicht die gesamte Lebenssituation älterer Menschen berücksichtigt, sondern sich sehr stark auf die Altenhilfe als solche konzentriert. "Durch diesen eingeschränkten Blickwinkel der sozialen Fachplanungen werden die örtlichen Lebensräume und die Lebenswelten älterer Menschen institutionell zergliedert [...]. Das Spektrum der Dienstleistungen vor Ort wird in eine Reihe unverbundener planerischer Zuständigkeiten zergliedert. Die Barrieren des Ressortdenkens und die fehlende Transparenz der [...] zergliederten Abläufe führen zu operativen Inseln, auf denen die Fachplanungen der verschiedenen Ressorts relativ unabhängig voneinander Konzepte entwickeln, ohne deren Schnittstellen zu beachten" (Schubert et al. 2015: 137).

Gemeinwesenarbeit für ältere Menschen im Quartier muss als Querschnittsaufgabe angelegt werden.

Von großer Bedeutung sind aber nicht nur die Ausrichtung der Arbeit am Quartier und die Anlage der anstehenden Aufgaben als Querschnittsaufgabe, sondern auch eine Orientierung am veränderten Verhältnis zwischen Alt und Jung. Sollen tatsächlich die innerfamilialen und vor allem die außerfamilialen Generationenbeziehungen gestärkt werden, wie dies der wissenschaftliche Beirat für Familienfragen in seinem Gutachten fordert (BMFSFuJ 2012) und sollen tatsächlich im Quartier sorgende Gemeinschaften in einer generationenübergreifenden Perspektive entstehen, erfordert dies die Schaffung von Strukturen, die hier eine verbindende Position zwischen den

Generationen einnehmen (vgl. Klie 2014). "Bei der Weiterentwicklung von Wohngebieten muss das Zusammenleben von Alt und Jung besonders gefördert werden, damit hieraus auch Nachbarschaftshilfen erwachsen können. Ein Generationen-Mix stellt eine wichtige Voraussetzung für soziale Netzwerke im Quartier dar. Deren Entwicklung kann durch ein Quartiersmanagement/Gemeinwesenarbeit gefördert werden" (Netzwerk: Soziales neu gestalten 2009: 19).

Insbesondere die Notwendigkeit zur Stärkung außerfamiliärer Generationenbeziehungen kann zumindest teilweise aus der Analyse der Bevölkerungsstruktur abgeleitet werden. In Abschnitt 4 wurde bereits darauf hingewiesen, dass die Stadt Mainz im Vergleich einen unterdurchschnittlichen Anteil von Kindern und Jugendlichen bzw. einen überdurchschnittlichen Anteil von Personen im Alter von 18 bis unter 50 Jahren aufweist. Aus dieser Struktur kann die Schlussfolgerung gezogen werden, dass innerfamiliäre Zwei- oder Drei-Generationen-Konstellationen für die Mainzer Senioren und Seniorinnen nicht den Regelfall darstellen. Damit möglicherweise fehlende innerfamiliäre Unterstützungsstrukturen können und sollten damit durch außerfamiliäre Generationenbeziehungen zumindest teilweise kompensiert werden.

Die querschnittliche Ausrichtung der Aufgaben sollte auch eine generationenübergreifende Perspektive beinhalten.

Insgesamt ergeben sich im Hinblick auf den Fokus dieses Konzepts - selbstbestimmt Zuhause leben können im Quartier - folgende Anforderungen an kommunale Strukturen (vgl. u.a. Klie & Spiegelberg 1998; Michell-Auli & Kremer-Preiß 2013):

- sektoren- bzw. ressortübergreifende Planung, Abstimmung und Zusammenarbeit
- Verbindungen zu anderen kommunal-, sozial- und gesellschaftlichen Themen
- Implementierung von sozialräumlichem bzw. quartiersbezogenem Denken in relevante Teile der kommunalen Verwaltung
- Berücksichtigung von Entscheidungen in anderen Bereichen der kommunalen Strukturen auf Generationenbeziehungen und umgekehrt
- ressortübergreifende Zusammenführung von Kompetenzen und Ressourcen.

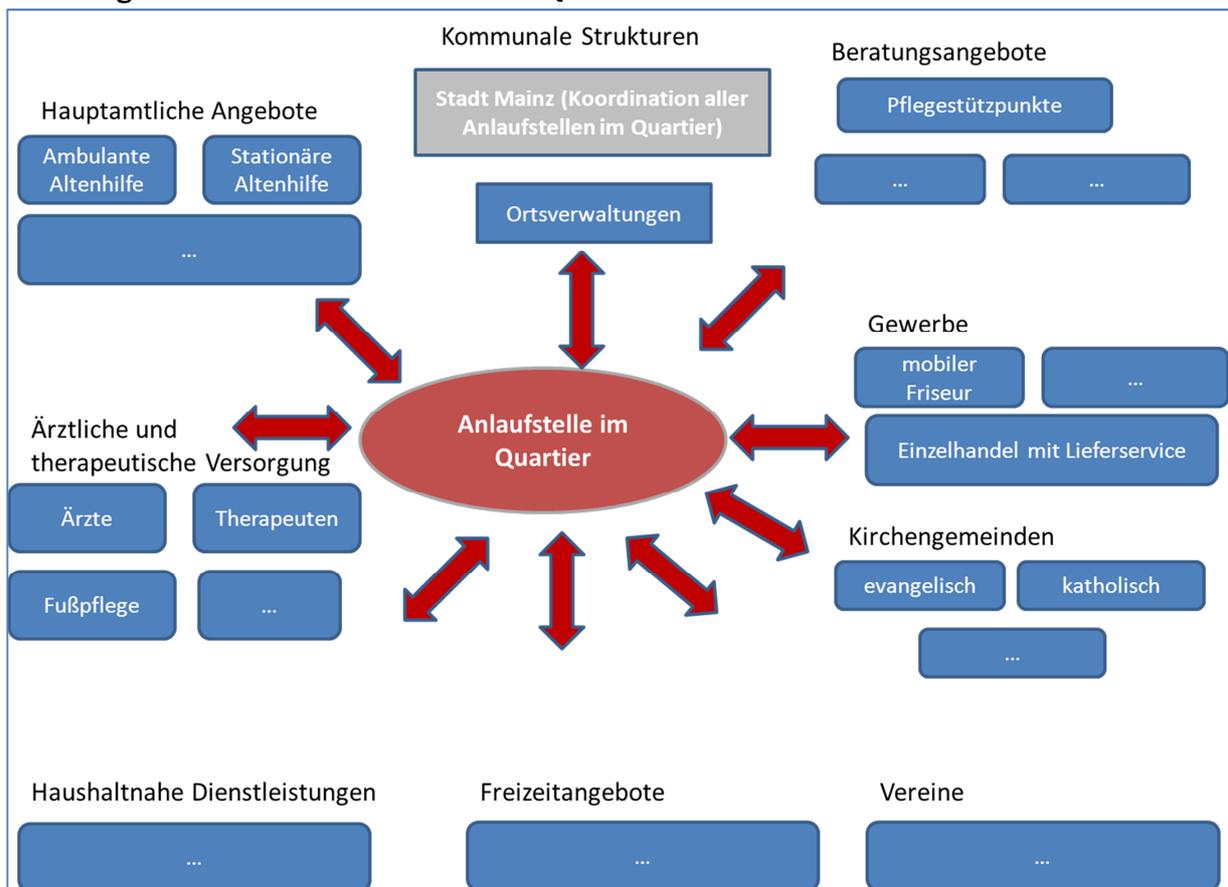
Bedeutsam ist auch die lange Zeitdimension, die mit der Gemeinwesenarbeit im Quartier verbunden ist. Bei dieser handelt es sich um ein Projekt, welches nach Erreichen bestimmter vorher vereinbarter Projektziele abgeschlossen werden kann, sondern um einen Prozess der Begleitung, der keinen Zielpunkt aufweist. Aus den bisherigen Überlegungen ergibt sich damit ein erster notwendiger Handlungsschritt.

Handlungsschritt 1

Gemeinwesenarbeit für ältere Menschen muss als Querschnittsaufgabe innerhalb der kommunalen Strukturen und vor Ort im Quartier verankert werden und sollte eine generationenübergreifende Perspektive beinhalten. Dies kann über die Einrichtung von Anlaufstellen in jedem Stadtteil der Stadt Mainz gewährleistet werden.

Zur Umsetzung dieses grundlegenden Handlungsschrittes bedarf es vor Ort im Quartier und im Verhältnis zwischen den Quartieren und der gesamten Stadt Mainz einer spezifischen Struktur, die in der folgenden Abbildung als Anlaufstelle beschrieben wird.

Abbildung 25: Struktur der Anlaufstelle im Quartier



Quelle: eigene Darstellung

Exemplarisch werden in dieser Abbildung die möglichen Akteure aus der oder mit Bezug zur Altenhilfe im Überblick dargestellt. **Im Rahmen der zu schaffenden Anlaufstelle im Quartier können die folgenden Aufgaben und Funktionen übernommen werden:**

- Zentrale und zugleich lokale Anlaufstelle für alle Generationen im Quartier
- Vermittlung von Informationen bzw. "Hilfestellung", etwa beim Ausfüllen von Formularen und Anträgen bis hin zur Vermittlung von weitergehenden Fachberatungen
- Vermittlung von (ehrenamtlichen) haushaltsnahen Dienstleistungen, Fahrdiensten oder sonstigen ehrenamtlichen und hauptamtlichen Angeboten
- Informationen über Freizeitangebote
- Dezentrale Beratungsstelle für vorhandene Beratungsangebote (z.B. Pflegestützpunkte) bzw. einheitlicher "Beratungsort" für Beratungsangebote im Quartier
- Treffmöglichkeit für lokale Gruppen, Vereine oder Selbsthilfegruppen Schulungs- und Bildungszentrum für ehrenamtlich Tätige oder sonstige Angebote im Bereich der Familien, Erwachsenen- oder Seniorenbildung
- Veranstaltungsort für lokale Vorträge und Informationsveranstaltungen
- Veranstaltungsort für sozialen Austausch und kulturelle Angebote

Langfristig sollen solche Anlaufstellen in allen Stadtteilen der Stadt Mainz geschaffen werden. Dabei kommt der Koordination aller Anlaufstellen durch die Stadt Mainz eine besondere Bedeutung zu. Diese Koordination beinhaltet etwa Fortbildungen, Beratungen, Unterstützung in Bezug auf die Netzwerkarbeit im Quartier oder Supervisionen derjenigen Personen, die im Quartier im Rahmen einer Anlaufstelle tätig sind.

Im Rahmen einer Anlaufstelle im Quartier könnten durch das Zusammenspiel der beschriebenen Akteure die Tätigkeiten an einem "Ort" zusammenlaufen bzw. angeboten werden. Die Anlaufstelle bedeutet hier vor allem die räumliche Konzentration der verschiedenen Angebote und Akteure und sollte sich an einem zentralen und gut erreichbaren Ort innerhalb des Quartiers befinden. Dabei sollte insbesondere die Anknüpfung an vorhandene Strukturen vor Ort geprüft werden, also beispielsweise an vorhandene Institutionen wie Mehrgenerationenhäuser, Pflegeheime als Quartiershäuser oder vorhandene Treffpunkte.

Darüber hinaus sollte diese Anlaufstelle die notwendigen Voraussetzungen für die oben beschriebenen Aufgaben und Funktionen bieten. Dazu gehört beispielsweise

- ein barrierefreier Zugang zu den Räumen der Anlaufstelle,
- die Anschaffung von technischer Ausstattung wie z.B. von Laptop, Beamer oder Leinwand,
- die Einrichtung von festen Sprechstunden oder
- die Erreichbarkeit für alle Bürger und Bürgerinnen, etwa über Fahrdienste.

Wesentlich für das "Funktionieren" dieser Anlaufstelle ist die Koordination durch mindestens eine Person ("Kordinator"), die das Quartiersmanagement gleichsam im Blick hat (vgl. die Grundprinzipien der Quartiersorientierung nach Maßgabe des KDA, dort wird diese Person auch als "Kümmerner" bezeichnet). Der Schwerpunkt dieser koordinierenden Tätigkeit liegt - darauf wurde schon hingewiesen - in der Identifizierung und Analyse des Quartiers, in der Netzwerkarbeit und der Schaffung und Begleitung von Begegnungsmöglichkeiten und Gelegenheitsstrukturen. Unterstützt und flankiert werden kann die koordinierende Tätigkeit durch ehrenamtliche Personen, die zugleich Bestandteil der oben dargestellten Akteure sind. Für diejenige Person bzw. diejenigen Personen, die für die oben beschriebene Koordination verantwortlich ist (bzw. sind), nicht aber für ehrenamtlich Unterstützende, sollten dabei die folgenden Kompetenzen Beachtung finden, die im

Rahmen von Gemeinwesenarbeit im Quartier (nicht nur mit und für ältere Menschen) nützlich sind (vgl. Kricheldorf 2015 & Michell-Auli & Kremer-Preiß 2013):

- Prozessentwicklung und -begleitung,
- Präsentation und Moderation,
- Fähigkeiten im Bereich der Partizipationsentwicklung,
- zugehende Ansprache und Vernetzung von unterschiedlichen Akteuren und Zielgruppen,
- Methodenkenntnisse im Bereich der Mediation, um bei widerstreitenden Interessen Ausgleich herstellen und Beteiligungsprozesse ergebnisorientiert gestalten zu können und
- Herstellung von Transparenz der Vorgänge im Quartier durch Öffentlichkeitsarbeit.

Insgesamt zeigt sich an dieser Stelle der notwendige Bezug zur **Sozialraumorientierung**. In dieser geht es darum, "unter tätiger Mitwirkung der betroffenen Menschen Lebenswelten zu gestalten und Arrangements zu kreieren, die dazu beitragen, dass Menschen auch in prekären Lebenssituationen zurechtkommen, und dies u.a. unter Nutzung aller leistungsgesetzlichen Möglichkeiten" (Fehren & Hinte 2013: 17). Die **Sozialraumorientierung lässt sich durch fünf Prinzipien beschreiben** (vgl. Fehren & Hinte 2013):

1. Den Ausgangspunkt dieses fachlichen Konzepts bilden der Wille bzw. die Interessen der Ratsuchenden bzw. der leistungsberechtigten Personen.
2. Aktivierende Arbeit sollte dabei Vorrang haben vor betreuender Tätigkeit.
3. "Bei der Gestaltung einer Hilfe spielen personale und sozialräumliche Ressourcen eine wesentliche Rolle, also eine konsequente Orientierung an den von den betroffenen Menschen formulierten, durch eigene Kraft erreichbaren Zielen [...] Sozialraumorientierte Ansätze richten ihr Augenmerk mehr auf die Stärken als auf die Defizite der Adressat/innen" (Fehren & Hinte 2013: 18).
4. Die Arbeit im Sozialraum sollte unterschiedliche Gruppen erfassen, also zielgruppen- und bereichsübergreifend angelegt sein.
5. Von großer Bedeutung ist die Vernetzung und Integration der verschiedenen Akteure vor Ort: "Über vielfältige Foren werden im Sozialraum tätige (professionelle und ehrenamtliche) Akteure aus verschiedenen Bereichen angeregt, Absprachen zu treffen und Kooperationen bezogen auf Einzelfälle, Gruppierungen und Aktionen einzugehen sowie gemeinsame Projekte zu entwickeln und durchzuführen" (Fehren & Hinte 2013: 18f).

Vor diesem Hintergrund ergeben sich **im Sozialraum** bzw. im Quartier **folgende Tätigkeitsfelder**:

1. Tätigkeiten, die sich unmittelbar auf eine Person beziehen (**sog. "fallspezifische Arbeit"**).
2. Im Rahmen der **"fallübergreifenden Arbeit"** richtet sich der Fokus über die Fallarbeit hinaus auf Ressourcen, die in weiteren Fällen von Bedeutung sein könnten. Netzwerkarbeit bildet einen Bestandteil dieser fallübergreifenden Arbeit.
3. Zuletzt bildet die sog. **"fallunspezifische Arbeit"** einen wichtigen Bestandteil der Arbeit: "Über Tätigkeiten und Projekte in diesem Bereich erschließen sich Fachkräfte Kenntnisse in einem sozialem Raum, ohne schon genau zu wissen, ob sie diese Ressourcen für einen zukünftigen Fall benötigen werden. Fallunspezifische Arbeit meint also Tätigkeiten (Aktionen, Einzelkontakte, Absprachen, usw.), die eine 'fallzuständige' Fachkraft zu einem Zeitpunkt vornimmt, zu dem sie noch nicht weiß, welchem Fall diese Tätigkeiten später zugute kommen könnten" (Fehren & Hinte 2013: 31).

Diese Tätigkeiten sind vor allem kennzeichnend für Soziale Arbeit im Quartier im Rahmen der

Kinder- und Jugendhilfe und weisen insbesondere einen starken Fokus auf die Fallarbeit auf. Allerdings lässt sich dieses Konzept auch auf die Soziale Arbeit mit älteren Menschen bzw. mit den unterschiedlichen Generationen übertragen. **Die dargestellten Tätigkeitsfelder werden in den folgenden Abschnitten im Detail dargestellt:**

- Der Aspekt der konkreten Fallarbeit findet sich wieder im Abschnitt zu den Inhalten der Beratung (5.6).
- Der Aspekt der fallübergreifenden Arbeit ist Bestandteil der Netzwerkarbeit (Abschnitt 5.5).
- Der Schwerpunkt einer koordinierenden Tätigkeit im Quartier liegt in der Identifizierung und Analyse von Quartieren (Abschnitte 5.2 und 5.3) und der Schaffung und Begleitung von Begegnungsmöglichkeiten und Gelegenheitsstrukturen (Abschnitt 5.4).

5.2 Quartiere identifizieren

Aus den bisherigen Ausführungen ist deutlich geworden, dass offene Altenhilfe bzw. Soziale Altenarbeit in den Quartieren ansetzen muss. Dies setzt zunächst einmal die Bestimmung dessen voraus, was von den Bewohnerinnen und Bewohnern als Quartier erlebt wird.

Entscheidend für die intergenerationelle Gemeinwesenarbeit ist die Bestimmung dessen, was von den Bewohnerinnen und Bewohnern als Quartier erlebt wird.

Um eine möglichst große Zustimmung zur Quartiersentwicklung zu erreichen, kann bereits zu diesem Zeitpunkt eine Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger erfolgen. "Der Aufbau von sozialen Gemeinschaften benötigt, ebenso wie die kollektive Einflussnahme auf ein Wohnumfeld, einen klar abgesteckten räumlichen und sozialen Rahmen, in dem sich soziale Teilhabe, Engagement und Aktivitäten verankern und auf den sich die gemeinsame räumliche Identität der Beteiligten bezieht. Der Gestaltung des Wohnumfelds muss daher zunächst der Diskurs vorangehen, auf welchen räumlichen und sozialen Kontext sich das kollektive Interesse überhaupt bezieht, welche Vorstellungen und Visionen bestehen und welche Handlungsspielräume die Beteiligten besitzen" (Betz & Wolter 2015: 216). Um also beispielsweise vorhandene Angebote bündeln und vernetzen zu können (vgl. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung 2014), muss zunächst einmal das Quartier bestimmt werden. Es wurde schon darauf hingewiesen, dass unter Quartier diejenigen Lebensräume verstanden werden, mit denen sich seine Bewohner und Bewohnerinnen identifizieren (vgl. Michell-Auli & Kremer-Preiß 2013).

Im Rahmen der Quartiersbestimmung richtet sich der Fokus auf räumliche und soziale Aspekte der Umwelt.

Kricheldorf (2015) ergänzt, dass es sich um gesellschaftliche Räume handelt, die sowohl von baulichen Strukturen geprägt sind als auch von Interaktionen zwischen der Bevölkerung. Auch wenn der Fokus des Projekts "Weiterentwicklung der offenen Seniorenarbeit in der Stadt Mainz" auf der Sozialen Arbeit im Gemeinwesen liegt und weniger auf der Veränderungen der Umwelt (etwa im Sinne der Schaffung von barrierefreien Umwelten), ist eine Trennung zwischen beiden Aspekten im Rahmen der Quartiersbestimmung nicht sinnvoll. Erst im weiteren Prozessverlauf kann dann eine Fokussierung auf die sozialen Beziehungen im Quartier erfolgen. Trotzdem sollte nicht übersehen werden, dass Aspekte der Umwelt und soziale Beziehungen keinesfalls getrennt

betrachtet werden sollten.

Quartiere müssen in der Einschätzung der Bewohnerinnen und Bewohner nicht deckungsgleich sein mit der kommunalen Planungsstruktur. Ausgangspunkt für Quartiersbestimmung sollten aber die 15 Stadtteile der Stadt Mainz sein.

Quartiere, die unter Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern identifiziert werden, müssen nicht unbedingt deckungsgleich sein mit der kommunalen Logik bzw. Einteilung im Rahmen der kommunalen Planungsstruktur. Dies bedeutet: Innerhalb der Stadt Mainz müssen die subjektiv so empfundenen Quartiere nicht zwangsläufig identisch sein mit den 15 Stadtteilen. Trotz dieser möglichen Komplexität wird empfohlen, als Ausgangspunkt für die Bestimmung von Quartieren die Stadtteilebene zu wählen. Damit wird auch den Empfehlungen des KDA Rechnung getragen (Michell-Auli & Kremer-Preiß 2013): "Damit sich die BewohnerInnen mit dem sozialen Nahraum identifizieren können, sind jedoch gewisse Obergrenzen bei der Quartiersgrenze zu beachten. Erfahrungen aus der Sozialraumforschung belegen, dass soziale Identifikationsräume nicht wesentlich mehr als 20.000 EinwohnerInnen haben sollten" (66).

Damit ergibt sich insgesamt folgender optionaler Arbeitsschritt:

Handlungsschritt 2

Auf Stadtteilebene muss mit geeigneten Methoden der Frage nachgegangen werden, ob von einer Deckungsgleichheit zwischen den Stadtteilen und Quartieren ausgegangen werden kann bzw. ob unterhalb der Stadtteilebene weitere Quartiere bestehen. Ausgangspunkt für die Quartiersbestimmung sollten die 15 Stadtteile der Stadt Mainz sein.

Dieser Handlungsschritt ist nicht zwingend notwendig, wenn davon ausgegangen wird, dass eine Deckungsgleichheit zwischen Stadtteilen der Stadt Mainz und denjenigen räumlichen und sozialen Umwelten besteht, die von Bewohnerinnen und Bewohnern als Quartier verstanden werden. Sollte eine Quartiersbestimmung in Erwägung gezogen werden, können die im Folgenden dargestellten Methoden hilfreich sein.

5.2.1 Quartiersbestimmung im Rahmen der Nadelmethode

Eine Quartiersbestimmung kann im Rahmen sog. Aktionsraumanalysen beispielsweise mit Hilfe der Nadelmethode erfolgen. Diese Methode dient der Visualisierung von besonderen Orten innerhalb der Gemeinde, die über entsprechende Leitfragen eruiert werden können. Die Bewohner und Bewohnerinnen werden gebeten, die von ihnen regelmäßig aufgesuchten Orte innerhalb des sozialen Nahraums zu benennen bzw. mit Nadeln zu markieren. Die auf diese Weise visualisierten Cluster identifizieren bzw. markieren dann Lebensräume und Quartiersgrenzen (vgl. Michell-Auli & Kremer-Preiß 2013; Früchtel et al. 2013; Bleck et al. 2015). Die Nadelmethode liefert vor allem einen Überblick der wichtigsten Aufenthaltsorte der Bewohnerinnen und Bewohner, kann aber auch Hinweise auf Barrieren und die Nahversorgung liefern. Die Methode ist mittels entsprechender Frageanreize besonders hilfreich in der Identifizierung von Orten der Begegnung und Kommunikation: Diese bieten "vor allem niedrigschwellige Angebote, die nicht an verbindliche

Termine und regelmäßige Teilnahmen gebunden sind" (Bleck et al. 2015, 277) und damit mögliche Anknüpfungspunkte für die Schaffung von Begegnungsmöglichkeiten und Gelegenheitsstrukturen.

Methodenvorschlag: Nadelmethode

Die Nadelmethode dient der Visualisierung von besonderen Orten innerhalb von Gemeinden, die über entsprechende Fragenanreize eruiert werden können. Dies kann etwa im Rahmen einer Veranstaltung geschehen, in der die Bewohner und Bewohnerinnen dazu eingeladen werden, gemeinsam die Stärken und Schwächen einer Gemeinde oder eines Ortsteils herauszuarbeiten. Mögliche Fragenanreize können in Anlehnung an Bleck et al. 2015 sein:

- 1) Schöne Orte, an denen ich mich gerne in meiner Umgebung aufhalte
- 2) Unschöne Orte, an denen ich mich in meiner Umgebung nicht gerne aufhalte
- 3) Treffpunkte und Orte der Begegnung und Kommunikation in der Umgebung

Diese Fragen könnten zunächst in Kleingruppen besprochen, bevor die Ergebnisse in der Gesamtgruppe zusammengetragen werden. Anschließend werden die Ergebnisse mit farbigen Nadeln auf einer Karte der Gemeinde markiert.

Insbesondere durch die ersten beiden Fragen wurden in der Anwendung durch Bleck et al. (2015) vor allem "nahe Themen" alltäglicher Erfahrungen Älterer im Quartier erfasst, etwa Barrieren oder Aspekte der Nahversorgung. Über die dritte Frage wurden vor allem soziale Ressourcen im Quartier in den Blick genommen. In Bezug auf die dritte Frage ergaben sich bei Bleck et al. (2015) folgende Kategorien von Antworten:

- spezifische Angebote für ältere Bewohner, etwa in Einrichtungen der Wohlfahrtsverbände oder Kirchengemeinden
- altersgruppenunabhängige Angebote öffentlicher Einrichtungen, etwa Büchereien oder Schwimmbäder
- altersgruppenunabhängige Aufenthaltsorte im öffentlichen Raum, etwa Parks oder Wochenmärkte
- altersgruppennahe Aufenthaltsorte im Bereich der Gastronomie wie z.B. Kneipen, Restaurants oder Cafés

5.2.2 Quartiersbegehung

Die Nadelmethode kann ggf. um eine sog. Quartiersbegehung ergänzt werden. Generell können mittels Quartiersbegehungen Bedarfe und Versorgungslücken in Bezug auf eine altersgerechte Gestaltung der Umgebung aus der Perspektive der älteren Bürger und Bürgerinnen erfasst werden (vgl. Michell-Auli & Kremer-Preiß 2013). Konkret können im Rahmen der Quartiersbegehungen diejenigen Orte, die mit Hilfe der Nadelmethode erarbeitet wurden, gemeinsam besichtigt und überprüft werden. Daran anschließen kann ggf. eine gemeinsame Nachbesprechung mit allen Beteiligten, in der eine gemeinsame Reflexion und Analyse der Begehung erfolgt. So gehen Bleck et al. davon aus, dass "eine Begehung vor Ort eine unmittelbare sowie 'sinnliche' und damit oft auch vollständigere Erfassung der Gegebenheiten des ausgewählten Gebietes [erlaubt]. Zudem konnten damit Orte und Angebote des Sozialraums aufgenommen werden, die bei der Nadelmethode 'ad hoc' nicht präsent waren und somit deren Ergebnisse ergänzt werden. Dies hatte vereinzelt auch zur Konsequenz, dass hier neue Orte der Kommunikation und Begegnung genannt wurden" (278).

Methodenvorschlag: Quartiersbegehung

Die Nadelmethode kann um eine anschließende Quartiersbegehung ergänzt werden. Im Rahmen dieser Quartiersbegehung werden diejenigen Orte, die im Rahmen der Nadelmethode erarbeitet wurden, gemeinsam besichtigt und überprüft und ggf. anschließend nachbesprochen. Die Ergebnisse können über Schnelldokumentationen (etwa Fotos) festgehalten werden und anschließend gemeinsam mit den weiteren Ergebnissen der Quartiersbestimmung im Rahmen von Bürgerdokumentationen in einer Ausstellung oder einer Veröffentlichung der Allgemeinheit zur Verfügung gestellt werden. Das KDA schlägt vor, solche Begehungen mit einer maximalen Anzahl von 8 Personen durchzuführen und auch Menschen mit Einschränkungen der Mobilität mit einzubeziehen (vgl. Michell-Auli & Kremer-Preiß 2013)

5.3 Analyse des Quartiers

Im vorhergehenden Abschnitt wurde bereits darauf hingewiesen, dass die Identifizierung von Quartieren unterhalb der Stadtteilebene einen optionalen Arbeitsschritt darstellt. Denkbar ist aber auch, dass die praktische Entwicklung von Anlaufstellen direkt auf der Ebene der 15 Stadtteile der Stadt Mainz beginnt. Unabhängig davon ist an dieser Stelle eine Zusammenstellung der wichtigsten Informationen und Daten notwendig.

Unabhängig von einer vorhergehenden Quartiersbestimmung ist eine Analyse des Quartiers zwingend notwendig, in der Bedarfe und die Ist-Situation erfasst werden sollten.

Grundsätzlich geht es darum, die besondere Struktur des Quartiers zu erfassen: "Jedes Quartier hat seine spezifischen Eigenschaften und besonderen Problemkonstellationen, aber auch ganz unterschiedliche Ansätze für Entwicklungsmöglichkeiten sowie spezifische Stärken. Es geht darum, der jeweiligen Ausgangslage im Quartier mit individuellen Konzepten zu begegnen und nicht ein Einheitskonzept auf alle Quartiere zu übertragen" (Michell-Auli & Kremer-Preiß 2013: 68).

Im Rahmen der Analyse sollen sowohl die Bedarfe der Bewohner und Bewohnerinnen des Quartiers erfasst werden als auch die Ist-Situation. Dabei geht es weniger um die standardisierte Erfassung von Kennzahlen oder ähnlichem wie beispielsweise im Rahmen der Pflegestrukturplanung, sondern um die partizipative Zusammenstellung der wichtigsten Informationen zum jeweiligen Quartier. Entscheidend für die Erfolgsaussichten der Quartiersentwicklung ist die Einbeziehung und Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger bei der Zusammenstellung der Informationen und Daten, wobei auch ein Methodenmix verwendet werden kann.

Entscheidend für die Erfolgsaussichten der Quartiersentwicklung ist die Verwendung beteiligungsorientierter Verfahren für die Analyse des Quartiers.

Die Leitfrage für die Informationssammlung sollte dabei sein: Was bewegt Menschen im Quartier? Dies beinhaltet u.a. eine Analyse der Stärken und Schwächen im Quartier. Stärken und Schwächen beschreiben einschließlich bestehender Chancen und Risiken sehr gut die aktuelle Lebenssituation und nehmen Stellung zur Lebensqualität im Quartier. Als Raster für die relevanten Daten können hier die "Ziele einer Quartiersentwicklung" des KDA dienen. Für folgende ausgewählte Handlungsfelder sollten Informationen zusammengetragen werden (vgl. Michell-Auli & Kremer-Preiß 2013):

- Tragende soziale Infrastruktur: Gibt es Kontakt- und Begegnungsmöglichkeiten, existieren funktionierende Nachbarschaften?
- Generationengerechte räumliche Infrastruktur: Wie steht es um die Teilhabe am öffentlichen Leben?
- Gibt es bedarfsgerechte Wohnangebote?
- Gibt es bedarfsgerechte Dienstleistungen und Angebote bzw. einen bedarfsgerechten Hilfefemix?
- Existieren wohnortnahe Möglichkeiten der Beratung und Begleitung?

Die Analyse des Quartiers sollte generationenübergreifend erfolgen.

Bereits zu diesem Zeitpunkt ist in Erwägung zu ziehen, nicht nur den älteren Teil der Bevölkerung bzw. diejenigen Personen einzubeziehen, die im Rahmen der Altenhilfe tätig sind, sondern bereits auch Familien bzw. jüngere Generationen. "Dies ist notwendig, da auch das Bürgerschaftliche Engagement über die Generationen hinweg mobilisiert werden sollte, denn nicht nur Ältere unterstützen Ältere" (Michell-Auli & Kremer-Preiß 2013: 47).

Im Rahmen der Analyse des Quartiers kann mit den Beteiligten auch eine gemeinsame Vision erstellt werden, wie das Leben im Quartier mittel- bis langfristig aussehen sollte.

Denkbar ist im Rahmen der Analyse des Quartiers auch die gemeinsame Klärung von möglichem Handlungsbedarf. So kann beispielsweise eine gemeinsame Vision erstellt werden, wie das Leben im Quartier mittel- bis langfristig aussehen sollte. Diese Vision sollte konkret genug sein, um auch tatsächlich erreichbar zu sein. Auch hier ist eine breite Beteiligung im Sinne von Partizipation bei der Entwicklung der Vision unabdingbar, etwa im Rahmen von Workshops. Von großer Bedeutung ist zu diesem Zeitpunkt, dass die Kommune diesen Prozess anregt, begleitet und dokumentiert. Eine solche Vorgehensweise bietet damit auch Anknüpfungspunkte für die spätere Netzwerkarbeit.

Insgesamt ergeben sich im Rahmen der Analyse des Quartiers die folgenden Handlungsschritte:

Handlungsschritt 3

Durch geeignete partizipative Methoden werden in Bezug auf die räumliche und soziale Infrastruktur, Wohnangebote, Dienstleistungen und Möglichkeiten der Beratung und Begleitung die

wichtigsten Informationen zum Quartier zusammengetragen.

Neben der Erfassung von Stärken und Schwächen kann im Rahmen der Analyse des Quartiers mit den Beteiligten auch eine Vision in Bezug auf die Zukunft des Quartiers entwickelt werden.

Im Folgenden werden ausgewählte Methoden zur Analyse des Quartiers vorgestellt. Der Fokus richtet sich dabei auf niedrigschwellige Quartiersanalysen.

5.3.1 Weitwinkelscan

Für einen ersten Blick eignet sich insbesondere der Weitwinkelscan. So weist etwa das KDA darauf hin, dass am Beginn einer Quartiersentwicklung nicht zwangsläufig eine umfassende Sozialraumanalyse mit einer Vielzahl von Indikatoren steht: "Es geht nicht darum, 'Datenfriedhöfe' anzulegen, bevor man im Quartier aktiv wird" (Michell-Auli & Kremer-Preiß 2013: 73). Der Weitwinkelscan stellt demgegenüber ein Verfahren dar, mit dessen Hilfe schnell und ohne größeren Aufwand ein Überblick über das Quartier erstellt werden kann.

Methodenvorschlag: Weitwinkelscan

Der Weitwinkelscan ist eine Methode der Sozialraumerkundung, die die Datensammlung auf zentrale Handlungsschritte verkürzt und die Datensammlung zugleich mit der Kontaktsammlung verbindet. Ziel jedes einzelnen Handlungsschritts ist jeweils ein Gespräch über das Quartier. Insgesamt wird für diese Methode ein Zeitraum von drei bis sechs Monaten veranschlagt. Für diese Methode werden folgende Handlungsschritte empfohlen (vgl. Früchtel et al. 2013: 120f; Michell-Auli & Kremer-Preiß 2013: 74):

- maximal drei Anläufe zu vorhandenen Sozialstrukturdaten, nur das sammeln, was einfach von Ämtern und aus Berichten zu erhalten ist
- maximal 20 Vier-Augen-Gespräche vor Ort mit Quartiersbewohnern oder Schlüsselpersonen aus unterschiedlichen Lebensbereichen des Quartiers
- Besuch von Geschäften, Restaurants, Einrichtungen vor Ort, Benutzung von Dienstleistungen vor Ort
- Erkundung der öffentlichen Aufenthaltsorte im Quartier
- Besuch der Vorstände ausgewählter Vereine bzw. von Kirchengemeinden
- Analyse aktueller und zurückliegender Zeitungsartikel mit Bezug zum Ort bzw. Quartier
- Einfügen von festen Tagesordnungspunkten für Teamsitzungen unter Beteiligung der koordinierenden Person wie z.B. "Infos aus dem Quartier" oder "Gespräch der Woche im Quartier"
- Darstellung der Ergebnisse z.B. auf einer Karte und Präsentation in politischen oder institutionellen Gremiensitzungen

5.3.2 Beteiligung im Rahmen von Workshops

Weitere Verfahren der beteiligungsorientierten Sozialraumerkundung sind Diskussionsveranstaltungen gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern. Wichtig ist auch die deutliche Ausrichtung an den Wünschen der Bewohner und Bewohnerinnen, um damit auch das Ziel der Mobilisierung zivilgesellschaftlicher Ressourcen erreichen zu können (vgl. Michell-Auli & Kremer-Preiß 2013).

In der Literatur finden sich eine Vielzahl von Methoden und Praxisbeispielen wie beispielsweise Open-Space-Veranstaltungen, Veranstaltungen nach der Methode der World-Cafés, die Beteiligung von älteren Bewohnern und Bewohnerinnen in sog. Quartierswerkstätten (vgl. Schubert et al. 2015) oder Zukunftswerkstätten (vgl. Michell-Auli & Kremer-Preiß 2013) bzw. Fokusgruppen-Interviews. Gemeinsam ist diesen Methoden, dass sie von der Kommune initiiert und meist auch moderiert werden sollten. Allerdings handelt es sich zum Teil aber um mehrstufige Verfahren, Verfahren, die mehrere Termine bzw. Tage in Anspruch nehmen oder solche, die auf Seiten der Moderation entsprechende Kenntnisse und Fähigkeiten voraussetzen.

Aus diesem Grund wird im Folgenden mit dem Workshop eine Methode vorgestellt, die mit vergleichsweise geringem Aufwand durchführbar ist. Bei allen Methoden unter Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern sind zunächst einmal die folgenden Aspekte von großer Bedeutung (vgl. Smettan & Patze-Diordiychuk 2014):

- **Ergebnisoffenheit:** Verlauf und Ergebnisse dürfen nicht im Voraus schon bestimmt werden, sondern im Verlauf der Beteiligung gemeinsam mit allen Beteiligten.
- **Freiwilligkeit:** Eine freiwillige Beteiligung ist die Voraussetzung für kooperative und kreative Ergebnisse.
- **Verständnis:** Die Teilnehmer benötigen Verständnis für unterschiedliche Perspektiven.
- **Gleichheit:** "Alle werden unabhängig von ihrem sozialen Status und ihrer Herkunft als gleichberechtigte Gesprächsteilnehmer erst genommen und verfügen über dieselben Rede- und Stimmrechte" (Smettan & Patze-Diordiychuk 2014: 8).
- **Rationalität:** Alle Teilnehmer sollten rational und gemeinwohlorientiert handeln.
- **Inklusion:** "Gute Bürgerbeteiligung setzt soziale Inklusion voraus. Denn die Beteiligung darf nicht allein eine Spielwiese für besser ausgebildete und wohlhabende Bevölkerungsschichten sein" (Smettan & Patze-Diordiychuk 2014: 8).

Methodenvorschlag: Workshop

Für das Sammeln von Ideen bzw. zur Identifikation von Bedürfnissen eignet sich etwa die **diskursive Bürgerversammlung** (vgl. Smettan & Patze-Diordiychuk 2014). In dieser sollen alle Beteiligten miteinander ins Gespräch kommen. Eine einseitige Kommunikation ist dringend zu vermeiden. Eingeladen werden alle interessierten Personen, die maximale Teilnehmerzahl liegt bei 50 Personen. Die Länge der Veranstaltung sollte vier Stunden nicht überschreiten. Formen der Gruppenarbeit sind im Rahmen dieser Bürgerversammlung nicht vorgesehen. Wichtige Voraussetzungen sind die Verwendung einer allgemein zugänglichen Bekanntmachungsform und ein Moderator auf Seiten der Kommune, der entsprechend vorbereitet ist und über Einfühlungsvermögen verfügt. Diskursive Bürgerversammlungen können bei Bedarf auch in Form von mehr oder weniger regelmäßigen Abständen stattfinden. Von großer Bedeutung sind das Führen eines Protokolls und die anschließende Veröffentlichung. Die Stiftung Mitarbeit sieht für die Durchführung von diskursiven Bürgerversammlungen u.a. die folgenden Phasen vor:

- 1) Im Rahmen der Begrüßung sollen die Teilnehmer und Teilnehmerinnen motiviert werden und ggf. Gäste vorgestellt werden
- 2) Falls bereits Bürgerversammlungen stattgefunden haben, ist das vorhergehende Protokoll zu bestätigen.
- 3) Die Vertreter der Kommune sollten durch die Ausgabe von Informationen Transparenz schaffen
- 4) Im Mittelpunkt dieser Veranstaltung steht die Debatte zu einem Thema, in der Fakten und Argumente ausgetauscht werden sollen

5) Im Anschluss an den Austausch von Fakten und Argumenten kann auch die Formulierung von Empfehlungen (oder Visionen) stehen

6) Beendet wird die Veranstaltung durch die Zusammenfassung der Ergebnisse und ggf. durch Verabredungen für die Zukunft im Rahmen der Verabschiedung.

Liegt demgegenüber bereits eine Vision vor, empfiehlt sich die Durchführung eines **kommunalen Planungsworkshops** (vgl. Smettan & Patze-Diordiychuk 2014). Im Kern besteht diese Methode aus drei idealtypischen Arbeitsschritten:

1) Im ersten Arbeitsschritt werden (ggf. in Gruppenarbeit) nach einer Einführung in das Thema die konkreten Ziele auf der Grundlage der bereits bestehenden Vision erarbeitet.

2) Im zweiten Arbeitsschritt sollen für jedes Teilziel konkrete Aktionspläne entwickelt werden, in denen auch konkrete Aktivitäten geplant und Verantwortlichkeiten festgelegt werden können.

3) Im dritten Arbeitsschritt erfolgt dann die Auseinandersetzung mit potentiellen Problemen und Herausforderungen. "Es geht darum, jene Hürden und Stolpersteine zu erkennen, die einem reibungslosen Erreichen des Zieles im Wege stehen" (Smettan & Patze-Diordiychuk 2014: 54).

Üblicherweise erfolgt die Arbeit in kommunalen Planungsworkshops in Gruppenarbeit - die Ergebnisse der jeweiligen Arbeitsschritte werden dann durch den Moderator in der Gesamtgruppe zusammengetragen bzw. durch Vertreter der jeweiligen Gruppen vorgetragen.

5.3.3 Befragung von älteren Bürgerinnen und Bürgern

Die Analyse des Quartiers kann auch in Form von Befragungen erfolgen. Befragungen können entweder mit Hilfe von standardisierten Fragebogen erfolgen, die zumeist von den zu befragenden Personen selbst ausgefüllt werden oder im Rahmen von Leitfaden-Interviews, die einen Interviewer bzw. eine Interviewerin voraussetzen.

Mit Hilfe einer standardisierten Fragebogenerhebung kann eine Vielzahl von Personen erreicht werden, allerdings setzt insbesondere die Auswertung standardisierter Fragebogenerhebungen die Anwendung und Kenntnis entsprechender EDV-gestützten statistischen Auswertungsprogramme voraus. Die Vergabe der Durchführung und Auswertung standardisierter Fragebogenerhebungen könnte hier zwar Abhilfe schaffen, stellt aufgrund der damit verbundenen finanziellen Aufwendungen aber nur selten eine Option dar. Inhaltlich setzen standardisierte Fragebogen darüber hinaus die Verwendung insbesondere geschlossener Antwortvorgaben voraus. Sind allerdings nicht alle möglichen Antworten bekannt und werden stattdessen auch offene Antworten akzeptiert, erschwert dies die statistische Auswertung deutlich. Darüber hinaus werden mit standardisierten Fragebogenerhebungen nur solche Personen erreicht, die bereitwillig Auskunft geben möchten, während zurückgezogen lebende oder etwa einsame Personen nur schwer erreichbar sind. Allerdings finden sich gerade bei solchen Personen Lebens- oder gar Problemlagen, die mit Hilfe der Befragung erkundet werden sollen. Es ist also unabhängig von der Art der Verteilung der Fragebogen sehr schwierig, einen repräsentativen Rücklauf zu erzielen.

Das Problem der offenen Antworten bzw. nicht vollständig bekannten Antwortvorgaben stellt sich demgegenüber nicht bei Verwendung von Leitfaden-Interviews, allerdings ist hier der zeitliche Aufwand für die Durchführung deutlich höher. Insgesamt sollte die Ergänzung von Quartiersanalysen durch Befragungen im Vorfeld gründlich abgewogen werden.

5.4 Förderung von Begegnungsmöglichkeiten und Gelegenheitsstrukturen

Ein wesentliches Ziel des Projekts besteht nicht nur darin, Ansprechpartner im Sinne von "Kümmerern" im Quartier zu etablieren, sondern auch eine tragende soziale Infrastruktur zu erreichen - so eines der Ziele des KDA in Bezug auf Quartiersentwicklung (vgl. Michell-Auli & Kremer-Preiß 2013). Dabei sollte insbesondere der Generationenperspektive Beachtung geschenkt werden: "Zur nachhaltigen Förderung von kleinen sozialen Netzen, Nachbarschaftshilfen und bürgerschaftlichem Engagement hat es sich als sinnvoll erwiesen, Angebote der offenen Altenhilfe auch mit denen anderer Generationen zu verknüpfen und zum Teil auch generationenübergreifend auszurichten [...] Hier sind auch eine Zusammenarbeit und Vernetzung mit Selbsthilfegruppen und Vereinen sowie die Einbeziehung örtlicher Schulen und Kinder- und Jugendeinrichtungen wichtig" (Netzwerk: Soziales neu gestalten 2006: 19).

(Generationenübergreifende) Begegnungsmöglichkeiten sind ein wichtiger Bestandteil einer tragenden sozialen Infrastruktur.

Die Stärkung und Ergänzung innerfamiliärer Generationenbeziehungen und die Initiierung und Stützung außerfamiliärer Generationenbeziehungen ist ein wichtiges Anliegen nicht nur in einer wissenschaftlichen Perspektive (vgl. etwa BMFSFJ 2012), sondern auch Gegenstand familien- und seniorenpolitischer Überlegungen. Auch der Aktionsplan der Landesregierung "Gut leben im Alter" macht auf die veränderten innerfamiliären Generationenbeziehungen aufmerksam und geht davon aus, dass "neue Wege des Miteinanders der Generationen gefunden und beschritten werden" müssen (MSAGD 2012: 67). Ein Ziel der Landesregierung ist damit auch die Schaffung von "Orten der Begegnung" (MSAGD 2012: 67).

Eine besondere Herausforderung besteht allerdings darin, gerade diejenigen Personen zu erreichen, die nicht erreicht werden wollen oder können, weil sie beispielsweise durch gesundheitliche Einbußen daran gehindert werden oder aus anderen Gründen sozial isoliert leben. Gelegenheitsstrukturen bzw. Begegnungsräume müssen damit insbesondere diejenigen Personen ansprechen und aktivieren, die ein hohes Risiko für einen Selbstständigkeitsverlust oder soziale Isolation aufweisen. Im vorhergehenden Abschnitt wurde deutlich, dass zwischen einem Fünftel bis ein Viertel der Befragten in der Seniorenbefragung verschiedene Aspekte von Einsamkeit berichtet haben - jeder fünfte Befragte tauscht sich nicht mit seinen Nachbarn aus, ebenfalls jeder fünfte Befragte fühlt sich in emotionaler Hinsicht einsam und jeder vierte Befragte berichtet von sozialer Einsamkeit dahingehend, dass sein Netzwerk in Bezug auf wichtige Personen zu klein ist. Zieht man jetzt noch in Betracht, dass die durchgeführte Befragung kein vollständiges Abbild der Bevölkerung darstellt, also eher aktive und auskunftsbereite Personen erreicht wurden, liegt der Anteil einsamer Senioren und Seniorinnen noch über den berichteten Werten.

Von großer Bedeutung ist das Erreichen von Personen mit einem hohen Risiko für Selbstständigkeitsverlust oder soziale Isolation.

Zwischen bürgerschaftlichem Engagement auf der einen Seite und Begegnungsmöglichkeiten und Gelegenheitsstrukturen auf der anderen Seite besteht dabei eine doppelte Beziehung: Über den angedeuteten sozialen Zusammenhalt hinaus (vgl. Abschnitt 4.2) bildet bürgerschaftliches bzw. ehrenamtliches Engagement eine wichtige Voraussetzung für die Schaffung und spätere

Aufrechterhaltung von Begegnungsmöglichkeiten und sozialen Gelegenheitsstrukturen. Insbesondere generationenübergreifende Begegnungsmöglichkeiten sind häufig auf die Mitarbeit ehrenamtlicher Bürger und Bürgerinnen angewiesen. Auf der anderen Seite bilden solche Begegnungsmöglichkeiten in diesem Sinne auch die "Gelegenheitsstruktur" für den weiteren Ausbau von ehrenamtlichem Engagement. In dieser Perspektive können (generationenübergreifende) Begegnungsmöglichkeiten auch als engagementfördernde Infrastruktur betrachtet werden, die schon der fünfte Altenbericht gefordert hat (vgl. BMFSFJ 2006). Das umfangreiche ehrenamtliche Engagement in der Stadt Mainz (vgl. Abschnitt 4.2) bildet damit jetzt schon eine wichtige Grundlage für bestehende und ggf. neu zu schaffende Begegnungsmöglichkeiten. Davon geht auch der Aktionsplan der Landesregierung aus und fordert insbesondere die Einbeziehung von neuen Bürgern und Bürgerinnen: "Orte der Begegnung sind wichtig für ein lebendiges Gemeinwesen. Deshalb sollen die bisherigen Orte der Begegnung weiterhin gefördert und gestärkt werden [...] Vereine sollen sich des Potentials von neu in eine Gemeinde kommenden Bewohnerinnen und Bewohnern noch stärker als bisher bewusst werden, besonders des Potenzials ihrer jungen Alten. Deren Erfahrung, ihr Können und ihr Wissen ihr in der Regel größeres Zeitbudget und ihr Engagement können einen Gewinn für jeden Verein bedeuten" (MSAGD 2012: 76f).

Zwischen ehrenamtlichem Engagement und Begegnungsmöglichkeiten besteht eine enge Verbindung.

Insgesamt also zeigt sich in der Kombination von einem zufriedenstellenden sozialen Zusammenhalt und der Bereitschaft, im Rahmen von bürgerschaftlichem Engagement "Sorge" für andere Menschen zu übernehmen, ein guter Ausgangspunkt für weitergehende Begegnungsmöglichkeiten, insbesondere im Hinblick auf den intergenerationellen Austausch. Es ergibt sich damit der folgende Handlungsschritt:

Handlungsschritt 4

Notwendig und sinnvoll ist die Förderung von intergenerationellen Begegnungs- Kommunikations- und Erfahrungsräumen mit dem Ziel, Sozialbeziehungen zu initiieren. Darüber hinaus bieten solche Begegnungsmöglichkeiten die "Gelegenheitsstruktur" für den weiteren Ausbau von ehrenamtlichem Engagement.

Der Blick in die bundesweite Praxis zeigt eine Vielzahl von Begegnungsmöglichkeiten und Gelegenheiten für sozialen Austausch, etwa in den Bereichen:

- Austausch bzw. Transfer von Wissen, Kenntnissen und Fertigkeiten zwischen Generationen
- Kontaktmöglichkeiten durch soziale und kulturelle Angebote
- generationenübergreifende Nachbarschaftstreffs
- Häuser der Familien
- Mehrgenerationenhäuser
- Pflegestammtische
- Bürgertreffs
- Lokale Bündnisse für Familien
- Zeitzeugenarbeit

- Senior-Junior-Partnerschaften in Ausbildung, Schule und Beruf
- Mehrgenerationenhäuser

Allerdings besteht die koordinierende Tätigkeit im Quartier nicht vorrangig in der weiteren Schaffung von Begegnungsmöglichkeiten und Gelegenheiten für den sozialen Austausch. Koordination im Quartier und die Schaffung einer Anlaufstelle spielen für den sozialen Austausch aber eine bedeutsame Rolle.

Bedeutung von Koordination im Quartier und der Anlaufstelle für das Quartier

- Insbesondere im Rahmen der Identifizierung und Analyse des Quartiers entstehen umfangreiche Kenntnisse über die verfügbaren Begegnungsmöglichkeiten und Gelegenheiten für den sozialen Austausch.
- Der Koordinator ist Anlaufstelle für alle interessierten Personen im Quartier, vermittelt Kontakte und Informationen, die er im Rahmen der Quartiersanalyse zusammengestellt hat.
- Der Koordinator ist wesentlich für die Vernetzung der Akteure im Quartier verantwortlich: Im Rahmen dieser Tätigkeit können ggf. auch gemeinsam weitere Ideen und Vorschläge für Begegnungsmöglichkeiten und Gelegenheiten für den sozialen Austausch entwickelt werden
- Zuletzt bietet die Anlaufstelle auch den räumlichen Rahmen für die Durchführung von Veranstaltungen aller Art und kann sich auf diese Weise zum Mittelpunkt für Begegnungsmöglichkeiten aller Art entwickeln.

5.5 Vernetzung der Akteure im Quartier

Den Kommunen kommt im Rahmen der Gemeinwesenarbeit die prinzipielle Verantwortlichkeit für die Moderation und Steuerung der Quartiersentwicklung zu (vgl. Michell-Auli & Kremer-Preiss 2013). Die zentrale Funktion besteht dabei in der Netzwerkarbeit. So geht etwa Klie davon aus, dass eine sorgende Gemeinschaft "einer sicherheitsstiftenden Infrastruktur und eines professionellen Back-ups" bedarf (Klie 2014: 128). Diese Elemente sieht Klie vor allem in kommunaler Planung, Steuerung und Vernetzung.

Das Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung (2014) bezeichnet dies auch als Notwendigkeit, Allianzen für das Alter zu schmieden, bestehend aus (älteren) Bürgern und Bürgerinnen und Akteuren, die gemeinnützig oder gewerblich im Bereich der Altenhilfe tätig sind (vgl. Michell-Auli & Kremer-Preiß 2013). Dabei ist für die Kommunen aber zu beachten, dass sie "zwar eine Koordinierungs-, aber keine dirigistische Steuerungsfunktion haben. Im Sinne des Subsidiaritätsprinzips sollte es einem pluralen Spektrum freier Träger überlassen bleiben, die nötigen Dienstleistungen im Verbund mit anderen, aber auch im produktiven Wettbewerb untereinander zu erbringen" (Netzwerk: Soziales neu gestalten 2009: 12).

Handlungsschritt 5

Notwendig ist eine durch den Koordinator erfolgende Vernetzung aller relevanten Akteure im Quartier.

Der Koordinator ist dabei derjenige, "der Prozesse anstößt, begleitet, motiviert, der zuhört, berät, über Ressourcen verfügt, diese besorgt oder zur Verfügung stellt" (Bott 2014: 27). Nach Ansicht von Bott vermischen sich an dieser Stelle drei Tätigkeiten bzw. Funktionen: Die Funktionen eines Netzwerkers, eines Kümmerers und eines Moderators, die aber letztlich wieder in einer Gesamtaufgabe zusammenlaufen: "Im Grunde genommen haben diese drei Begriffe, neben den gemeinsamen Aspekten des 'Beförderns' von Engagementprozessen, der Einbindung von anderen Personen, der Organisation von freiwilligen Austausch- und Hilfeprozessen zugunsten verschiedener sozialer Gruppen in den Bedeutungsunterschieden Verhaltensaspekte, die alle - zu verschiedenen Zeiten - in solchen Engagementprozessen gebraucht werden. Es gibt Zeiten, in denen das Helfen, Zuhören, Mittragen, Sichkümmeren im Vordergrund steht, aber auch Zeiten, in denen man geschickt und versiert an Netzen strickt und sich Einfluss und Gehör verschaffen muss. An anderer Stelle wiederum ist es wichtig, zu begleiten, zu kommentieren, zu verbinden und sich selbst zurückzunehmen, die anderen machen zu lassen, ihnen Anerkennung zu geben" (Bott 2014: 28)

Ein Überblick derjenigen Aufgaben, die Netzwerkarbeit im Quartier zur Folge hat, findet sich bei Früchtel et al. (2013: 135f). In der folgenden Übersicht werden ausgewählte Aspekte im Hinblick auf ihre Umsetzung im Rahmen des Projekts "Weiterentwicklung der offenen Seniorenarbeit in der Stadt Mainz" analysiert.

Funktionen und Inhalte der Netzwerkarbeit

Quartiersbezogene Funktionen	Inhalte der Netzwerkarbeit
Netzwerke bestimmen	<ul style="list-style-type: none"> • Akteure identifizieren (Quartiersbestimmung und -analyse) • bestehende Kooperationen und informelle Netzwerke analysieren • durch Workshops (siehe oben)
Netzwerke fördern und institutionalisieren	<ul style="list-style-type: none"> • Vernetzung anregen • Kontakte zwischen Interessierten anregen • "Kennenlernen" der Netzwerkpartner organisieren (z.B. über Workshop, siehe oben) • Ressourcen zur Verfügung stellen • Fortbildungen für Akteure organisieren (vor allem Ehrenamtliche)
Lücken im Beteiligtenetzwerk schließen	<ul style="list-style-type: none"> • Netzwerke auf Träger- und Themenlücken analysieren • Einladungen und Angebote unterbreiten • auf Barrieren einwirken
Netzwerke im Quartier dauerhaft integrieren	<ul style="list-style-type: none"> • für Offenheit des Gremiums sorgen (über Öffentlichkeitsarbeit/siehe unten) • ggf. regelmäßige Treffen anregen und anbieten
Themen der Netzwerke auf das Quartier beziehen	<ul style="list-style-type: none"> • über Quartiersentwicklung informieren • Mitwirkung im Prozess der Quartiersentwicklung anbieten • Perspektiven auf das Quartier abfragen/ ggf. Vision für

	Zukunft des Quartiers gemeinsam erarbeiten
Ziele, Position der Netzwerke konkretisieren	<ul style="list-style-type: none"> • Transparenz der Vernetzung herstellen • ggf. Ziele und Aufgaben von Gremien präzisieren • ggf. Indikatoren für Zielerreichung formulieren
mit Verwaltung, Politik und Öffentlichkeit vernetzen	<ul style="list-style-type: none"> • Schnittstellen gestalten • Informationen zur Verfügung stellen • Kontakte herstellen und moderieren • Sichtbarmachen der erreichten Schritte über Kommunikationskanäle der Stadtverwaltung (z.B. Printmedien, Homepage, etc.) • Berichte in Gremien der Stadtverwaltung

5.6 Beratung im Quartier

Auch die Beratung vor Ort im Quartier ist ein wesentliches Element gelingender Gemeinwesenarbeit für ältere Menschen. Im Modell des KDA bildet die wohnortnahe Beratung und Begleitung den Kern einer gelingenden Quartiersentwicklung: "Eine wohnortnahe Beratung und Begleitung informiert, berät und unterstützt in Abhängigkeit von den subjektiven Bedürfnissen der Rat- und Hilfesuchenden. Dabei gilt es, eine große Bandbreite von Aufgabenfeldern - von der Klärung von Fragen zu präventivem Verhalten bis hin zur Organisation und Steuerung eines benötigten Hilfemix - abzudecken" (Michell-Auli & Kremer-Preiß 2013: 25).

Entscheidend ist dabei nach Einschätzung des KDA die Beratung und Begleitung vor Ort durch Personen, die mit dem Quartier vertraut sind: "Es bedarf der Menschen vor Ort, die mit diesem Wissen Rat- und Hilfesuchende beraten und für sie ein Bündel bedarfsgerechter und aufeinander abgestimmter Hilfen schnüren und - falls notwendig - die Organisation und die Steuerung dieses Hilfemix übernehmen" (Michell-Auli & Kremer-Preiß 2013: 25).

Unabhängig vom Inhalt der Beratung ist diese notwendig, da die "Vielzahl von oft unkoordinierten Leistungen bei den BürgerInnen zu Intransparenz und bei den AnbieterInnen - wenn sie zusammenarbeiten müssen - zu Koordinationsproblemen führt" (Michell-Auli & Kremer-Preiß 2013: 24f). Auch zeigte sich in der Seniorenbefragung, dass Angebote bzw. Dienstleistungen wie Seniorentreffs, Mahlzeitendienste, ambulante Pflegedienste oder stationäre Einrichtungen noch - unabhängig von deren Nutzung - 60 bis 70 Prozent der Befragten bekannt sind, dies aber für spezifische Beratungsangebote oder Beauftragte nicht mehr zutrifft. Diese sind teilweise nur weniger als 40 Prozent der Befragten bekannt. Notwendig ist also eine stärkere Vernetzung der vorhandenen Beratungsangebote vor Ort im Quartier.

Handlungsschritt 6

Im Quartier sollte eine kontinuierliche Form der Beratung angeboten werden, die u.a. auf der Grundlage der Netzwerkarbeit in den Bereichen Care-Management, Wohnberatung bis hin zum Case-Management Informationen vermittelt. Ziel der Anlaufstelle ist es nicht, neue Beratungsangebote zu schaffen, sondern vorhandene Beratungsangebote wie etwa die Pflegestützpunkte stärker an das Quartier anzubinden.

Zu Beginn des Abschnitts wurde bereits darauf hingewiesen, dass fallspezifische Arbeit bzw. Beratung eines von drei Tätigkeitsfeldern im Rahmen der Sozialraumorientierung darstellt. Zum jetzigen Zeitpunkt wird Beratung bereits durch die existierenden Pflegestützpunkte wahrgenommen - diese bilden damit einen Anknüpfungspunkt für eine weitergehende Anknüpfung an das Quartier. Durch die Anlaufstelle selbst bzw. diejenigen Personen, die im Rahmen dieser Anlaufstelle koordinierend tätig sind, werden keine eigenständigen Beratungen durchgeführt. Eine Anlaufstelle hat in Bezug auf Beratungen vier Funktionen (vgl. Abschnitt 4.1):

- Vermittlung von Informationen bzw. Hilfestellungen, etwa beim Ausfüllen von Formularen und Anträgen
- Vermittlung von weitergehenden Fachberatungen
- dezentrale Beratungsstelle für die stadtweiten Beratungsangebote vor Ort im Quartier (insbesondere Pflegestützpunkte)
- zentrale Beratungsstelle für die lokalen Beratungsangebote, die bereits jetzt an unterschiedlichen Orten im Quartier angeboten werden.

Der Schwerpunkt der Anlaufstelle in Bezug auf den Aspekt der Beratung liegt damit vor allem in der Vernetzung der vorhandenen Beratungsangebote. Dies ist zum einen notwendig, um die vorhandenen fachlichen Kompetenzen zu bündeln und andererseits zur Schaffung von kurzen Wegen für Ratsuchende.

In Bezug auf die Inhalte der Beratung lassen sich mindestens drei unterschiedliche Gruppen von Inhalten ausmachen, die allerdings deutliche Schnittmengen aufweisen. Von besonderer Relevanz ist - unabhängig vom Inhalt der Beratung - die Berücksichtigung auch zugehender bzw. aufsuchender Beratungs- und Unterstützungsformen für ältere Menschen. Dies ist besonders dort wichtig, wo beispielsweise Quartiere eine kollektive Alterung erfahren oder wo außerhäusliche Mobilität immer voraussetzungsvoller wird (vgl. Kricheldorf 2015).

- **Care-Management:** Ausgangslage für das Care-Management sind u.a. unkoordinierte Trägerbeziehungen, undurchsichtige Angebote, Schnittstellenprobleme, Versorgungslücken oder unzureichende Kenntnisse über Alternativen zur stationären Versorgung (vgl. Rüzler 2007). Diese können aus der Perspektive der älteren Bürger und Bürgerinnen zu Problemen führen, die es im Rahmen einer Beratung zu klären gilt. "Damit die Leistungen koordiniert für die Kundin bzw. den Kunden erbracht werden können, ist es [...] notwendig, systematisch an den Schnittstellen und Kooperationsbeziehungen zu arbeiten. Diese Aufgabe - neben der Aufgabe, Versorgungslücken zu identifizieren und gegebenenfalls Gegenmaßnahmen einzuleiten - wird auch als Care Management bezeichnet" (Michell-Auli & Kremer-Preiß 2013: 26). Dieses sollte direkt bei der wohnortnahen Beratung und Begleitung angesiedelt werden. "Durch das Zusammentreffen von Angebot und Nachfrage [...] werden auch bestehende Versorgungslücken besser evident. Die bestehende Transparenz ermöglicht es, diese zu schließen, sowie Angebote qualitativ und quantitativ auszubauen" (Michell-Auli & Kremer-Preiß 2013: 26). Eine wichtige Voraussetzung für umfassendes und gelingendes Quartiersmanagement ist allerdings die bereits dargestellte Netzwerkarbeit.
- **Case-Management:** Beratung sollte generell die Balance herstellen zwischen individuellen Wünschen nach einem selbstbestimmten und selbständigen Leben unter Vermeidung von Risiken, die sich durch den Verbleib in der gewohnten häuslichen Umgebung ergeben können. Hier kann ein quartiersbezogenes Care-Management in den meisten Fällen wertvolle Hilfestellungen leisten. In manchen Fällen ist aber auch ein Case-Management notwendig, also die individuelle und gezielte Steuerung und Organisation eines als notwendig erachteten Hilfemix. "Im Zusammenhang mit der Entwicklung einer stärker integrierten Versorgung kann ein sinnvolles Case-Management eine wichtige Rolle spielen. Die Funkti-

on eines Case-Managements könnte sein, einen individuell konkretisierbaren 'Sorge-Mix' aus professionellen und nicht-professionellen Angeboten für Pflegebedürftige zusammenzustellen und erkennbar zu machen" (Netzwerk: Soziales neu gestalten 2009: 14).

- **Wohnberatung:** Neben Care- und Case-Management sollte eine qualifizierte Wohnberatung fester Bestandteil der Beratungstätigkeit im Quartier sein. Im Fokus der zu schaffenden Anlaufstellen stellt ja gerade das möglichst lange selbständige Wohnen in der eigenen Wohnung bzw. im eigenen Haus den Ausgangspunkt der vorliegenden Konzeptentwicklung dar. Wohnberatung ist damit ein wichtiger Bestandteil des Verbleibs im Quartier und könnte beispielsweise folgende Aspekte umfassen:
 - Wohnberatung in Bezug auf verschiedene Wohnformen (Betreutes Wohnen, seniorengerechte Wohnungen, gemeinschaftliches Wohnen), vorrangig aber in Bezug auf das Wohnen in der eigenen Wohnung bzw. dem eigenen Haus
 - Barrierefreies Wohnen und Bauen
 - Technische Unterstützung in Haus und Haushalt bis hin zu "Assisted Ambient Living" (AAL) oder Umzugsmanagement

6. Zusammenfassung und Handlungsempfehlungen

Ausgangslage und Leitziel der Konzeptentwicklung

Der demografische Wandel sollte neben den Auswirkungen auf die Bevölkerungs- und Altersstruktur nicht losgelöst von Veränderungen im Bereich der (familialen und nicht-familialen) Lebensformen betrachtet werden. Fachliche Diskussionen und praktische Beispiele weisen darauf hin, dass zwischen den Generationen neue Formen der intra- und intergenerationellen Solidarität notwendig sind und bereits erprobt werden - dies zeigt etwa die Diskussion um die "sorgenden Gemeinschaften" oder "neuen Nachbarschaften".

Zudem zeigt die gerontologische Forschung, dass ältere Menschen solange wie möglich in ihrer vertrauten Wohnung bzw. ihrem Haus in der bekannten räumlichen und sozialen Umwelt - ihrem Quartier - wohnen bleiben möchten, auch wenn dieses Quartier nicht in jeder Hinsicht eine optimale Umwelt darstellt.

Vor diesem Hintergrund hat sich eine intensive Diskussion darüber entwickelt, welche Rolle das Quartier für den Verbleib in der eigenen Wohnung bzw. im eigenen Haus haben kann. Eine Vielzahl von Praxisprojekten hat sich mit der Frage auseinandergesetzt, welche Strukturen in einem Quartier notwendig sind, um auch bei einem eventuellen Pflegebedarf selbständig in der bisherigen Wohnung bzw. im bisherigen Haus wohnen bleiben zu können. Auch auf kommunaler Ebene wird zunehmend erkannt, dass Altenhilfe mehr bedeutet als nur Pflegestrukturplanung - dies zeigt etwa die steigende Bedeutung von Gemeinwesenarbeit im Quartier.

An diese Diskussion anknüpfend hat es sich die Stadt Mainz zum Ziel gesetzt, die offene Seniorenarbeit in den Quartieren der Stadt weiterzuentwickeln. Die Grundlage für diese Weiterentwicklung bildet dabei das vorliegende Konzept. Hauptziel des vorliegenden Konzepts ist die Entwicklung eines überschaubaren lokalen Hilfenetzes im Quartier vor dem Hintergrund der folgenden Frage:

"Wie kann sichergestellt werden, dass ältere Menschen mit ihren unterschiedlichen Bedürfnissen auch bei Hilfe- und Pflegebedarf - solange wie möglich - und unter Erhalt größtmöglicher Zufriedenheit und Lebensqualität selbstbestimmt Zuhause im Quartier leben können?"

Mit diesem Konzept soll ein Teil der strukturellen Voraussetzungen zur Erreichung dieses Ziels geschaffen werden. Konkret geht es in Bezug auf ein selbstbestimmtes Wohnen und Leben im Alter um die Erreichung der folgenden Oberziele:

- Es gibt vielfältige, interessante, ansprechende, generationenübergreifende und niedrigschwellig erreichbare Angebote in den Stadtteilen.
- Die Akteure aller seniorenrelevanten Angebote und Institutionen sind vernetzt und die Aktivitäten orientieren sich an gemeinsam erarbeiteten Handlungsmaximen.
- Die Bereiche Pflege bzw. Versorgung und Teilhabe werden verknüpft.
- Die Informationen der verschiedenen Akteure werden über das Amt für Jugend und Familie gebündelt und öffentlich zugänglich gemacht.

Die Konzeptentwicklung erfolgt im Rahmen des Bundesmodellprogramms "Anlaufstellen für ältere Menschen" des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und wurde im Jahr 2014 von der Stadt Mainz an das Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz gGmbH (ism gGmbH) vergeben. Die Konzeptentwicklung wurde vom ism gGmbH im Zeitraum Juni

2014 bis Juni 2015 in Abstimmung mit der Stadt Mainz durchgeführt

Langfristige Ziele der Arbeit im Quartier

Aufbauend auf der oben beschriebenen Ausgangssituation ist der demografische Wandel durch langfristige Maßnahmen zu gestalten. Hierbei werden insbesondere die Kommunen vor eine neuartige Aufgabe gestellt. Diese müssen durch die Schaffung geeigneter Strukturen vor Ort im Quartier die Voraussetzungen dafür schaffen, dass langfristig die folgenden Ziele erreicht werden können:

- Die empirisch gut belegten Veränderungen in den familialen Generationenbeziehungen erfordern Veränderungen in den gesamtgesellschaftlichen Generationenbeziehungen, insbesondere in Bezug auf diejenigen außerhalb von Familien. Vor diesem Hintergrund besteht ein wichtiges Ziel in der Stärkung der **Solidarität zwischen den Generationen**, indem bereits bestehende Beziehungen zwischen den Generationen durch Strukturen vor Ort im Quartier weiter gefördert und unterstützt werden. Selbstverständlich sollen diese Generationenbeziehungen innerfamiliäre Beziehungen nicht ersetzen, aber ggf. ergänzen.
- Neben der Beförderung vor allem der außerfamiliären Generationensolidarität sollte Arbeit im Quartier bzw. sollten Strukturen im Quartier langfristig dazu führen, dass sich in diesen Quartieren weitergehende subsidiäre Unterstützungsstrukturen im Sinne "**sorgender Gemeinschaften**" bilden können. Gemeint ist also die Schaffung von weiteren Voraussetzungen dafür, dass die Bewohner und Bewohnerinnen noch stärker als bislang Verantwortung füreinander übernehmen. Hier zeigen sich auch deutliche Bezüge zu einer weitergehenden Mobilisierung des bürgerschaftlichen Engagements als einer wichtigen Säule des Gemeinwesens. Von großer Bedeutung ist an dieser Stelle aber zugleich, dass bürgerschaftliches Engagement nicht Einsparungen im sozialen Bereich, etwa in der Altenhilfe, in den Kommunen vor Ort kompensieren, aber ergänzen sollte.
- Voraussetzung für die Schaffung von Strukturen im Quartier, die den Verbleib älterer Menschen im Quartier sicherstellen sollen, ist von Beginn an die **umfassende Partizipation** eben dieser Menschen im Sinne einer direkten und intensiven Beteiligung bereits in der Phase der Planung und Gestaltung des Quartiers. Aus der Perspektive des Empowermentansatzes können die Beteiligten auch als Akteure und Experten in eigener Sache gesehen werden. Von großer Bedeutung ist daher für die Beteiligung der älteren Bürger und Bürgerinnen auch die Wahl einer jeweils angemessenen Methode der Beteiligung.
- Entscheidend aber für die Erreichung dieser langfristigen Ziele ist die **Verstetigung der Quartiersarbeit** nach Ablauf einer Projekt oder Anlaufphase. Diese Verstetigung kann nur gelingen, wenn eine nachhaltige Finanzierung der Strukturen vor Ort bzw. im Quartier sichergestellt werden kann. Dieser notwendigen Finanzierung stehen mögliche Einspareffekte gegenüber: So kann beispielsweise durch den längeren Verbleib in der bisherigen Wohnung oder im bisherigen Haus der weitere Ausbau von stationären Pflegeplätzen vermieden werden.

Ausgangssituation in der Stadt Mainz

Von entscheidender Bedeutung im Rahmen der vorliegenden Konzeptentwicklung ist die umfangreiche Beteiligung von Bürgern und Bürgerinnen. Diese wurde sichergestellt durch die Durchführung und Analyse von zwei Expertenworkshops, zwei Workshops in den Stadtteilen Lerchenberg und Bretzenheim und einer Anfang 2015 durchgeführten Seniorenfrage mit über 1.300 Mainzer Senioren und Seniorinnen im Alter von 60 Jahren und älter.

Die Expertenworkshops zeigten dabei u.a., dass die Vielzahl tatsächlich vorhandener Angebote aus dem Bereich der Altenhilfe nicht hinreichend bekannt ist. Wünschenswert ist nach Ansicht der Experten und Expertinnen sowohl ein jeweils quartiersbezogener Überblick der vorhandenen Angebote und eine bessere Vernetzung und Abstimmung mit den jeweiligen Akteuren im Quartier. Gefordert wurde darüber hinaus, quartierbezogene Strukturen zu schaffen, die als "Sammelbecken" für Angebote und Dienstleistungen im Quartier fungieren könnten und die weitere Schaffung von alltagsnahen Dienstleistungen wie etwa Einkaufs- oder Fahrdiensten. Die Workshops in den Stadtteilen Lerchenberg und Bretzenheim dienten demgegenüber insbesondere der Analyse von Wünschen und Bedürfnissen auf Seiten der Bürger und Bürgerinnen. Auch diese beklagten sich über die unzureichenden Informationsmöglichkeiten über die Vielzahl von Angeboten und Dienstleistungen.

Gefordert wurde zum einen die bessere Abstimmung von Angeboten und zum anderen eine koordinierte Öffentlichkeitsarbeit der Akteure vor Ort. Gewünscht wurde darüber hinaus ein stärkerer Austausch zwischen den Generationen und eine stärkere Sensibilisierung für die Bedürfnisse des Alters. Beide Teilnehmergruppen - Experten, Expertinnen, Bürger und Bürgerinnen - wiesen schließlich auf die besonderen Bedürfnisse von isoliert lebenden Menschen hin und stellten die Frage, wie insbesondere diese Gruppe erreicht werden kann.

Im Mittelpunkt der empirischen Analyse steht die Seniorenbefragung. Die befragten Senioren und Seniorinnen sind insgesamt mit ihrem Leben in Mainz sehr zufrieden. Im Detail zeigte die Befragung folgendes:

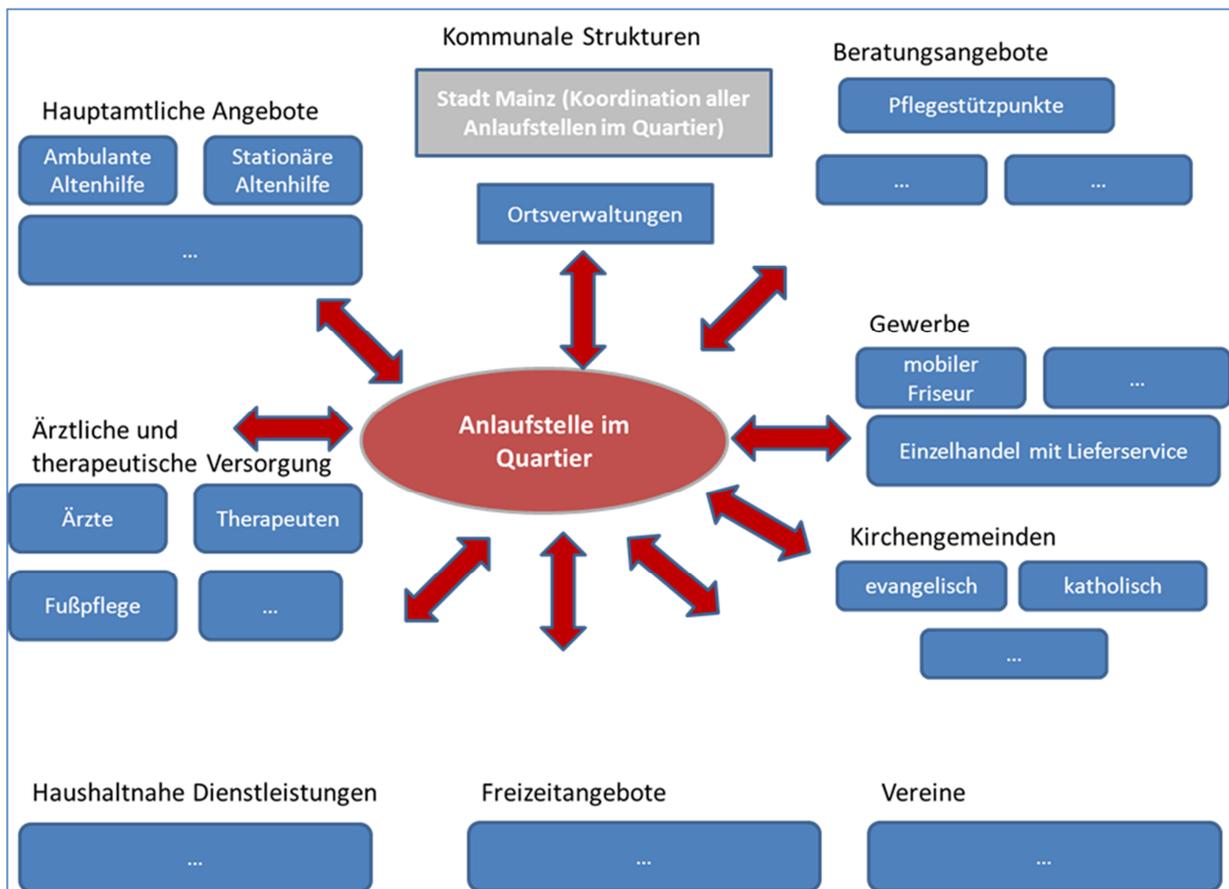
- Trotz bestehender körperlicher Einschränkungen sind die Befragten mit ihrer Gesundheit überwiegend sehr zufrieden, auch wenn die Gesundheit bei den meisten Befragten schlechter geworden ist.
- Die Senioren und Seniorinnen sind sehr mobil, insbesondere mit dem eigenen Auto. Alternativ werden sehr häufig Bus oder Bahn genutzt.
- Die Zufriedenheit mit dem Wohnumfeld fällt sehr hoch aus. Dies gilt insbesondere für den Anschluss an den ÖPNV, das Vorhandensein von Ärzten, Apotheken und Einkaufsmöglichkeiten und die Möglichkeiten zum Spazierengehen. Zudem berichten die Befragten über eine hohe Verbundenheit bzw. Zufriedenheit mit der Wohngegend.
- Die Angebote und Dienstleistungen für Senioren und Seniorinnen sind den Befragten – unabhängig von deren Nutzung – allerdings nur teilweise vertraut und bekannt.
- Die Häuser bzw. Wohnungen der Befragten sind nach eigener Einschätzung nur bedingt für das Leben im Alter geeignet, noch berichten die Befragten aber nur über wenige Probleme in Bezug auf die Wohnsituation.
- Die Befragten möchten auch bei einer eventuellen Pflegebedürftigkeit zumeist in ihrem Haus bzw. ihrer Wohnung bleiben.
- Die Befragten berichten über ausgeprägte nachbarschaftliche Kontakte, auf der anderen Seite tauscht sich rund jeder fünfte Befragte nicht mit seinen Nachbarn aus.
- Die befragten Mainzer und Mainzerinnen belegen ein ausgeprägtes freiwilliges Engagement.
- Zwischen 20 und 25 Prozent der Befragten sind nach subjektiver Einschätzung einsam.

Insgesamt sehen die meisten Befragten - auch trotz möglicher Probleme - ihre Zukunft im bisherigen Stadtteil: Auch im hohen Alter und bei einer eventuellen Pflegebedürftigkeit oder anderweitigem Unterstützungsbedarf kann bei Mainzer Senioren und Seniorinnen von einem Verbleib im Quartier ausgegangen werden.

Notwendige Strukturen vor Ort

Die gewonnenen Erkenntnisse aus der Beteiligung von Mainzer Experten, Expertinnen, Bürgern und Bürgerinnen machen zusammen mit den langfristigen Zielen von Arbeit im Quartier die enorme Bedeutung von Strukturen vor Ort - im Quartier - deutlich. Diese Strukturen sollten als Querschnittsaufgabe innerhalb der kommunalen Strukturen und vor Ort im Quartier verankert werden und darüber hinaus eine generationenübergreifende Perspektive beinhalten. Dies kann über die Einrichtung von Anlaufstellen in jedem Stadtteil der Stadt Mainz gewährleistet werden.

Abbildung 26: Struktur der Anlaufstelle im Quartier



Quelle: eigene Darstellung

Langfristig sollen solche Anlaufstellen in allen Stadtteilen der Stadt Mainz geschaffen werden. Dabei kommt der Koordination aller Anlaufstellen durch die Stadt Mainz eine besondere Bedeu-

tung zu. Diese Koordination beinhaltet etwa Fortbildungen, Beratungen, Unterstützung in Bezug auf die Netzwerkarbeit im Quartier oder Supervisionen derjenigen Personen, die im Quartier im Rahmen einer Anlaufstelle tätig sind.

Diese Struktur weist zugleich einen deutlichen Bezug zur Sozialraumorientierung auf, die neben der fallspezifischen Arbeit insbesondere durch fallübergreifendes und fallunspezifisches Vorgehen gekennzeichnet ist. Diese Tätigkeiten sind vor allem kennzeichnend für Soziale Arbeit im Quartier im Rahmen der Kinder- und Jugendhilfe. Das Konzept der Sozialraumorientierung kann aber auch auf die Soziale Arbeit mit älteren Menschen im Quartier übertragen werden.

Funktionen der Anlaufstelle im Quartier

Die zu schaffenden Anlaufstellen im Quartier bedeuten hier vor allem die räumliche Konzentration der verschiedenen Angebote und Akteure an einem zentralen, gut zu erreichenden und vor allem barrierefreien Ort im Quartier. Dabei sollte insbesondere die Anknüpfung an vorhandene Strukturen vor Ort geprüft werden, also beispielsweise an vorhandene Institutionen wie Mehrgenerationenhäuser, Pflegeheime als Quartiershäuser oder vorhandene Treffpunkte. Im Rahmen dieser Anlaufstellen können die folgenden Aufgaben und Funktionen übernommen werden:

- Zentrale und zugleich lokale Anlaufstelle für alle Generationen im Quartier
- Vermittlung von Informationen bzw. Hilfestellungen, etwa beim Ausfüllen von Formularen und Anträgen bis hin zur Vermittlung von weitergehenden Fachberatungen
- Vermittlung von (ehrenamtlichen) haushaltsnahen Dienstleistungen, Fahrdiensten oder sonstigen ehrenamtlichen und hauptamtlichen Angeboten
- Informationen über Freizeitangebote
- Dezentrale Beratungsstelle für vorhandene Beratungsangebote (z.B. Pflegestützpunkte) bzw. einheitlicher "Beratungsort" für Beratungsangebote im Quartier
- Treffmöglichkeit für lokale Gruppen, Vereine oder Selbsthilfegruppen.
- Schulungs- und Bildungszentrum für ehrenamtlich Tätige oder sonstige Angebote im Bereich der Familien, Erwachsenen- oder Seniorenbildung
- Veranstaltungsort für lokale Vorträge und Informationsveranstaltungen
- Veranstaltungsort für sozialen Austausch und kulturelle Angebote

Aufgaben der Koordination im Quartier

Wesentliche Voraussetzung für die Aufgabenerfüllung einer solchen Anlaufstelle ist die Koordination durch mindestens eine Person ("Kordinator"), die das Quartiersmanagement gleichsam im Blick hat. Der Schwerpunkt dieser koordinierenden Tätigkeit liegt in der Identifizierung und Analyse des Quartiers, in der Netzwerkarbeit und der Schaffung und Begleitung von Begegnungsmöglichkeiten und Gelegenheitsstrukturen. Unterstützt und flankiert werden kann die koordinierende Tätigkeit durch ehrenamtliche Personen:

- Am Beginn der Arbeit im Quartier steht aber zunächst einmal die **Identifizierung des Quartiers mit Hilfe geeigneter Methoden**. Entscheidend für eine intergenerationelle Gemeinwesenarbeit ist die Bestimmung dessen, was von den Bewohnern und Bewohnerinnen als Quartier erlebt wird. Auch wenn die Quartiere in dieser Einschätzung nicht unbedingt deckungsgleich sein müssen mit der kommunalen Planungsstruktur, sollten dabei die 15 Stadtteile der Stadt Mainz den Ausgangspunkt für die Quartiersbestimmung bilden.
- Daran anschließend erfolgt eine **Analyse des Quartiers**, in der Bedarfe und die Ist-Situation erfasst werden. Jedes Quartier weist eine spezifische Situation auf, die so analysiert werden soll. Von großer Bedeutung ist hierbei die Verwendung beteiligungsorientierter und

auch generationenübergreifender Verfahren. Denkbar ist auch, dass im Rahmen dieser Analyse mit den Beteiligten bereits eine Vision erstellt wird, wie das Leben im Quartier mittel- bis langfristig aussehen sollte. Zur Analyse des Quartiers sollten insbesondere niedrigschwellige Methoden verwendet werden.

- Eine weitere Aufgabe besteht in der **Schaffung oder dem Ausbau von generationenübergreifenden Begegnungsmöglichkeiten** als Bestandteil einer tragenden sozialen Infrastruktur. Eine besondere Herausforderung besteht dabei vor allem im Erreichen von Personen mit einem hohen Risiko für Selbstständigkeitsverlust oder soziale Isolation. Aufbauend auf dem hohen sozialen Zusammenhalt in der Stadt Mainz sollten also intergenerationelle Begegnungsräume geschaffen werden mit dem Ziel, Sozialbeziehungen zu stärken oder aufzubauen. Darüber hinaus bieten solche Begegnungsmöglichkeiten die "Gelegenheitsstruktur" für den weiteren Ausbau von ehrenamtlichem Engagement.
- Parallel zu diesen Aufgaben kommt der Koordination im Quartier mit der Vernetzung der Akteure - der **Netzwerkarbeit** - eine weitere und andauernde Funktion zu. Diese ist insbesondere gekennzeichnet durch die Bestimmung der Netzwerke, dem Erkennen und Schließen von eventuellen Lücken im Netzwerk und der Institutionalisierung und dauerhaften Integration. Bedeutsam ist darüber hinaus auch die Vernetzung mit der kommunalen Verwaltung und eine koordinierte Öffentlichkeitsarbeit.

Ausblick und Übertragbarkeit

Altern im Quartier kann gestaltet werden. Vor dem Hintergrund der empirischen Erkenntnisse im Rahmen der Beteiligungsstruktur in der Stadt Mainz in Verbindung mit den dargestellten langfristig zu erreichenden gesellschaftlichen Zielen ergibt sich die Notwendigkeit zum kommunalpolitischen Handeln vor Ort im Quartier. Dies zeigt sich unter anderem im Wunsch der Befragten, solange wie möglich, auch bei eventuellen Problemen, in der bisherigen Wohnung bzw. im bisherigen Haus wohnen zu bleiben. Die Landeshauptstadt Mainz stellt sich dieser Herausforderung im Rahmen der Konzeptentwicklung für die "Weiterentwicklung der offenen Seniorenarbeit in der Stadt Mainz". Das vorgeschlagene Konzept gilt es nun umzusetzen.

Die beschriebenen Anlaufstellen sollen langfristig in allen Stadtteilen der Stadt Mainz geschaffen werden. Entscheidend ist dabei insbesondere die Anknüpfung an vorhandene Strukturen. Mit einer solchen Struktur können sich langfristig auch fiskalische Einspareffekte einstellen, da durch eine gelingende Quartiersentwicklung und dem damit längeren Verbleib in den "eigenen vier Wänden" auch beispielsweise der weitere Ausbau im Bereich der stationären Pflege zumindest teilweise kompensiert werden kann.

Literatur

Aner, K. (2010): Soziale Altenhilfe als Aufgabe Sozialer Arbeit. In: Aner, K. & Karl, U. (Hrsg.): Handbuch Soziale Arbeit und Alter. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften/GWV Fachverlage GmbH, 33-50.

Backes, G.M. & Clemens, W. (2008): Lebensphase Alter. Eine Einführung in die sozialwissenschaftliche Altersforschung. Weinheim und München: Juventa Verlag.

Baltes, P. B.; Baltes, M. M. (1990): Psychological perspectives on successful aging. The model of selective optimization with compensation. In: Baltes, P. B.; Baltes, M.M. (Hg.): Successful Aging: Perspectives from the Behavioral Sciences. Perspectives from the Behavioral Sciences: Cambridge University Press, 1–34.

Baltes, P. B.; Baltes, M. M. (1992): Begriff, Herausforderung und Brennpunkte. In: Baltes, P. B.; Mittelstraß, J. (Hrsg.): Alter und Altern: ein interdisziplinärer Studententext zur Gerontologie. Berlin, New York: de Gruyter, 1 - 34.

Becker, S.; Kaspar, R.; Kruse, A. (2006): Die Bedeutung unterschiedlicher Referenzgruppen für die Beurteilung der Lebensqualität demenzkranker Menschen. Kompetenzgruppenbestimmung mit H.I.L.DE. In: Zeitschrift für Gerontologie + Geriatrie, Jg. 39, H. 5, 350–357.

Becker, S.; Kaspar, R.; Kruse, A. (2010): Heidelberger Instrument zur Erfassung der Lebensqualität demenzkranker Menschen (H.I.L.DE.) - das Instrument in seinen konzeptionellen Grundlagen und in seiner praktischen Anwendung. In: Kruse, Andreas (Hg.): Lebensqualität bei Demenz? Zum gesellschaftlichen und individuellen Umgang mit einer Grenzsituation im Alter. Heidelberg: Akademische Verlagsgesellschaft, 137-155.

Becker, S.; Kruse, A.; Schröder, J.; Seidl, U. (2005): Das Heidelberger Instrument zur Erfassung von Lebensqualität bei Demenz (H.I.L.DE.). Dimensionen von Lebensqualität und deren Operationalisierung. In: Zeitschrift für Gerontologie und Geriatrie, 38 (2), 108-121.

Beetz, S. & Wolter, B. (2015): Alter(n) im Wohnumfeld zwischen Individualisierung und kollektivem Handeln. In: Rießen, A. van; Bleck, C. & Knopp, R. (Hrsg.): Sozialer Raum und Alter(n). Zugänge, Verläufe und Übergänge sozialräumlicher Handlungsforschung. Wiesbaden: Springer Fachmedien, 207-224.

Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung (2014): Stadt für alle Lebensalter. Wo deutsche Kommunen im demografischen Wandel stehen und warum sie altersfreundliche werden müssen.

Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung (2015): Von Hürden und Helden. Wie sich das Leben auf dem Land neu erfinden lässt. Berlin: Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung.

Bertelsmann Stiftung (2014): Radar gesellschaftlicher Zusammenhalt - messen was verbindet. Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Deutschland. Gütersloh.

Bleck, C.; Rießen, A. van & Schlee, T. (2015): Soziale Ressourcen Älterer erkennen. Über forschungsmethodische Impulse und Blockaden in der Suche nach Begegnungs- und Kommunikationsorten älterer Menschen. In: Rießen, A. van; Bleck, C. & Knopp, R. (Hrsg.) (2015): Sozialer Raum und Alter(n). Zugänge, Verläufe und Übergänge sozialräumlicher Handlungsforschung. Wiesbaden: Springer Fachmedien, 265-287.

Brandenburg, H.; Güther, H. (2014): Lebensqualität und Demenz – theoretische, methodische und praktische Aspekte. In: Coors, M.; Kumlehn, M. (Hrsg.): Lebensqualität im Alter. Gerontologische und ethische Perspektiven auf Alter und Demenz. Stuttgart: Kohlhammer, 127-149.

- Bott, J.M. (2014): Netzwerkarbeit und Selbstorganisation im demografischen Wandel. Berlin: Verlag Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e.V.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (2004): Modellprogramm "Selbstbestimmt Wohnen im Alter". Kurzfassung Ausblick. Berlin.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (2006): Fünfter Bericht zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik Deutschland. Potenziale des Alters in Wirtschaft und Gesellschaft - Der Beitrag älterer Menschen zum Zusammenhalt der Generationen. Berlin.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (2012): Generationenbeziehungen - Herausforderungen und Potenziale. Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats für Familienfragen beim Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Kurzfassung. Berlin.
- Claßen, K.; Oswald, F.; Doh, M.; Kleinemas, U. & Wahl, H.-W. (2014): Umwelten des Alterns. Wohnen, Mobilität, Technik und Medien. Stuttgart: Verlag W. Kohlhammer.
- Deutsches Zentrum für Altersfragen/DZA (2014): Veränderungen der Gesundheit im Alter. <http://www.dza.de/forschung/deas/presstexte.html> (abgerufen am 15.11.2014)
- Diener, E. (2000): Subjective Well-Being. The Science of Happiness and a Proposal for a National Index. In: American Psychologist, Jg. 55, H. 1, 34-43.
- Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V. (2000): Weiterentwicklung der offenen Altenhilfe. In: Nachrichtendienst des Deutschen Vereins, Nr. 2. Berlin.
- Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V. (2006): Empfehlungen zur Gestaltung der sozialen Infrastruktur in den Kommunen mit einer älter werdenden Bevölkerung. Berlin.
- Fehren, O. & Hinte, W. (2013): Sozialraumorientierung - Fachkonzept oder Sparprogramm? Ein Beitrag von Oliver Fehren und Wolfgang Hinte. Berlin: Eigenverlag des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e.V.
- Früchtel, F.; Budde, W. & Cyprian, G. (2013): Sozialer Raum und Soziale Arbeit. Fieldbook: Methoden und Techniken. 3., überarbeitete Auflage. Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Generali Zukunftsfonds (Hrsg.) & Institut für Demoskopie Allensbach (2012): Generali Altersstudie 2013. Wie ältere Menschen leben, denken und sich engagieren. Bonn: Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung.
- Jurczyk, K. & Klinkhardt, J. (2014): Vater, Mutter, Kind? Acht Trends in Familien, die Politik heute kennen sollte. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung.
- Klie, T. (2014): Wen kümmern die Alten? Auf dem Weg in eine sorgende Gesellschaft. München: Pattloch Verlag.
- Klie, T. & Spiegelberg, R. (Hrsg.) (1998): Fürs Alter sorgen. Grundlagen, Methoden, Standards kommunaler Altenplanung. Freiburg: Kontaktstelle für praxisorientierte Forschung e.V. an der Evangel. Fachhochschule Freiburg.
- Kricheldorf, C. (2015): Altern im Gemeinwesen aus sozialgerontologischer Perspektive. In: Rießen, A. van; Bleck, C. & Knopp, R. (Hrsg.): Sozialer Raum und Alter(n). Zugänge, Verläufe und Übergänge sozialräumlicher Handlungsforschung. Wiesbaden: Springer Fachmedien, 15-30.
- Kruse, A. (2004): Gemeinsam für ein besseres Leben mit Demenz in Wissenschaft und Gesellschaft. Institut für Gerontologie, Universität Heidelberg. Heidelberg.

- Kruse, A. (2013): *Alternde Gesellschaft - eine Bedrohung? Ein Gegenentwurf von Andreas Kruse*. Berlin: Eigenverlag des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e.V.
- Landeshauptstadt Mainz, Dezernat für Soziales, Kinder, Jugend, Schule und Gesundheit (2013): *Sozialraumanalyse Mainz 2012. Fortschreibung der Analyse der sozialräumlichen Struktur der Landeshauptstadt Mainz*.
- Lawton, M. P. (1994): *Quality of Life in Alzheimer Disease*. In: *Alzheimer Disease and Associated Disorders*, Jg. 8, H. Suppl. 3, 138–150.
- Lawton, M. P. (2001): *Quality of life and the end of life*. In: Birren, J. E.; Schaie, K. W. (Hg.): *Handbook of The Psychology of Aging*. San Diego: Academic Press, 592–616.
- Martin, M. & Kliegel, M. (2005): *Psychologische Grundlagen der Gerontologie*. Stuttgart: Kohlhammer Verlag.
- Michell-Auli, P. & Kremer-Preiß, U. (2013): *Quartiersentwicklung. KDA-Ansatz und kommunale Praxis*. Köln: Kuratorium Deutsche Altershilfe.
- Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.) (2011): *Moderne Sozialplanung. Ein Handbuch für Kommunen*. Düsseldorf.
- Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie Rheinland-Pfalz (MSAGD) (2012): *Gut leben im Alter. Aktionsplan der Landesregierung zur Politik für Seniorinnen und Senioren in Rheinland-Pfalz*. Mainz.
- Mollenkopf, H.; Oswald, F. & Wahl, H.-W. (2004): *Neue Person-Umwelt-Konstellationen im Alter: Wohnen, außerhäusliche Mobilität und Technik*. In *Sozialer Fortschritt*, Heft 11-12/2004, 301-310.
- Netzwerk: Soziales neu gestalten (2006): *Policy Paper. Demographischer und Sozialer Wandel: Zentrale Leitlinien für eine gemeinwesenorientierte Altenhilfepolitik und deren Bedeutung für soziale Organisationen*. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Netzwerk: Soziales neu gestalten (2009): *Lebensräume zum Älterwerden - Für ein neues Miteinander im Quartier. Memorandum des Netzwerks: Soziales neu gestalten (SONG)*. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Oswald, F. (2010): *Subjektiv erlebte Umwelt und ihre Bedeutung für Selbständigkeit, Identität und Wohlbefinden im Alter*. In: Kruse, A. (Hrsg.): *Leben im Alter. Eigen- und Mitverantwortlichkeit in Gesellschaft, Kultur und Politik. Festschrift zum 80. Geburtstag von Prof. Dr. Dres. h.c. Ursula Lehr*, Bundesministerium a.D. Heidelberg: AKA Verlag, 169-179.
- Oswald, F., Kaspar, R., Frenzel-Erkert, U., & Konopik, N. (2013). *"Hier will ich wohnen bleiben!" Ergebnisse eines Frankfurter Forschungsprojekts zur Bedeutung des Wohnens in der Nachbarschaft für gesundes Altern*. Goethe-Universität Frankfurt am Main und BHF-BANK-Stiftung: Eigenverlag.
- Rießen, A. van; Bleck, C. & Knopp, R. (Hrsg.) (2015): *Sozialer Raum und Alter(n). Zugänge, Verläufe und Übergänge sozialräumlicher Handlungsforschung*. Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Rohden, S.K. & Villard, H.J. (2010): *Kommunale Alten(hilfe-)planung - Rahmung und Standards*. In: Aner, K. & Karl, U. (Hrsg.): *Handbuch Soziale Arbeit und Alter*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften/GWV Fachverlage GmbH, 51-57.
- Rüßler, H. (2007): *Altern in der Stadt. Neugestaltung kommunaler Altenhilfe im demographischen Wandel*. Wiesbaden: Deutscher Universitäts-Verlag und VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Ryff, C. D. (1989): *Happiness is everything, or is it? Explorations on the meaning of psychological*

well-being. In: *Journal of Personality and Social Psychology*, Jg. 57, H. 6, 1069–1081.

Schubert, H.; Abels, S.; Papenfuß, K.; Spieckermann, H. & Veil, K. (2015): Neuer Infrastrukturan-satz für die sozialräumliche Altenhilfe. In: Rießen, A. van; Bleck, C. & Knopp, R. (Hrsg.) (2015): *Sozialer Raum und Alter(n). Zugänge, Verläufe und Übergänge sozialräumlicher Handlungsfor-schung*. Wiesbaden: Springer Fachmedien, 131-156.

Smettan, J. & Patze-Diordiyuch, P. (2014): *Bürgerbeteiligung vor Ort. Sechs Beteiligungsverfahren für eine partizipative Kommunalentwicklung*. Bonn: Stiftung Mitarbeit.

Smith, J.; Fleeson, W.; Geiselman, B.; Settersten, R; Kunzmann, U. (1996): Wohlbefinden im hohen Alter: Vorhersagen aufgrund objektiver Lebensbedingungen und subjektiver Bewertung. In: Mayer, K. U.; Baltes, P. B. (Hg.): *Die Berliner Altersstudie. Das höhere Alter in interdisziplinärer Perspektive*. Berlin: Akademie Verlag, 497–524.

Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2013): *Zensus 2011. Bevölkerung nach Ge-schlecht, Alter, Staatsangehörigkeit, Familienstand und Religionszugehörigkeit*. Wiesbaden.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz (2012): *Rheinland-Pfalz 2060. Dritte regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung (Basisjahr 2010)*. Bad Ems.

Staudinger, U. M. (2000): Viele Gründe sprechen dagegen, und trotzdem geht es vielen Men-schen gut. Das Paradox des subjektiven Wohlbefindens. In: *Psychologische Rundschau*, 185.

Thole, W.; Höblich, D. & Ahmed, S. (Hrsg.) (2015): *Taschenwörterbuch Soziale Arbeit. 2., durchge-sehene und erweiterte Auflage*. Bad Heilbrunn: Verlag Julius Klinkhardt.

Veenhoven, R. (2000): The four qualities of life. Ordering concepts and measures of the good life. In: *Journal of Happiness Studies*, H. 1, 1.

Wahl, H.-W.; Mollenkopf, H.; Oswald, F. (1999): *Alte Menschen in ihrer Umwelt. Beiträge zur öko-logischen Gerontologie*. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Zapf, W. (1984): Individuelle Wohlfahrt: Lebensbedingungen und wahrgenommene Lebensquali-tät. In: Glatzer, W.; Zapf, W. (Hrsg.): *Lebensqualität in der Bundesrepublik. Objektive Lebensbe-dingungen und subjektives Wohlbefinden*. Frankfurt a.M.: Campus, 13-26.

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Vier Dimensionen der Lebensqualität nach Lawton.....	12
Abbildung 2: Rahmenmodell zum Person-Umwelt-Austausch im höheren Erwachsenenalter	14
Abbildung 3: Stadtteile der Stadt Mainz mit der jeweiligen Anzahl der Befragten	36
Abbildung 4: Anteile ausgewählter Altersgruppen im Vergleich zum Stand 31.12.2013.....	38
Abbildung 5: Lebenszufriedenheit in der Stadt Mainz.....	39
Abbildung 6: Lebenszufriedenheit nach Stadtteilen.....	40
Abbildung 7: Einschätzung des Gesundheitszustandes und Zufriedenheit mit der Gesundheit ..	41
Abbildung 8: Veränderungen des Gesundheitszustandes	42
Abbildung 9: Selbständige Nutzung des Autos bzw. Nutzung des ÖPNV	43
Abbildung 10: Einschätzungen zu Wohnen und Wohnumfeld	44
Abbildung 11: Einschätzung der Einkaufsmöglichkeiten	45
Abbildung 12: Einschätzung des ÖPNV.....	46
Abbildung 13: Kenntnis von Angebote und Dienstleistungen für Senioren	47
Abbildung 14: Einschätzung der altersgerechten Wohnsituation	48
Abbildung 15: Einschätzung der altersgerechten Wohnsituation nach Stadtteilen: Wohnung bzw. Haus nur eingeschränkt altersgerecht.....	49
Abbildung 16: Wohnwünsche (Mehrfachnennungen möglich).....	50
Abbildung 17: Wohnwünsche, Angabe „in der eigenen Wohnung/im eigenen Haus mit Pflegedienst“	51
Abbildung 18: Freiwilliges Engagement	52
Abbildung 19: kein freiwilliges Engagement nach Stadtteilen	53
Abbildung 20: Austausch mit der Nachbarschaft.....	54
Abbildung 21: Austausch mit der Nachbarschaft nach Stadtteilen.....	55
Abbildung 22: Emotionale und soziale Einsamkeit	56
Abbildung 23: Emotionale und soziale Einsamkeit nach Stadtteilen	57
Abbildung 24: Wunsch nach Verbleib im Stadtteil	58
Abbildung 25: Struktur der Anlaufstelle im Quartier.....	64
Abbildung 26: Struktur der Anlaufstelle im Quartier.....	85

Anhang: Fragebogen



Fragebogen der Landeshauptstadt Mainz für Bürgerinnen und Bürger im Alter von 60 Jahren und mehr

Mit den folgenden Fragen möchten wir Antworten auf die folgende Frage erhalten:

Was trägt dazu bei, dass Menschen auch im hohen Alter selbständig und zufrieden in ihrer gewohnten Umwelt – ihrem Quartier – leben können?

Die Teilnahme an dieser Umfrage ist freiwillig und erfolgt unter Einhaltung der Datenschutzbestimmungen: Die Teilnahme erfolgt anonym, ein Rückschluss auf die Person des Teilnehmers ist nicht möglich. Sollten Sie weitergehende Fragen haben, wenden Sie sich bitte an:

Landeshauptstadt Mainz, Amt für Jugend und Familie
Frau Judith Schlotz

Telefon: 06131 – 12 27 55, E-Mail: Judith.Schlotz@stadt.mainz.de

1. Zur Einschätzung der folgenden Fragen ist für uns von besonderer Bedeutung, in welchem Stadtteil von Mainz Sie wohnen: Bitte nennen Sie uns zunächst diesen Stadtteil.



2. In welchem Jahr sind Sie geboren?

_____ (bitte Jahr eintragen)

3. Sind Sie männlich oder weiblich?

männlich weiblich

4. Sind Sie berufstätig?

ja nein

5. Wie ist Ihr Familienstand?

- verheiratet
- verwitwet
- geschieden/getrenntlebend
- ledig
- Lebenspartnerschaft

6. Leben Sie in einem Pflegeheim?

nein ja → bitte weiter mit Frage 11

7. Wie wohnen Sie?

- Mietwohnung
- gemietetes Haus
- eigenes Haus/eigene Wohnung
- sonstiges, und zwar: _____



8. Seit wann wohnen Sie in diesem Haus/dieser Wohnung?

_____ (bitte Jahr eintragen)

9. Wie viele Personen leben in Ihrem Haushalt?

_____ (Anzahl der Personen)

10. Wer lebt mit Ihnen im Haushalt?

- Ehepartner/Lebenspartner
- Kind/Kinder
- Enkelkind/Enkelkinder
- Eltern/Elternteil
- Sonstige Personen, und zwar: _____

11. Es gibt ja verschiedene Möglichkeiten, sich zu engagieren, z.B. in einem Verein, einer Initiative oder einem Projekt. In der folgenden Liste sind einige Bereiche aufgeschrieben. Sind darunter welche, in denen Sie sich engagieren, Sie also freiwillig mitarbeiten oder mithelfen, ohne dafür bezahlt zu werden bzw. nur gegen eine Aufwandsentschädigung? (© Generali Altersstudie 2013)

- Sport und Bewegung, z.B. Sportverein
- Kultur und Musik, z.B. Chor, Musik- oder Theatergruppe
- Freizeit und Geselligkeit, z.B. in einem Seniorenclub



- Gesundheitsbereich oder sozialer Bereich, z.B. in einem Wohlfahrtsverband, in der Nachbarschaftshilfe oder einer Selbsthilfegruppe
- Jugendarbeit oder Bildungsarbeit für Erwachsene, z.B. Kinder- oder Jugendgruppe
- Umwelt, Naturschutz oder Tierschutz
- Politik, z.B. einer Partei, im Gemeinderat
- kirchlicher oder religiöser Bereich, z.B. in einer Kirchengemeinde
- Unfall oder Rettungsdienst, Freiwillige Feuerwehr
- sonstiges, und zwar: _____

- nein, in keinem Bereich (weiter mit Frage 13)

12. Einmal alles zusammengefasst: Wie viel Zeit wenden Sie für Ihr gesamtes freiwilliges bzw. ehrenamtliches Engagement im Durchschnitt pro Woche ungefähr auf? (© Generali Altersstudie 2013)

- weniger als 2 Stunden
- 2 bis unter 5 Stunden
- 5 bis unter 10 Stunden
- 10 bis unter 15 Stunden
- 15 Stunden und mehr
- unmöglich zu sagen, da nicht regelmäßig



13. Wie würden Sie derzeit Ihre Gesundheit bzw. Ihren Gesundheitszustand beschreiben?

Eher schlecht hervorragend

14. Wie zufrieden sind Sie – alles in allem – mit Ihrer Gesundheit?

überhaupt nicht zufrieden völlig zufrieden

15. Hat sich Ihr Gesundheitszustand in den letzten 3 Jahren verändert?

- deutlich besser geworden
- etwas besser geworden
- gleich geblieben
- etwas schlechter geworden
- deutlich schlechter geworden

16. Beziehen Sie derzeit regelmäßig Leistungen der Pflegeversicherung?

ja nein → bitte weiter mit Frage 18



17. In welche Pflegestufe sind Sie eingruppiert?

- Pflegestufe 1
- Pflegestufe 2
- Pflegestufe 3 ohne Härtefallregelung
- Pflegestufe 3 mit Härtefallregelung

18. Wie zufrieden sind Sie – alles in allem – mit Ihrer wirtschaftlichen Situation?

überhaupt nicht zufrieden völlig zufrieden

19. Zum Thema altersgerechtes Wohnen. Wie schätzen Sie ihr Haus bzw. Ihre Wohnung ein: Ist dort alles altersgerecht, oder ist das Haus bzw. die Wohnung für ältere Menschen nur eingeschränkt geeignet, z.B. weil es dort viele Treppen oder hohe Türschwellen gibt? (© Generali Altersstudie 2013)

- altersgerecht
- nur eingeschränkt geeignet
- unentschieden
- keine Angabe



20. Kommen Sie in Ihren Haus bzw. in Ihrer Wohnung derzeit gut klar, oder haben Sie Probleme, weil es nicht altersgerecht ist?
(© Generali Altersstudie 2013)

- komme gut klar
- habe Probleme

21. Wenn Sie einmal nicht mehr alleine leben können, wohin möchten Sie dann ziehen, wie möchten Sie dann am liebsten leben?
(© Generali Altersstudie 2013)

- bei den Kindern, Enkeln
- bei anderen Verwandten
- in eigener Wohnung/eigenes Haus mit Pflegedienst
- in einer Wohngemeinschaft mit älteren Menschen
- im Seniorenwohnheim mit eigener Wohnung
- im Seniorenwohnheim mit eigenem Zimmer
- in einer eigenen Wohnung im Mehrgenerationenhaus
- nichts davon



22. Bitte denken Sie an die Beziehungen zu anderen Menschen: Bitte kreuzen Sie an, inwieweit die Aussagen auf Sie zutreffen.
(© De Jong Gierveld & van Tilburg bzw. Deutscher Alterssurvey 2011)

Ich vermisse Leute, bei denen ich mich wohlfühle.

Trifft genau zu trifft gar nicht zu

Es gibt genug Menschen, die mir helfen würden, wenn ich Probleme habe.

Trifft genau zu trifft gar nicht zu

Ich fühle mich häufig im Stich gelassen.

Trifft genau zu trifft gar nicht zu

Ich kenne viele Menschen, auf die ich mich verlassen kann.

Trifft genau zu trifft gar nicht zu

Ich vermisse Geborgenheit und Wärme.

Trifft genau zu trifft gar nicht zu

Es gibt genügend Menschen, mit denen ich mich eng verbunden fühle.

Trifft genau zu trifft gar nicht zu

Im bin am liebsten mit Menschen meines eigenen Alters zusammen..

Trifft genau zu trifft gar nicht zu



23. Wie häufig fahren Sie selbst Auto? (© Generali Altersstudie 2013)

- täglich/fast täglich
- mehrmals in der Woche
- etwa einmal in der Woche
- seltener
- nie
- schwer zu sagen
- keine Angabe

24. Nutzen Sie öffentliche Verkehrsmittel?

ja nein

25. Wenn Sie an Ihre Wohnung und Ihr Wohnumfeld denken, welche der folgenden Aussagen treffen für Sie zu? (© Deutscher Alterssurvey 2011)

Mit der Wohnung, in der ich lebe, verbinden mich viele Erinnerungen.
Trifft genau zu trifft gar nicht zu

In meiner Wohnung sollten barrierefreie Anpassungen vorgenommen werden.
Trifft genau zu trifft gar nicht zu



Nach Anbruch der Dunkelheit fühle ich auf der Straße unsicher.
Trifft genau zu trifft gar nicht zu

Es sind genug Einkaufsmöglichkeiten vorhanden.
Trifft genau zu trifft gar nicht zu

In dieser Gegend fehlt es an Ärzten und Apotheken.
Trifft genau zu trifft gar nicht zu

Ich fühle mich der Wohngegend verbunden.
Trifft genau zu trifft gar nicht zu

Meine Wohngegend wird durch Lärm beeinträchtigt.
Trifft genau zu trifft gar nicht zu

Meine Wohngegend ist gut an den öffentlichen Nahverkehr angeschlossen.
Trifft genau zu trifft gar nicht zu

In meiner Wohngegend sollte es mehr Kinder geben.
Trifft genau zu trifft gar nicht zu

Meine Wohngegend entspricht meinen eigenen Vorstellungen und Bedürfnissen.
Trifft genau zu trifft gar nicht zu



In meiner Wohngegend gibt es Wohn- und Pflegeeinrichtungen für ältere Menschen

Trifft genau zu trifft gar nicht zu

In meiner Wohngegend verbringe ich gerne meine Freizeit.

Trifft genau zu trifft gar nicht zu

In meiner Wohngegend wohnen Menschen auf die ich mich in Notlagen verlassen kann.

Trifft genau zu trifft gar nicht zu

Meine Wohngegend bietet für mich viele Möglichkeiten zum Spaziergehen.

Trifft genau zu trifft gar nicht zu

Meine Wohngegend bietet für mich viele Möglichkeiten zum Sporttreiben.

Trifft genau zu trifft gar nicht zu

26. Wie zufrieden sind Sie – alles in allem – mit Ihrem Leben?

überhaupt nicht zufrieden völlig zufrieden



27. In welchem Ausmaß treffen die folgenden Aussagen auf Sie zu? (© Oswald, Kaspar, Frenzel-Erkert & Konopik 2013)

Ich bekomme mit, was in der Nachbarschaft geschieht.

Trifft genau zu trifft gar nicht zu

Ich rede mit den Nachbarn über das, was in der Nachbarschaft geschieht.

Trifft genau zu trifft gar nicht zu

Ich bekomme ein Stück weit mit, was in der Nachbarschaft geschieht.

Trifft genau zu trifft gar nicht zu

28. Im Folgenden finden Sie Aussagen zu Ihrem Stadtteil: Wir würden gerne Ihre Meinung dazu kennenlernen. Bitte kreuzen Sie an, in wieweit diese Aussagen für Sie zutreffen. (© nach Lalli 1992)

Für mein tägliches Leben ist mein Stadtteil äußerst wichtig.

Trifft genau zu trifft gar nicht zu

Wenn ich in meinem Stadtteil unterwegs bin, habe ich sehr stark das Gefühl, dazuzugehören.

Trifft genau zu trifft gar nicht zu

Mein Stadtteil ist mir unwahrscheinlich vertraut.

Trifft genau zu trifft gar nicht zu



Ich erlebe meinen Stadtteil jeden Tag sehr intensiv.

Trifft genau zu trifft gar nicht zu

Ich habe heimatliche Gefühle für meinen Stadtteil.

Trifft genau zu trifft gar nicht zu

Ich fühle mich in meinem Stadtteil wirklich zu Hause.

Trifft genau zu trifft gar nicht zu

Dieser Stadtteil ist wie ein Teil von mir selbst.

Trifft überhaupt nicht zu trifft sehr gut zu

Ich möchte für immer in meinem Stadtteil bleiben.

Trifft genau zu trifft gar nicht zu

Ich bin sehr gespannt darauf, die zukünftige Entwicklung von meinem Stadtteil mitzuerleben.

Trifft genau zu trifft gar nicht zu

In meiner Zukunftsplanung spielt mein Stadtteil eine große Rolle.

Trifft genau zu trifft gar nicht zu

Meine persönliche Zukunft ist eng mit meinem Stadtteil verbunden.

Trifft genau zu trifft gar nicht zu



29. Zuletzt möchten wir von Ihnen wissen, ob Sie die folgenden Angebote oder Dienstleistungen in Ihrem Stadtteil bzw. in der Stadt Mainz kennen und ob Sie auch nutzen? Bitte kreuzen Sie jeweils an, ob Sie die Angebote kennen und nutzen

	Ich kenne dieses Angebot	Ich nutze dieses Angebot
Seniorentreffs und Seniorenbegegnungsstätten		
Mehrgenerationenhaus		
Hausnotruf		
conSens		
Angebote der Volkshochschule		
Seniorenangebote der Sportvereine		
Seniorenangebote der Kirchengemeinden		
Besuchsdienste		
Seniorenbeirat		
Seniorensummerfest		
Senioren-sicherheitsberater		
Mainzer Agentur für Ehrenamt		
Pflegestützpunkte		
Ambulante Pflegedienste		
Wohn- und Pflegeheime		



	Ich kenne dieses Angebot	Ich nutze dieses Angebot
Mahlzeitendienste		
Angebote für Menschen mit Demenz und Ihre Angehörigen		
Veranstaltungskalender „aktiv älter werden“		

Welche Angebote oder Dienstleistungen vermissen Sie?

.....

.....

.....

.....

.....

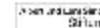
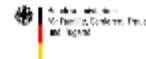
.....

.....

.....

Herzlichen Dank für Ihre Mitwirkung!

Dieses Projekt wird im Rahmen des Bundesprogramms
„Anlaufstellen für ältere Menschen“ gefördert von:





www.ism-mainz.de